



EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE
CUMMISSIUN FEDERALA DA LAS BANCAS

Bulletin

EBK CFB
EBK CFB

Sonderheft
Die neuen Risikoverteilungsvorschriften

Fascicule spécial
Les nouvelles dispositions en matière de
répartition des risques

Heft / Fascicule 30

1996

Herausgeber
Editeur

Eidg. Bankenkommission
Commission fédérale des banques

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 322 69 11
Telefax 031 322 69 26

Vertrieb
Diffusion

Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale
Office central fédéral des imprimés et du matériel

3000 Bern / 3000 Berne

Telefon 031 / 322 39 08
Téléphone 031 / 322 39 08

Telefax 031 / 322 39 75
Téléfax 031 / 322 39 75

7.96 5000 34 825

Übersicht

	Seite
Erläuterungen der EBK vom Juni 1996 zu den neuen Risikoverteilungsvorschriften	5
Anhang A	
Text der revidierten Artikel 21–22 BankV	67
Anhang B	
Meldeformular Klumpenrisiken	79
Anhang C	
EBK-RS 96/1 «Kurzfristige Interbank-Forderungen»	85
Anhang D	
Beispiel eines ausgefüllten Meldeformulars	89
Anhang E	
Beispiel einer Berechnung einer Risikoposition	95

Redaktionelle Anmerkung:

Rechtskraft besitzt ausschliesslich der in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts publizierte Text der Änderung der Bankenverordnung (AS 1996 I 45). Die vorliegenden Erläuterungen basieren auf den Erläuterungen vom 13. Juli 1995, welche die Vernehmlassungsvorlage begleiteten. Wir haben sie an den vom Bundesrat verabschiedeten Verordnungstext angepasst.

Sommaire	Page
Commentaire de la CFB de juin 1996 des nouvelles dispositions en matière de répartition des risques	101
Annexe A	
Texte des articles 21 à 22 OB révisés	165
Annexe B	
Formulaire d'annonce des gros risques	177
Annexe C	
Circ.-CFB 96/1 «Créances interbancaires à court terme»	183
Annexe D	
Exemple d'un formulaire d'annonce des gros risques rempli	187
Annexe E	
Exemple de calcul d'une position risque	193

Remarque de la rédaction:

En ce qui concerne la modification de l'ordonnance sur les banques, seul le texte publié dans le Recueil officiel des lois fédérales (RO 1996 I 45) fait foi. Le présent commentaire est basé sur le commentaire du 13 juillet 1995 qui était joint au projet envoyé en consultation. Nous l'avons adapté au texte de l'ordonnance arrêté par le Conseil fédéral.

Erläuterungen der EBK vom Juni 1996

Seite

Übersicht	9
1. Allgemeiner Teil	11
1.1 Bisher geltende Risikoverteilungsvorschriften	11
1.2 Internationale Konzepte	12
1.2.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht	13
1.2.2 Europäische Union	15
1.3 Anlass zur Revision	16
1.3.1 Ausarbeitung von Risikoverteilungsvorschriften für Effektenhändler	16
1.3.2 Mängel des bisherigen Systems der Risikoverteilung	17
1.3.3 Anpassung an die neuen Eigenmittlervorschriften	18
1.3.4 Anpassung an internationale Entwicklungen	19
1.4 Werdegang der Verordnungsänderung	19
1.5 Zielsetzung der Revision	20
1.6 Grundzüge der Revision	21
2. Besonderer Teil:	
Kommentar zu einzelnen Bestimmungen	22
2.1 Begrenzung der Klumpenrisiken	22
2.1.1 Meldung des Klumpenrisikos	23
2.1.2 Obergrenze für Klumpenrisiken (Art. 21a)	28
2.1.2.1 Grundsatz (Art. 21a Abs. 1)	28
2.1.2.2 Organgeschäfte (Art. 21 Abs. 3)	28
2.1.2.3 Unerlaubte Überschreitung der Obergrenze (Art. 21a Abs. 1 und Abs. 3)	30
2.1.2.4 Erlaubte Überschreitung der Obergrenze (Art. 21a Abs. 4 und 5, Art. 22 Abs. 2 Bst. c)	31
2.1.3 Bank- oder Finanzkonzern (Art. 21 Abs. 4, Art. 21a Abs. 2 und Art. 22 Abs. 2 Bst. b)	32

2.1.4	Obergrenze für die Gesamtheit der Klumpenrisiken (Art. 21b)	36
2.2	Gruppe verbundener Gegenparteien	38
2.2.1	Grundsätze (Art. 21c Abs. 1 und 3)	38
2.2.2	Bank- oder Finanzkonzern	40
2.2.3	Unternehmungen der öffentlichen Hand als Spezialfall der Gruppe verbundener Gegenparteien (Art. 21c Abs. 2)	40
2.2.4	Konsortium	41
2.3	Risikoposition	42
2.3.1	Grundsätze (Art. 21d)	43
2.3.2	Risikogewichtung nach Gegenpartei oder Sicherheiten (Art. 21e)	46
2.3.2.1	Grundsätze (Art. 21e Abs. 1)	46
2.3.2.2	Garantien von Dritten und Unterbeteiligungen (Art. 21e Abs. 2 und 3 i.V. mit Art. 21g Abs. 3)	48
2.3.3	Ausserbilanzgeschäfte	50
2.3.3.1	Grundsätze (Art. 21f)	50
2.3.3.2	Eventualverpflichtungen und unwiderrufliche Zusagen (Art. 21g)	51
2.3.3.3	Terminkontrakte und gekaufte Optionen (Art. 21h)	51
2.3.4	Darlehens- und Repo-Geschäfte mit Effekten, Edelmetallen und Waren (Art. 21i)	53
2.3.5	Emittentenspezifische Ausfallrisiko- position (Art. 21k)	53
2.4	Marktrisiken	54
2.5	Konsolidierung (Art. 21m)	56
2.6	Erleichterungen und Verschärfungen (Art. 22)	57
2.7	Begriffe	60
2.8	Weitere Änderungen in der Bankenverordnung	60
2.8.1	Aufhebung des bisherigen Art. 22	60
2.8.2	Anpassung von Art. 44	61
2.9	Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen	61

3	Fallbeispiele	64
4	Verhältnis zu internationalen Regelungen	65
4.1	Basler Ausschuss für Bankenaufsicht	65
4.2	Europäische Union	65
5	Auswirkungen der neuen Risikoverteilungsvorschriften auf die Banken	66

Erläuterungen der EBK vom Juni 1996

Übersicht

Unter dem Vorsitz der Bankenkommission erarbeitete eine gemischte Arbeitsgruppe aus Vertretern aller Bankengruppen, der Effektenhändler, der Treuhand-Kammer, der Schweizerischen Kievereinigung sowie der Schweizerischen Nationalbank und des Sekretariates der Bankenkommission einen Entwurf zur Änderung der Risikoverteilungsvorschriften der Bankenverordnung. Nach vorangegangener Vernehmlassung und Ämterkonsultation wurde der Entwurf dem Bundesrat unterbreitet. Am 29. November 1995 verabschiedete der Bundesrat die neuen Vorschriften und setzte sie auf den 1. Januar 1996 in Kraft. Die neuen Vorschriften wurden in der AS 1996 I 45 veröffentlicht.

Anlass zur Revision gaben die Notwendigkeit zur Schaffung von Risikoverteilungsvorschriften für Effektenhändler, der Wunsch nach einer Anpassung der Risikoverteilungsvorschriften an die internationales Entwicklungen sowie an die neuen Eigenmittelvorschriften, welche am 1. Februar 1995 in Kraft getreten sind, und der Wille, Mängel des bisherigen Systems der Risikoverteilung zu beheben.

Die Änderung strebt folgende Ziele an: Die möglichst weitgehende Übernahme des in der Empfehlung des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht im Januar 1991 vorgeschlagenen Systems betreffend die Messung und Überwachung von Grosskrediten und der europäischen Richtlinien, im besonderen der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Dezember 1992 betreffend die Überwachung und Kontrolle der Grosskredite von Kreditinstituten (Richtlinie 92/121/EWG); eine umfassende und angemessene Berücksichtigung des Risikos sämtlicher Bankgeschäfte, insbesondere auch der Ausserbilanzgeschäfte; eine Gleichbehandlung von Banken und Effektenhändlern, wenn sie die gleichen Geschäfte tätigen; die Beseitigung aller möglichen Formen von Wettbewerbsnachteilen im internationalen Geschäft; eine den unterschiedlichen Grössen und praktischen Bedürfnissen der Banken entsprechende Auswahl zwischen einfacheren und komplexeren Berechnungsmethoden.

Wie die bisherigen Risikoverteilungsvorschriften betreffen auch die neuen Regelungen hauptsächlich das Kreditrisiko. Die weitaus schwierigere Behandlung der Marktrisiken, insbesondere betreffend

die Wertschriften im Handelsbestand, wird allenfalls vorgesehen werden, wenn auch die Eigenmittelunterlegung dieser Risiken geregt wird.

Eines der bedeutendsten Merkmale der neuen Risikoverteilungsvorschriften ist der Systemwechsel zur indirekten Berechnungsmethode, bei der die einzelnen Risikopositionen zuerst nach ihrem relativen Gegenparteirisiko gewichtet werden. Diese gewichteten Risikopositionen müssen drei vorgesehene Obergrenzen beachten, eine Meldegrenze von 10 % der anrechenbaren Eigenmittel, eine Obergrenze von 25 %, welche ein Klumpenrisiko nicht überschreiten darf, und schliesslich eine dritte Grenze von 800 %, welche die Gesamtheit der Klumpenrisiken einer Bank beschränkt.

Die Risikoposition einer Gegenpartei setzt sich zusammen aus den risikogewichteten Forderungen, den in ihr Kreditäquivalent umgerechneten und anschliessend risikogewichteten Ausserbilanzgeschäften und den Netto-Longpositionen in Effekten. Grundsätzlich ist einer Gegenpartei immer der gleiche Gewichtungssatz zuzuordnen, ungeachtet der Art des Geschäfts. Ungleichbehandlungen ergeben sich aus der Laufzeit der Forderung sowie aus ihrer Deckung. Im wesentlichen finden bei der Risikoverteilung dieselben Gewichtungssätze wie bei den am 1. Februar 1995 in Kraft getretenen revidierten Eigenmittelvorschriften Anwendung.

Im Vergleich zur bisherigen Regelung führt dies zu einer Reduktion der Plafonds für Forderungen, welche durch Wohneigentum in der Schweiz gedeckt sind, sowie für Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften in der Schweiz. Andererseits führt der Gewichtungsfaktor im Bereich der Forderungen gegenüber Zentralregierungen und Zentralbanken in OECD-Ländern (einschliesslich der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Schweizerischen Nationalbank) sowie für Forderungen gedeckt durch bei der Bank verpfändete Bareinlagen oder durch nicht-nachrangige Schuldtitel, die von der Bank selbst ausgegeben sind, zu einer Aufhebung jeglicher Risikoverteilungsgrenzen.

Im Ausserbilanzbereich entspricht die neue Regelung ebenfalls weitgehend den im Bereich der Eigenmittel verwendeten Methoden zur Umrechnung in das Kreditäquivalent. Das gleiche gilt für die Darlehens- und Repogeschäfte mit Effekten, Edelmetallen und

Waren, wie auch für die emittentenspezifischen Ausfallrisikopositionen bei Effekten.

Die Auswirkungen der neuen Vorschriften werden je nach Geschäftstätigkeit der einzelnen Bank sehr unterschiedlich sein. Die geänderten Bestimmungen müssen ab dem 1. Januar 1998 eingehalten werden. Die Übergangsbestimmungen sehen indessen vor, dass Banken schon ab Inkrafttreten die Risikoverteilung nach dem neuen System berechnen und einhalten können. Für Anpassungsprobleme von Banken mit nach bisherigem Recht zulässigen Klumpenrisiken ist schliesslich eine Übergangsfrist bis spätestens 31. Dezember 2000 vorgesehen.

1

Allgemeiner Teil

1.1 Bisher geltende Risikoverteilungsvorschriften

Gemäss Art. 4bis des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934 (Bankengesetz, BankG, SR 952.0) müssen die Ausleihungen einer Bank an einen einzelnen Kunden sowie die Beteiligungen an einem einzelnen Unternehmen in einem angemessenen Verhältnis zu ihren eigenen Mitteln stehen (Abs. 1). Die Vollziehungsverordnung setzt dieses Verhältnis fest unter besonderer Berücksichtigung der Ausleihungen an öffentlich-rechtliche Körperschaften und der Art der Deckung (Abs. 2).

Artikel 21 der Verordnung über die Banken und Sparkassen vom 17. Mai 1972 (Bankenverordnung, BankV, SR 952.02¹) konkretisierte diese grundlegende Bestimmung. Danach hatte eine Bank die Bankenkommission zu informieren – wobei letztere verlangen konnte, dass Verpflichtungen, welche die Höchstgrenzen überstiegen, gesenkt wurden (Art. 21 Abs. 6 aBankV) –, wenn die gesamten Verpflichtungen eines Kunden ihr gegenüber die folgenden Prozentsätze überstiegen:

¹ Die bisherigen Verordnungsbestimmungen werden im folgenden mit «aBankV» bezeichnet. Die neuen (und generell die übrigen, unverändert bleibenden) Verordnungsbestimmungen werden ohne Verweis auf die BankV zitiert.

- 160 % der eigenen Mittel (Art. 21 Abs. 1 Bst. a aBankV):
 - Verpflichtungen von schweizerischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften;
 - Verpflichtungen von Kantonalbanken;
 - Verpflichtungen, die durch schweizerisches Grundpfand auf Wohnbauten innerhalb zwei Dritteln des Verkehrswertes gedeckt waren;
 - Verpflichtungen, die durch nationalbankfähige Obligationen gedeckt waren.
- 100 % der eigenen Mittel (Art. 21 Abs. 1 Bst. b aBankV):
 - kurzfristige Verpflichtungen von Banken aus Geldanlagen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr.
- 50 % der eigenen Mittel (Art. 21 Abs. 1 Bst. b aBankV):
 - übrige Verpflichtungen von Banken.
- 40 % der eigenen Mittel (Art. 21 Abs. 1 Bst. c aBankV):
 - übrige gedeckte Verpflichtungen.
- 20 % der eigenen Mittel
 - ungedeckte Verpflichtungen (Art. 21 Abs. 1 Bst. d aBankV);
 - Beteiligungen (Art. 21 Abs. 3 aBankV).

Diese relativ knapp formulierte Bestimmung war zusammen mit dem Auftauchen neuer Bankgeschäfte dafür verantwortlich, dass die Bankenkommission sich veranlasst sah, gewisse Aspekte durch Rundschreiben zu präzisieren (vgl. Ziff. 1.3.2 hienach). Es waren dies die Rundschreiben 72/2 Risikoverteilung, 74/1 Fremdwährungspositionen, 83/1 Meldung von Klumpenrisiken des Bankkonzerns, 88/1 Risikoverteilungsplafond für ausländisch beherrschte Banken gegenüber anderen Banken des Konzerns, 91/2 Optionen und Financial Futures, 4. Teil, aufgehoben durch EBK-RS 92/3 Klumpenrisiken aus Termingeschäften und Derivaten.

1.2 Internationale Konzepte

Die internationale Harmonisierung der Aufsichtsregeln zwecks Stärkung des internationalen Finanzsystems und Verhinderung von

Wettbewerbsverzerrungen konzentrierte sich in einem ersten Schritt auf Mindeststandards über die angemessene Eigenkapitalausstattung. Die Eigenmittelvorschriften orientieren sich in erster Linie am erwarteten durchschnittlichen Verlust einer Geschäftsart und beruhen auf der Annahme einer angemessenen Risikostreuung auf zahlreiche Gegenparteien. Die Vorschriften über Eigenmittel und Risikoverteilung stehen deshalb in einem engen funktionalen Zusammenhang und ergänzen sich gegenseitig. In einem zweiten Schritt wurden folglich auf internationaler Ebene auch Mindeststandards über die angemessene Risikostreuung erarbeitet.

1.2.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Der im Rahmen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) tätige Basler Ausschuss für Bankenaufsicht¹ hat im Januar 1991 ein Grundlagenpapier mit dem Titel «Messung und Überwachung von Grosskrediten» veröffentlicht. Dieses Dokument will eine Übersicht über die beste Praxis der Bankaufsichtsbehörden bezüglich der Kontrolle und Aufsicht über Grosskreditrisiken vermitteln. Die an die nationalen Bankaufsichtsbehörden gerichteten Empfehlungen sind völkerrechtlich nicht verbindlich.

Das Dokument fand – im Gegensatz zum Eigenkapitalmodell des Basler Ausschusses – ein bescheideneres Echo bei den nationalen Aufsichtsbehörden und den international tätigen Banken. Die geringere Bedeutung erklärt sich teilweise aus der Tatsache, dass das Eigenkapitalmodell präzise Minimalstandards betreffend die Zusammensetzung und die Berechnung der notwendigen eigenen Mittel von international tätigen Banken enthält, während sich das Grosskreditrisikopapier auf allgemeine Vorschläge beschränkt.

In einem ersten Schritt versucht das Dokument über die Grosskreditrisiken das Kreditrisiko und die Art und Weise, wie dieses Risiko

¹ Der Basler Ausschuss ist ein Gremium von Bankaufsichtsbehörden, der von den Präsidenten der Länder der Zehnergruppe 1975 gegründet wurde. Das Gremium setzt sich zusammen aus hochrangigen Vertretern der Bankaufsichtsbehörden und Zentralbanken aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada, Luxenburg, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz und den USA.

bei den Risikoverteilungsvorschriften berücksichtigt werden soll, zu definieren. Es erwägt, die Risikogewichtungen der Eigenmittelvorschriften ohne Einschränkung für die Bestimmung von Kreditrisikokonzentrationen zu übernehmen. Der Gebrauch des Gewichtungssystems der Eigenmittel hätte den Vorteil, bereits bekannt und anerkannt zu sein, und würde das Meldewesen vereinfachen.

Der Basler Ausschuss hebt allerdings hervor, dass eine derartige Übernahme der Risikogewichtungen bei den Eigenmittelvorschriften einer Unterschätzung der potentiellen Verlustrisiken gleichkäme, weil die Risikoverteilung den Maximalverlust zu berücksichtigen hat, welcher als Folge des Nichterfüllens einer einzigen Gegenpartei droht, während die Gewichtungen ursprünglich eingeführt worden waren, um dem durchschnittlichen Verlustrisiko bei einer Vielzahl von Bankgeschäften der gleichen Art Rechnung zu tragen.

In einem zweiten Teil behandelt das Dokument zu den Grosskrediten Fragen wie die Definition der einzelnen Gegenpartei und der Gruppe miteinander verbundener Gegenparteien und verweist für die Beantwortung weitgehend auf die Regelung der Europäischen Union (vgl. Ziff. 1.2.2 hienach).

Das Dokument über die Grosskredite behandelt anschliessend den Aspekt der angemessenen Begrenzung von solchen Krediten. Für einzelne Grosskredite erachtet es dabei eine Meldegrenze von 10% und eine obere Grenze bei 25% der eigenen Mittel als erwünscht. Daneben sieht der Basler Ausschuss vor, für eine gewisse Anzahl von Gegenparteien weniger strenge Grenzen anzuwenden, insbesondere für Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften und im Falle von kurzfristigen Forderungen gegenüber Banken. Andererseits hebt das Dokument hervor, dass Kredite an «bankverbundene» Gegenparteien, wie Organe oder qualifizierte Beteiligte, besondere Aufmerksamkeit verlangen, weshalb strengere Grenzen vorzusehen seien.

Schliesslich weist das Dokument über die Grosskredite auf die Gefahr der übermässigen Konzentration eines Kreditportefeuilles hinsichtlich bestimmter geographischer Gebiete oder Wirtschaftssektoren hin.

1.2.2 Europäische Union

Die Europäische Union hat am 21. Dezember 1992 die Richtlinie 92/121/EWG betreffend die Überwachung und Kontrolle der Grosskredite von Kreditinstituten verabschiedet. Darin wird der Versuch unternommen, die hauptsächlichen Regeln zur Überwachung der Grosskreditrisiken zu harmonisieren, wobei die Mitgliedstaaten frei bleiben, strengere Vorschriften zu erlassen. Betreffend die Überwachung von Grosskrediten für Tätigkeiten, welche hauptsächlich den Marktrisiken ausgesetzt sind, wird auf die Richtlinie 93/6/EWG vom 15. März 1993 über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten verwiesen.

Die Richtlinie 92/121/EWG sieht als erstes die Meldung aller Grosskredite vor, welche die Grenze von 10% der eigenen Mittel überschreiten. Sie schreibt weiter zwei Höchstgrenzen vor, eine Grenze von 25% der eigenen Mittel für jedes Risiko eines einzelnen oder einer Gruppe verbundener Kunden und von 800% der eigenen Mittel für die Summe aller Grosskredite. Die Grenze von 25% wird bei Risiken von dem Kreditinstitut nahestehenden Gesellschaften auf 20% gesenkt, außer solche Gesellschaften seien in der konsolidierten Überwachung, welcher die Bank unterliegt, eingeschlossen.

Für die Meldung von Grossrisiken (vgl. Ziff. 2.1.1 hienach) werden den Mitgliedstaaten zwei Methoden vorgeschlagen: Die Meldung aller Grosskredite mindestens einmal jährlich und im Verlaufe des Jahres Meldung aller neuen Grosskredite sowie jeder Erhöhung bestehender Grosskredite um mindestens 20% im Vergleich zur letzten Meldung; oder die Meldung aller Grosskredite mindestens viermal jährlich.

Die Richtlinie erlaubt es Mitgliedstaaten, gewisse Risiken vollständig oder teilweise von einer Begrenzung auszunehmen. Diese Ausnahme betrifft insbesondere Risiken aus Forderungen gegenüber Zentralstaaten und Zentralbanken, ferner Risiken, welche durch eine Bareinlage beim kreditgebenden Bankinstitut oder durch gewisse verpfändete Titel erster Qualität gesichert sind. Des weiteren sind Ausnahmen möglich für Risiken aus Forderungen von bis zu einem Jahr Laufzeit gegenüber einem Kreditinstitut, sowie für Lombardkredite und grundpfandgesicherte Forderungen auf Wohnliegenschaften.

Die Mitgliedstaaten sind darüber hinaus ermächtigt, eine Gewichtung von 20% für regionale und lokale öffentlich-rechtliche Körperschaften der Mitgliedstaaten und für Forderungen gegenüber Kreditinstituten mit einer Laufzeit von mehr als einem, aber weniger als drei Jahren vorzusehen. Die Richtlinie sieht schliesslich vor, dass die Einhaltung der Risikoverteilungsvorschriften auf konsolidierter Basis überwacht werden muss, sofern das Kreditinstitut Teil eines Konzerns ist.

1.3 Anlass zur Revision

Folgende Gründe haben zu einer Änderung der schweizerischen Risikoverteilungsvorschriften geführt: 1. Die Notwendigkeit des Erlasses von Risikoverteilungsvorschriften für Effektenhändler, 2. die Mängel des bisherigen Risikoverteilungssystems, 3. die Anpassung der Risikoverteilungsvorschriften an die geänderten Bestimmungen betreffend die Eigenmittel und 4. die Anpassung der Bestimmungen an internationale Entwicklungen.

1.3.1 Ausarbeitung von Risikoverteilungsvorschriften für Effektenhändler

Das Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (Börsengesetz, BEHG, BBI 1995 II 419) vom 24. März 1995 wird voraussichtlich in der ersten Hälfte 1997 in Kraft gesetzt werden. Artikel 13 BEHG (Risikoverteilung) verlangt, dass der Effektenhändler «seine Risiken angemessen verteilen» muss. Absatz 2 dieser Bestimmung weist dem Bundesrat die Kompetenz zu, die Risikogrenzen und «die zur Abdeckung notwendigen Eigenmittelzuschläge» festzulegen.

Der Grundsatz «gleiche Geschäfte, gleiche Risiken, gleiche Vorschriften» und das Postulat der Gleichbehandlung von Banken und Effektenhändlern im Wettbewerb führen zur Forderung, dass beide im Prinzip die gleichen Vorschriften über die Risikoverteilung zu beachten haben sollten, egal, ob sie dem Banken- oder dem Börsengesetz unterstehen.

Die Notwendigkeit einer Harmonisierung ergibt sich zusätzlich aus der Tatsache, dass die Banken betreffend den Effektenhandel dem Börsengesetz unterstehen werden und es nicht anginge, von ihnen die gleichzeitige Einhaltung von unterschiedlichen Vorschriften zu verlangen. Umgekehrt wäre es Nur-Effektenhändlern nicht zu zumuten, sich während einer Übergangsphase auf die ohnehin revisionsbedürftigen Risikoverteilungsvorschriften für Banken einstellen zu müssen. Der Entwurf für eine Verordnung über die Börsen und den Effektenhandel sieht deshalb vor, dass die Bestimmungen der Bankenverordnung über die Risikoverteilung (Art. 21 ff.) auch für die Effektenhändler gelten.

1.3.2 Mängel des bisherigen Systems der Risikoverteilung

In ihrer bisherigen Fassung stammten die Art. 21 und 22 aBankV vom 17. Mai 1972, dem Tag der Verabschiedung der ursprünglich ersten Fassung der Verordnung. Die Bestimmungen waren aufgrund der am 11. März 1971 angenommenen neuen Gesetzesbestimmungen der Art. 4bis und 4ter BankG, betreffend die Risikoverteilung und die Organkredite, eingeführt worden.

Die dazumal neuen Vorschriften zwangen die Bankenkommission sehr rasch zum Erlass von ersten Rundschreiben betreffend die Auslegung der Verordnungsbestimmungen: die EBK-Rundschreiben 72/2 Risikoverteilung, 74/1 Fremdwährungspositionen, 83/1 Meldung von Klumpenrisiken des Bankkonzerns und 88/1 Risikoverteilungsplafond für ausländisch beherrschte Banken gegenüber anderen Banken des Konzerns. Zusätzlich gaben die Risikoverteilungsvorschriften, angesichts der vielfältigen Fragen, die sich stellten, Anlass zu einer Vielzahl von Entscheiden der Bankenkommission. Schliesslich erliess die Bankenkommission in den letzten Jahren mit dem Ziel, die neuen Finanzinstrumente besser in ihren Eigenheiten zu berücksichtigen, zusätzlich die beiden Rundschreiben 91/2 Optionen und Financial Futures und 92/3 Klumpenrisiken aus Termingeschäften und Derivaten. Mit der Zeit wurde es somit für die Rechtsunterworfenen immer schwieriger, einen vollständigen Überblick der anwendbaren Risikoverteilungsbestimmungen zu gewinnen. Diese Situation bewirkte einerseits eine zunehmende

Rechtsunsicherheit und andererseits ein zunehmendes Risiko der Nichteinhaltung des Gleichbehandlungsprinzips.

Darüber hinaus trug die bisher geltende Regelung in Sachen Risikoverteilung der erfolgten Entwicklung der Bankgeschäfte nur ungenügend Rechnung. Sie erlaubte deshalb keine angemessene Berücksichtigung des Risikoaspektes gewisser Banktätigkeiten, insbesondere der Termin- und Optionsgeschäfte.

Ein weiterer Mangel bestand darin, dass die (nach abstrakten Kategorien geordnete) Zahlungsfähigkeit der Gegenpartei nur sehr unvollständig berücksichtigt wurde. Einzig die schweizerischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und die Banken kamen in den Genuss eines speziellen Risikoplafonds (160%, 100% und 50% statt 20% der eigenen Mittel). Ausserdem wurde der Zahlungsfähigkeit eines garantierenden Dritten praktisch kaum Rechnung getragen. Dies führte dazu, dass beispielsweise durch ein diversifiziertes Portfolio von Wertschriften gedeckte Verpflichtungen der gleichen Obergrenze unterlagen wie durch die Garantie eines Zentralstaates gedeckte Verpflichtungen (die Schweiz ausgenommen), obwohl das Kreditrisiko nicht in beiden Fällen gleich ist.

1.3.3 Anpassung an die neuen Eigenmittelvorschriften

Am 1. Februar 1995 sind neue Eigenmittelvorschriften (Art. 11–14) in Kraft getreten (vgl. EBK Bulletin 27). Neben einer neuen Definition der anrechenbaren eigenen Mittel bringen sie einen kompletten Systemwechsel hinsichtlich der Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel. Die einzelnen Positionen werden jetzt entsprechend ihrem relativen Gegenparteirisiko gewichtet und dann mit einem einheitlichen Eigenmittelunterlegungssatz multipliziert (Art. 12). Der gleiche Gewichtungsfaktor findet jeweils auf eine bestimmte Gegenpartei Anwendung, egal ob es sich um ein Kreditrisiko aus einem konventionellen Kredit- oder beispielsweise einem Derivativgeschäft handelt. Ausserbilanzgeschäfte sind zuerst in ihr Kreditäquivalent umzurechnen, welches dem Betrag entspricht, der einem Kreditrisiko ausgesetzt ist, und anschliessend mit dem nach Gegenpartei anwendbaren Satz zu gewichten (Art. 12c). Bei Effekten wird das Emittentenrisiko berücksichtigt, das heisst das Risiko,

dass der Emittent der Effekte zahlungsunfähig wird und sein Titel an Wert verliert (Art. 12h).

Damit der Arbeitsaufwand der Banken, insbesondere betreffend die Erfassung und Überwachung der Positionen, welche ein K lumpenrisiko darstellen könnten, möglichst vereinfacht wird, scheint es zweckmäßig, auf das System der Erfassung von Einzelpositionen gemäss den Eigenmittelvorschriften abzustellen. Aufgrund des Systemwechsels bei den Eigenmittelvorschriften drängt sich eine Systemänderung auch bei der Risikoerteilung auf. Dadurch wird den Banken ermöglicht, einen Geschäftsvorgang gleichzeitig unter dem Gesichtspunkt der Eigenmittel als auch hinsichtlich der Risikoerteilung zu erfassen.

1.3.4 Anpassung an internationale Entwicklungen

Die Vorschläge des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (vgl. Ziff. 1.2.1 hievor) sind nur schwer mit den bisherigen schweizerischen Vorschriften in Übereinstimmung zu bringen; ein zusätzlicher Grund, eine Totalrevision der Vorschriften anzustreben.

Die Europäische Union hat am 21. Dezember 1992 die Richtlinie 92/121/EWG betreffend die Überwachung und Kontrolle der Grosskredite von Kreditinstituten verabschiedet. Diese Richtlinie (vgl. Ziff. 1.2.2 hievor) hatten die Mitgliedstaaten bis am 1. Januar 1994 in das nationale Recht umzusetzen.

Die durch die Richtlinie vorgesehene Regelung hat trotz der späteren Verabschiedung als die Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht in weiten Teilen die Grundlage für die Vorschläge des Basler Ausschusses gebildet, welche im übrigen sogar mehrmals ausdrücklich darauf verweisen. Aus diesen Gründen schien es sinnvoll, ihre wesentlichen Ideen in die neuen schweizerischen Vorschriften einzubauen beziehungsweise sie zu übernehmen.

1.4 Werdegang der Verordnungsänderung

Im Juni 1993 ist eine gemischte Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz der Bankenkommission ins Leben gerufen worden. Sie erhielt die

Aufgabe, gemeinsame Bestimmungen für Banken und Effektenhändler im Gebiet der Eigenmittel- und Risikoverteilungsvorschriften zu erarbeiten. Vertreter verschiedener Bankengruppen, der Effektenhändler, der Treuhand-Kammer, der Schweizerischen Bankiervereinigung, der Schweizerischen Nationalbank und des Sekretariates der Bankenkommission haben Einsatz in dieser Arbeitsgruppe.

Die Revision soll in drei Schritten ablaufen. Ein erster Teil, welcher im Sommer/Herbst 1994 abgeschlossen wurde, bestand in der Anpassung der Eigenmittelanforderungen für Kreditrisiken an die Methode der indirekten Berechnung und in der Korrektur gewisser Unterlegungssätze. Diese Bestimmungen sind am 1. Februar 1995 in Kraft getreten.

In der zweiten Phase hat die Arbeitsgruppe die bisherigen Risikoverteilungsvorschriften überarbeitet. Die neuen Bestimmungen sind am 1. Januar 1996 in Kraft getreten.

In einem dritten Schritt, der im September 1995 eingeleitet wurde, ist schliesslich vorgesehen, die Empfehlungen des Basler Ausschusses vom Januar 1996 betreffend die Eigenmittelunterlegung der Marktrisiken bis spätestens Ende 1997 in schweizerisches Recht zu überführen.

1.5 Zielsetzung der Revision

Hauptziel der Revision war die möglichst weitgehende Übernahme der Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht vom Januar 1991 betreffend die Messung und Überwachung von Grosskrediten sowie auch der europäischen Richtlinie 92/121/EWG vom 21. Dezember 1992 betreffend die Überwachung und Kontrolle der Grosskredite von Kreditinstituten. Die neue Regelung sollte ebenfalls möglichst eng den neuen Eigenmittelschriften für Kreditrisiken folgen und davon nur aus zwingenden Gründen abweichen.

Die Mängel der bisherigen Vorschriften und die Wettbewerbsnachteile, welche daraus für international tätige Banken folgen, sollten auf diese Art und Weise ebenso beseitigt werden. Gleichzeitig

musste ein Systemwechsel von der direkten zur indirekten Methode der Berechnung stattfinden, wie er schon bei der Eigenmittelunterlegung vorgenommen wurde. Die indirekte Berechnungsmethode hat sowohl für die Eigenmittel als auch für die Risikoverteilung den wesentlichen Vorteil, dass die Bonität der Gegenpartei bei der Bestimmung des Kreditrisikos konsequenter berücksichtigt wird. Im Prinzip wird immer die gleiche Gewichtung auf eine Gegenpartei Anwendung finden, unbesehen von der Geschäftsart, insbesondere auch bei den Ausserbilanzgeschäften.

1.6 Grundzüge der Revision

Die Revision führt **drei Grenzen** ein: eine erste, die Meldegrenze, bei 10% der anrechenbaren eigenen Mittel (Art. 21), eine zweite bei 25% der anrechenbaren eigenen Mittel. Sie stellt eine Obergrenze dar, die ein Klumpenrisiko nicht überschreiten darf (Art. 21a). Schliesslich wird eine dritte Grenze von 800% der anrechenbaren eigenen Mittel eingeführt. Die Summe der einzelnen Klumpenrisiken darf diese Grenze nicht überschreiten (Art. 21b).

Die neuen Vorschriften sehen Ausnahmen von der Obergrenze vor, insbesondere für Konzerngesellschaften. Solche Ausnahmen werden teils automatisch, teils auf Gesuch der Bank hin gewährt. Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass die Bank Teil eines Bank- oder Finanzkonzerns ist, welcher einer angemessenen konsolidierten Aufsicht unterliegt (vgl. Art. 21a Abs. 2 und Art. 22 Abs. 2 Bst. b, sowie Ziff. 2.1.3 hienach).

Einer der Hauptakzente der Revision ist in der Einführung der **indirekten Messmethode der Risiken** zu sehen. Dabei wird die Risikoposition nicht volumfähig durch eine direkte Limite begrenzt, sondern nur im Umfang ihres risikogewichteten Betrages in Betracht gezogen. Jede Gegenpartei stellt eine einzige Risikoposition dar, welche sich aus den gewichteten Forderungen, den in ihr Kreditäquivalent umgerechneten und danach gewichteten Ausserbilanzgeschäften und den Netto-Longpositionen in Effekten zusammensetzt (Art. 21d). In der Regel finden die Risikogewichtungen, wie sie in den Eigenmittelvorschriften festgelegt sind, auf die Risikoverteilung Anwendung (Art. 21e). Die Berechnungsmethoden der Eigenmittel-

unterlegung sind grundsätzlich auch für die Risikoverteilung ausschlaggebend. Das gilt insbesondere für die Bestimmung des Kreditäquivalents der Ausserbilanzgeschäfte (Art. 21f bis 21h), für die Darlehens- und Repo-Geschäfte (Art. 21i) und für die Berechnung der Netto-Longpositionen der Schuld- und Beteiligungstitel (Art. 21k).

Die neuen Vorschriften regeln hauptsächlich die **Kreditrisiken**. Sie werden indessen später allenfalls bezüglich der Marktrisiken vervollständigt werden müssen.

Schliesslich sehen die revidierten Vorschriften ausdrücklich die Einhaltung der neuen Bestimmungen durch die Bank sowohl einzeln als auch **auf konsolidierter Basis** vor, wenn und soweit eine Bank verpflichtet ist, die Eigenmittelanforderungen auf konsolidierter Basis einzuhalten (Art. 21m).

Ferner enthalten die Bestimmungen eine detaillierte Umschreibung der «Gruppe verbundener Gegenparteien» (Art. 21c).

2

Besonderer Teil: Kommentar zu einzelnen Bestimmungen

Entsprechend den bisherigen Risikoverteilungsvorschriften regeln auch die neuen Bestimmungen hauptsächlich das Kreditrisiko. Sie sehen eine Beschränkung der Klumpenrisiken (Art. 21a und 21b) vor, definieren, was unter einer Gruppe verbundener Gegenparteien zu verstehen ist (Art. 21c), legen die Grundsätze zur Bestimmung einer Risikoposition (Art. 21d bis 21k) fest und regeln die Pflicht betreffend die konsolidierte Einhaltung der Vorschriften (Art. 21m). Zusätzlich halten die neuen Bestimmungen schliesslich die Banken an, ihre Marktrisiken angemessen zu beschränken (Art. 21l).

2.1 Begrenzung der Klumpenrisiken

Die Begrenzung der Klumpenrisiken findet auf drei Ebenen statt. Eine erste Grenze von 10% der anrechenbaren eigenen Mittel macht, sofern sie erreicht oder überschritten ist, aus einer Risikoposition ein Klumpenrisiko. Dieses Klumpenrisiko muss, obwohl es in dieser

Grösse im Prinzip gestattet ist, der Revisionsstelle mitgeteilt werden (Art. 21). Die Verordnung sieht zudem eine Grenze von 25 % der anrechenbaren eigenen Mittel vor, welche ein Klumpenrisiko nicht überschreiten darf, es sei denn, es liege eine der vorgesehenen Ausnahmen vor (Art. 21a). Schliesslich führen die neuen Vorschriften eine Grenze von 800 % der anrechenbaren eigenen Mittel ein. Die Summe der Klumpenrisiken einer Bank darf diese Grenze nicht überschreiten (Art. 21b).

2.1.1 Meldung des Klumpenrisikos

Der neue Art. 21 Abs. 1 definiert das **Klumpenrisiko** als eine Risikoposition (vgl. Ziff. 2.3 hienach), die 10 % der anrechenbaren eigenen Mittel der Bank erreicht oder überschreitet. Die massgebenden eigenen Mittel werden durch Art. 11–11c definiert, d. h. durch eine Addition von Kernkapital (Art. 11a) und ergänzendem Kapital (Art. 11b), vermindert um die Abzüge gemäss Art. 11c.

Das **Eingehen von Einzelklumpenrisiken** bis zu der Obergrenze von 25 % der anrechenbaren eigenen Mittel ist einer Bank **grundsätzlich gestattet**. Wie alle Kundendossiers müssen auch Engagements in der Grösse von Klumpenrisiken in jeder Beziehung, namentlich bezüglich Kreditakten, Abwicklung und Überwachung, ordnungsgemäss geführt werden (vgl. Art. 9 Abs. 3). Bei Klumpenrisiken kann erst recht nicht toleriert werden, dass die Schuldnerbonität nur oberflächlich abgeklärt und dokumentiert wird.

Die Überwachung der Klumpenrisiken muss **laufend** geschehen, so dass sich jede Bank jederzeit ihrer Risikolage bewusst ist und unerlaubten Überschreitungen vorbeugen kann. Die Banken sind überdies verpflichtet, ein **vierteljährliches Verzeichnis** aller Klumpenrisiken zu erstellen. Die massgebenden Stichtage für das Verzeichnis kann jede Bank frei wählen. Einmal bestimmt, muss an den Stichtagen grundsätzlich festgehalten werden. Das Verzeichnis muss alle Klumpenrisiken, welche an einem Stichtag vorhanden waren, enthalten. Dagegen brauchen einst vorhandene Klumpenrisiken, welche vor dem Stichtag unter 10 % abgebaut wurden, nicht aufgeführt zu werden. Diese Situation darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, bestehende Klumpenrisiken kurz vor dem Stichtag abzubauen, um sie gleich danach wieder zu erhöhen.

Die Berechnung und die Meldung der Klumpenrisiken bezieht sich immer auf den jeweils letzten gemäss Art. 13b Abs. 1 erstellten Eigenmittelausweis, dessen Stichtag mit demjenigen von Art. 21 Abs. 2 nicht identisch sein muss. Hat die Bank kurz vor dem Risiko-Verteilungsstichtag, aber nach ihrem letzten ordentlichen Eigenmittelausweis, eine Kapitalerhöhung vorgenommen, wird es ihr überdies unbenommen sein, einen neuen Eigenmittelausweis zu erstellen, um von der Erhöhung einen sofortigen Nutzen für ihre Klumpenrisiken zu ziehen. Umgekehrt muss jedoch auch verlangt werden, dass eine Bank, deren Eigenmittel aus irgendeinem Grund abnehmen, dies für die Risikoverteilung in Betracht zieht und einen neuen Eigenmittelausweis erstellt und gegebenenfalls zusätzliche Klumpenrisiken meldet. Tut sie dies nicht, müsste ihre Vorgehensweise als rechtsmissbräuchlich qualifiziert werden.

Das vierteljährliche Verzeichnis muss dem **Organ für Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle der Bank** (für die Mehrzahl der Banks dem Verwaltungsrat) vorgelegt werden. Die Mitteilung an den Verwaltungsrat löst die bisherige Regelung von Art. 21 Abs. 1 aBankV ab, wonach der Entscheid, ein Klumpenrisiko einzugehen, zwingend in die Kompetenz des Verwaltungsrates gehörte. Die Änderung verzichtet damit auf den bisherigen fragwürdigen Eingriff der Behörde in die bankinterne Kompetenzordnung, welcher in der Praxis zu gelegentlich bloss formalen Genehmigungsentscheiden des Organs für Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle führte (vgl. dazu die Kritik in Bodmer/Kleiner/Lutz, Kommentar zum schweizerischen Bankengesetz, Zürich 1994, N 17 zu Art. 3-3quater BankG). Das Eingehen von Klumpenrisiken im Sinne von Art. 21 Abs. 1 muss vom Organ für Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle speziell geregelt und überwacht, der Beschluss über das einzelne Geschäft darf indessen stufengerecht an ein unteres Organ (Ausschuss oder Geschäftsleitung) delegiert werden. Damit wird ferner dem Umstand Rechnung getragen, dass die neu ab 10 % meldepflichtigen Klumpenrisiken tiefer angesetzt sind als die früheren Meldeplafonds und im Unterschied zu letzteren bis zur neuen Obergrenze grundsätzlich zulässig sind. Überdies ist das Gewähren von einzelnen Krediten an sich eine operative Tätigkeit und als solche der Geschäftsleitung vorbehalten.

Mit den neuen Vorschriften fällt die Kompetenz, Klumpenrisiken einzugehen, somit nicht mehr automatisch dem Verwaltungs-

rat zu. Etliche Geschäftsreglemente werden dieser neuen Lage angepasst werden müssen. Diese Änderung wird auf dem ordentlichen Genehmigungsweg erfolgen müssen, was systemgerecht ist und mit wenig Aufwand gleichzeitig mit anderen Änderungen des Reglements erfolgen kann.

Nicht delegierbar ist indessen die zentrale Pflicht des Organs für Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle, die eingegangenen Klumpenrisiken laufend zu überwachen. Damit es dieser Pflicht auch nachkommen kann, schreiben die neuen Bestimmungen vor, dass ein Verzeichnis vierteljährlich dem Verwaltungsrat vorgelegt werden muss (Art. 21 Abs. 2). In welcher Form eine Bank diese Mitteilung an den Verwaltungsrat zu machen gedenkt, ist jedem Institut selbst überlassen, sofern sie mindestens den Inhalt der Meldung an die Revisionsstelle umfasst. Es ist davon auszugehen, dass das Verzeichnis ordentlicherweise an der auf die Erstellung des Verzeichnisses nachfolgenden Sitzung traktandiert und dem Verwaltungsrat vorgelegt wird.

Das vierteljährige Verzeichnis bildet ausserdem Grundlage für eine **Mitteilung an die Revisionsstelle**, welche innert Monatsfrist nach Ablauf des jeweiligen Quartals zu erfolgen hat. Die Bankenkommission legt für die Meldung an die Revisionsstelle – nicht aber für die bankinterne Überwachung und Vorlage an den Verwaltungsrat – ein **Formular** (Anhang B) fest (Art. 21 Abs. 2).

Die neuen Risikoverteilungsvorschriften stellen insoweit einen Systemwechsel dar, als die Revisionsstelle neu regelmässig Meldungen über Klumpenrisiken von allen von ihr revidierten Banken erhält, welche die Grenze des Erlaubten noch nicht überschritten haben.

Die Begründung für diese Regelung liefert die traditionelle Arbeitsteilung des schweizerischen **indirekten Aufsichtssystems**. Die Arbeit im direkten und regelmässigen Kontakt mit der Bank ist üblicherweise eine Aufgabe der externen Revisionsstelle der Bank. Die EBK amtet hingegen als Oberaufsichtsinstanz. Eine Meldung von grundsätzlich zulässigen Klumpenrisiken an die Bankenkommission käme einem Eingriff in die bewährte Arbeitsteilung gleich.

Für die Wahl der Revisionsstelle als Adressatin der Meldungen spricht weiter, dass die Bankenkommission mit der Vielzahl von zu

verarbeitenden, routinemässigen Meldungen (ca. 1700 jährlich bei 430 Banken und vierteljährlichem Rhythmus, die konsolidierten Meldungen nicht eingerechnet) überlastet wäre. Zudem sollte insbesondere die Verantwortung für eine allfällige Reaktion auf Risikoverteilungsmeldungen bei der mit den Verhältnissen der jeweiligen Bank üblicherweise besser vertrauten Revisionsstelle liegen. Eine vierteljährige Meldung der Klumpenrisiken an die Revisionsstelle, verbunden mit dem gesetzlichen Auftrag, die Entwicklung dieser Risiken zu überwachen, bringt eine stärkere Einbindung der Revisionsstelle in die Kreditüberwachung.

Die Revisionsstelle wird sicher nicht eine leichte Aufgabe haben, wenn sie entscheiden muss, ob sie von der Bank zusätzliche Auskunft zu einem Klumpenrisiko verlangen will oder ob eine Risikoposition sogar Anlass zu Beanstandungen gibt, wobei auf den Umstand hingewiesen werden muss, dass es um in ihrer Höhe zulässige Klumpenrisiken geht. Die neuen Vorschriften verlangen von der Revisionsstelle, dass sie die bankinterne Kontrolle der Klumpenrisiken überwacht und deren Entwicklung würdigt. Die Quartalsmeldungen werden diesbezüglich eine Informationsquelle über die Bank generell (Risikolage, Rückschlüsse auf Organisation und Gewähr der Organe) darstellen und erlauben, die allgemeine Risikolage der Bank zeitnah zu beurteilen. Nötigenfalls muss die Revisionsstelle die EBK sofort benachrichtigen, wenn deren Einschreiten erforderlich erscheint.

Die Bankenkommission wird betreffend dieser «erlaubten Klumpenrisiken» nur in Einzelfällen von den Banken direkt oder über deren Revisionsstellen in Kenntnis gesetzt werden. Sie hat jedoch die Befugnis, jederzeit und ohne Begründung das letzte gesamte Verzeichnis oder eine Reihe bisheriger Verzeichnisse einer einzelnen oder mehrerer, nach bestimmten Kriterien (z.B. Bankkategorie, Bilanzsumme) oder stichprobeweise ausgewählter Banken zu verlangen. Sie kann von einzelnen Banken auch eine direkte Einsendung der Klumpenrisikoverzeichnisse während einer längeren Periode einfordern, um eine engere Überwachung zu gewährleisten. Und schliesslich erhält die EBK mit dem Revisionsbericht jeder Bank auch ein Exemplar des letzten im Zeitpunkt der Berichterstattung vorlie-

genden Meldeformulars (vgl. EBK-RS «Revisionsbericht: Form und Inhalt» Rz 29 und 42¹).

Auch wenn die Bankenkommission bei den Klumpenrisiken, die ihr auf diese Weise bekannt werden, grundsätzlich nicht einzuschreiten hat, werden sich Situationen ergeben, bei denen sie aufgrund ihrer spezifischen Kenntnis über die Bonität eines Grossschuldners einer Bank handeln müssen, schon nur um zu verhindern, dass ihr später ihre Untätigkeit vorgeworfen wird. Die EBK wird auch, sofern sich dies als notwendig erweist, beim Vorliegen bedeutender Klumpenrisiken, welche im Verhältnis zur Bankorganisation unvernünftig erscheinen, von ihrer Kompetenz Gebrauch machen, eine tiefere Obergrenze als 25 % der anrechenbaren eigenen Mittel festzulegen (Art. 22 Abs. 2 Bst. a, vgl. Ziff. 2.6 hienach).

Es ist hervorzuheben, dass die Erstmeldung eines Klumpenrisikos an die Revisionsstelle mit einer «Zusammenstellung der Risikoposition gemäss bankinterner Aufstellung» zu ergänzen ist. Dadurch erhält die Revisionsstelle ohne Mehraufwand der Bank Angaben, welche insbesondere helfen, unnötige Rückfragen bei letzterer zu vermeiden. Ohne diese Zusatzangaben wären die knapp gehaltenen Quartalsmeldungen zu wenig aussagekräftig.

Die Quartalsmeldungen an die Revisionsstellen sind unabhängig von der **Liste der zehn grössten Schuldner**, die der Frühinformation beizufügen ist (vgl. EBK-RS «Frühinformation» Rz 8–11²). Die Quartalsmeldung betrifft alle von der Bank eingegangenen Klumpenrisiken im Sinne von Art. 21 Abs. 1. Die Liste der zehn grössten Schuldner hingegen enthält weder Banken (und Broker) noch öffentlich-rechtliche Körperschaften in OECD-Ländern, noch Lombardkredite, die sinngemäss den Anforderungen von Art. 12a Abs. 1 Ziff. 4.3 und konservativen Belehnungsgrenzen genügen und nicht als Organkredite bezeichnet werden müssen. Andererseits beinhaltet diese Liste die zehn grössten Kreditpositionen, die einen gewissen Minimalbetrag übersteigen, auch wenn es keine Klumpenrisiken

¹ Im Juni 1996 war dieses Rundschreiben noch nicht definitiv verabschiedet. Die zitierten Randziffern entsprechen dem in diesem Zeitpunkt vorliegenden Entwurf.

² Im Juni 1996 befand sich dieses Rundschreiben erst in der Vernehmlassung. Die zitierten Randziffern entsprechen dem Vernehmlassungsentwurf.

sind. Und schliesslich handelt es sich bei dieser Liste um den Nominalbetrag der Forderungen und nicht um nach der jeweiligen Gegenpartei gewichtete Positionen.

2.1.2 **Obergrenze für Klumpenrisiken (Art. 21a)**

2.1.2.1 **Grundsatz (Art. 21a Abs. 1)**

Artikel 21a Abs. 1 bestimmt, dass die Risikoposition einer Bank grundsätzlich die Obergrenze von 25 % ihrer anrechenbaren eigenen Mittel nicht überschreiten darf. Eine Risikoposition über 25 % ist somit nicht gestattet, ausser in den Fällen gemäss Art. 21a Abs. 4 und 5 und Art. 22 Abs. 2 Bst. c (vgl. Ziff. 2.1.2.4 hienach). Die neue Regelung ist folglich weniger durchlässig als die bisherigen Meldeplafonds und steht damit auch besser im Einklang mit dem Wortlaut von Art. 4bis Abs. 2 des Gesetzes, welcher die Festlegung des angemessenen Verhältnisses zwischen den Engagements und den eigenen Mitteln in der Verordnung verlangt.

2.1.2.2 **Organgeschäfte (Art. 21 Abs. 3)**

Eine Bank hat besondere Vorsicht walten zu lassen, wenn eine Risikoposition **Organe oder qualifizierte Beteiligte der Bank** betrifft. Die Aufsichtsbehörde muss ihrerseits angemessene Massnahmen ergreifen, damit der Einfluss von Personen, welche direkt oder indirekt eine Entscheidungsmacht in der Bank haben, sich nicht zum Schaden einer umsichtigen und soliden Geschäftstätigkeit auswirken kann (vgl. insbesondere Art. 3 Abs. 2 Bst. c und cbis BankG). Die Risikoverteilung betreffend ist es deshalb gerechtfertigt, spezifische Normen für das Verhältnis der Bank gegenüber ihren Organen oder qualifizierte Beteiligten vorzusehen.

Art. 4 Abs. 2 der EU-Richtlinien 92/121 EWG sieht für Geschäfte mit nahestehenden Gesellschaften (Mutterunternehmen, dessen Tochtergesellschaften oder Tochterunternehmen der Bank) eine tiefere Obergrenze von 20 % der eigenen Mittel vor. Die Mitgliedstaaten können jedoch solche Organkredite von der Begrenzung auf

20% ausnehmen, wenn sie dafür «eine besondere Beaufsichtigung durch andere Massnahmen oder Verfahren vorsehen».

In diesem Sinne verzichtet die schweizerische Regelung auf eine besondere Obergrenze für Organgeschäfte, zumal sie mit 20% der eigenen Mittel nur unwesentlich tiefer wäre und lediglich die Regeln zur Risikoverteilung verkomplizieren würde. Stattdessen sind Klumpenrisiken mit Mitgliedern der Organe oder qualifiziert Beteiligten der Bank bzw. mit diesen nahestehenden Personen oder Gesellschaften im vierteljährlichen Verzeichnis **als «Organgeschäfte» besonders zu kennzeichnen**. Die damit erreichte besondere Aufmerksamkeit in der Bank und bei der Revisionsstelle genügt auch dem Gesetzesauftrag von Art. 4ter Abs. 1 BankG, welcher verlangt, dass Kredite an Mitglieder der Bankorgane und an massgebende Aktionäre sowie die ihnen nahestehenden Personen und Gesellschaften nur nach den allgemein anerkannten Grundsätzen des Bankgewerbes gewährt werden dürfen.

Die Umschreibung der «Organgeschäfte» in Art. 21 Abs. 3 lehnt sich eng an diejenige in Art. 4ter BankG an, berücksichtigt jedoch, dass der dort verwendete Begriff «massgebender Aktionär» mit den Gesetzesrevisionen vom 18. März 1994 (Art. 3 Abs. 2 Bst. cbis und Art. 3bis Abs. 3) und 16. Dezember 1994 (Art. 3bis Abs. 1 Bst. a und Art. 3ter Abs. 2 und 3) nunmehr durch die präzisere Bezeichnung des «qualifiziert Beteiligten» ersetzt wurde.

Der **Begriff der «nahestehenden Person oder Gesellschaft»** wurde absichtlich nicht näher beschrieben, um Art. 4ter BankG nicht einzuengen und den mannigfaltigen Erscheinungsformen des Wirtschaftslebens Rechnung tragen zu können. Es werden darunter namentlich qualifizierte Beteiligungen im Sinne von Art. 3 Abs. 2 Bst. cbis BankG oder faktische Beistandspflichten (vgl. Art. 13a Abs. 1) subsumiert werden müssen. Auch die Ausübung eines beherrschenden Einflusses auf andere Weise kann dazu führen, dass ein Kredit an eine Gegenpartei zu einem Organgeschäft wird. Ausschlaggebend wird dabei sowohl die Stellung des Organs in der Bank selber wie auch seine Position in der «nahestehenden Gesellschaft» sein. Ein Verwaltungsratsmitglied, das seinen Einfluss mit einem Dutzend anderen Mitgliedern teilt, wird dabei nicht gleich zu behandeln sein wie ein Verwaltungsratspräsident eines nur dreiköpfigen

Verwaltungsrates. Ebensowenig wird ein Organ, das nur Verwaltungsratsmitglied einer Gesellschaft ist, nicht gleichzusetzen sein mit einem Organ, das in einer Gesellschaft die Geschäftsleitung übernommen hat oder das der Mehrheitsaktionär einer Gesellschaft ist. Im übrigen kann auf die Praxis zu Art. 4ter BankG zurückgegriffen werden.

2.1.2.3 Unerlaubte Überschreitung der Obergrenze (Art. 21a Abs. 1 und Abs. 3)

Die Obergrenze gemäss Art. 21a ist ständig einzuhalten. Dieser Grundsatz gilt sowohl für die ordentliche Obergrenze von 25% (Art. 21a Abs. 1) als auch für eine in besonderen Fällen von der Bankenkommission festgelegte tiefere Obergrenze (Art. 22 Abs. 2 Bst. a).

Stellt eine Bank fest, dass eine Risikoposition die Obergrenze überschreitet, hat sie unverzüglich ihre Revisionsstelle und die EBK zu unterrichten (Art. 21a Abs. 3). Zusätzlich hat die Bank, auch wenn die Verordnung dies nicht ausdrücklich statuiert, die Pflicht, diese **Überschreitung der Obergrenze in möglichst kurzer Zeit abzubauen**. Es ist dies die logische Konsequenz der Pflicht, die Obergrenze ständig einzuhalten. Vorbehalten bleiben eine Neuberechnung der Risikoposition unter Berücksichtigung von Einzelwertberichtigungen oder Einzelrückstellungen (Art. 21d Abs. 5) oder die umgehende Erhöhung der anrechenbaren eigenen Mittel. Hingegen unterscheidet sich die in Art. 21a Abs. 5 erwähnte Deckung der Überschreitung durch freie anrechenbare eigene Mittel (vgl. Ziff. 2.1.2.4 hienach) von der unerlaubten Überschreitung konzeptionell dadurch, dass sie gestattet ist und nicht sofort gemeldet werden muss, weil sie keine unerlaubte Überschreitung darstellt.

Die Information der EBK kann nicht den Zweck haben, die Überschreitung vorübergehend zu billigen, wie es bisher Praxis war, sofern die Bank besondere Gründe, wie z.B. eine Deckung durch verrechenbare Forderungen, vorbringen konnte. Das neue System der Gewichtung trägt diesen «besonderen Gründen» bereits voll Rechnung. Die Meldung dient neu vielmehr dazu, die Aufsichtsbehörde auf allfällige Probleme der internen Organisation der Bank aufmerksam zu machen.

sam zu machen, welche in der betroffenen Bank bestehen könnten, und Massnahmen gegen die Überschreitung der Obergrenze anzuordnen. Eine Bank mit angemessener interner Organisation betreffend die Klumpenrisiken sollte im Prinzip nie mit dem Problem einer Überschreitung der anwendbaren Obergrenze konfrontiert sein. Diese Aussage gilt umso mehr, als die bankinterne Überwachung der Position in der Praxis regelmässig über den Weg von «ohne weiteren Kreditentscheid benutzbaren Limiten» (Art. 21d Abs. 3) erfolgen wird.

2.1.2.4 Erlaubte Überschreitung der Obergrenze (Art. 21a Abs. 4 und 5, Art. 22 Abs. 2 Bst. c)

In bestimmten Fällen sehen die neuen Vorschriften vor, dass die Überschreitung der Obergrenze zulässig ist:

a) Wenn eine Überschreitung der Obergrenze **vollständig durch freie anrechenbare eigene Mittel gedeckt** ist, kann davon ausgegangen werden, dass das zusätzliche Risiko eliminiert ist. Weil die Bank über freie anrechenbare eigene Mittel verfügt, steht dem Ein gehen eines höheren Klumpenrisikos nichts entgegen, gefährdet sie doch die Deckung ihrer anderen Geschäfte durch Eigenmittel nicht übermässig. Der Grundsatz von Art. 21a Abs. 5 ist analog demjenigen in Art. 14a Bst. c formuliert, wonach für qualifizierte Beteiligungen ausserhalb des Finanz- und Versicherungsbereiches (Art. 4 Abs. 2bis BankG) über 15% der anrechenbaren eigenen Mittel eine Deckung durch freie anrechenbare eigene Mittel zulässig ist. Die zur Abdeckung übermässiger Klumpenrisiken eingesetzten eigenen Mittel stehen in der Folge jedoch nicht mehr für andere Zwecke zur Verfügung, können also insbesondere nicht für die Eigenmittelunterlegung zusätzlicher Geschäfte verwendet werden. Ihre Beanspruchung für eine Überschreitung der Risikoverteilungsobergrenze ist im Eigenmittelausweis in Ziffer 11.6 entsprechend zu vermerken (Art. 21a Abs. 5). Die Möglichkeit, freie anrechenbare eigene Mittel zu Risikoverteilungszwecken zu immobilisieren, ist sehr offen formuliert. Sie darf jedoch nicht in der Weise ausarten, dass die gesamten freien eigenen Mittel für eine einzige Risikoposition verwendet werden.

b) Es kann überdies vorkommen, dass eine Bank sich veranlasst sieht, ein unzulässig hohes Klumpenrisiko einzugehen, bei dem sie zum voraus die **sehr beschränkte Dauer** und den Umfang absehen kann. In einem solchen Fall hat die EBK die Möglichkeit, der Bank für eine kurze Dauer die Überschreitung der Obergrenze zu gestatten, sofern sie es aufgrund der Begründungen der Bank und der Stellungnahme der Revisionsstelle für vertretbar hält (Art. 22 Abs. 2 Bst. c). Wie aus dem Wortlaut der Bestimmung hervorgeht, muss die Bewilligung der EBK vor Eingehen der Überschreitung eingeholt werden. Ansonsten entsteht eine unerlaubte Überschreitung der Obergrenze, die unverzüglich gemeldet und abgebaut werden muss (Art. 21a Abs. 3).

c) Schliesslich regelt die Verordnung noch den Fall, bei welchem ein die Obergrenze übersteigendes Klumpenrisiko einzig durch die **Verbindung bisher unabhängiger juristischer Personen** (oder einer natürlichen mit einer juristischen Person), sei es seitens der Bank, sei es seitens der Bankkunden, entsteht (Art. 21a Abs. 4). Ein solches Klumpenrisiko aufgrund des Umstandes, dass zwei Bankkunden unerwartet zu einer Gruppe verbundener Gegenparteien (vgl. Ziff. 2.2 hienach) geworden sind oder die Bank neue Forderungen gegenüber einem Kunden als Nebeneffekt einer eigenen Umstrukturierung (üblicherweise durch Fusion mit einer anderen Finanzgesellschaft oder Bank) erwirbt, muss in der Regel innert höchstens zwei Jahren auf die Obergrenze reduziert werden. In besonderen Fällen wird die EBK diese Frist verkürzen oder verlängern (Art. 22 Abs. 2 Bst. d).

2.1.3 **Bank- oder Finanzkonzern (Art. 21 Abs. 4, Art. 21a Abs. 2 und Art. 22 Abs. 2 Bst. b)**

Wenn die Bank einem Bank- oder Finanzkonzern angehört, welcher einer **als angemessen erachteten Aufsicht auf konsolidierter Basis** untersteht, rechtfertigt sich eine **besondere aufsichtsrechtliche Behandlung** im Verhältnis zu den Konzerngesellschaften. Um eine terminologische Einheit und eine materielle Gleichwertigkeit der Begriffe zwischen Eigenmittel- und Risikoverteilungsvorschriften zu gewährleisten, wurden die gleichen Ausdrücke verwendet. Massgebend ist somit die Definition des Konzerns, wie sie in Art. 13a enthalten ist. Ein Konzern besteht demnach, wenn die Bank mit einer

oder mehreren im Finanzbereich tätigen Unternehmungen oder Immobiliengesellschaften eine **wirtschaftliche Einheit** bildet oder wenn aufgrund anderer Umstände anzunehmen ist, dass sie rechtlich verpflichtet oder faktisch gezwungen ist, einem solchen Unternehmen beizustehen. Dies wird grundsätzlich immer der Fall sein, wenn die Bank auf eine Gesellschaft eine **direkte oder indirekte Beherrschung** ausübt (vgl. Art. 13a Abs. 2), schliesst jedoch insbesondere auch die **faktische Beistandspflicht** ohne ein Beteiligungs- oder Beherrschungsverhältnis zwischen der konsolidierungspflichtigen Bank und anderen Konzerngesellschaften ein. Erfasst werden damit sowohl Stammhaus- als auch Holdingkonzerne oder Konglomerate sowie von derselben natürlichen Person beherrschte Banken und Finanzinstitute. Auf die in der Rechnungslegung verwendeten Begriffe (vgl. RRV-EBK Kap. VIII) angewandt bedeutet dies, dass die Konzerngesellschaften sowohl Gesellschaften umfassen können, die direkt oder indirekt unter der einheitlichen Leitung der Bank als Obergesellschaft stehen, als auch verbundene Gesellschaften, die durch eine in der Konzernstruktur über der Bank stehende Gesellschaft unter einheitlicher Leitung zusammengefasst werden.

Die Verordnung befreit Bankkonzerne nicht von der Pflicht zur Einhaltung der Risikoverteilungsvorschriften auf Stufe Einzelinstitut, da die beteiligte Bank und deren Gläubiger immer noch das Hauptschutzobjekt der Bankengesetzgebung bleiben und die konsolidierte Beaufsichtigung des Konzerns lediglich ergänzenden Charakter hat. Andererseits sollen die Geschäfte innerhalb eines Bankkonzerns nicht durch die normalen Grenzen der Risikoverteilung eingeengt werden, was umso strenger wäre, als die Konzerngesellschaften untereinander verbunden sind (Art. 21c, vgl. Ziff. 2.2.2 hienach) und deshalb aus der Sicht der überwachten Bank immer ein einziges Klumpenrisiko darstellen. Eine absolute Grenze von 25 % würde insbesondere die Zentralisierung der Tresorerie und des Risikomanagements des Konzerns verunmöglichen.

Die neuen Bestimmungen sehen eine Meldung der Risikoposition von Konzerngesellschaften vor, verbunden mit einer **speziellen Kennzeichnung auf dem Meldeformular als «Konzerngeschäft»** (Art. 21 Abs. 4). Hingegen werden die Konzerngesellschaften weit-

gehend **von den beiden Obergrenzen** (25% und 800%) **befreit**. Dabei wird aber eine wichtige qualitative Unterscheidung vorgenommen: Nur Konzerngesellschaften, welche Teil eines angemessen überwachten Bank- oder Finanzkonzerns sind und in die Eigenmittel- und Risikoverteilungskonsolidierung dieses Konzerns einbezogen sind, können befreit werden.

Die neue Regelung ist in diesem Bereich viel liberaler als die bisherige, die einen privilegierten Plafond nur für kurzfristige Verpflichtungen ausländischer Banken zuließ, bei denen die Überschreitung durch verrechenbare Guthaben abgedeckt war (vgl. EBK-RS 88/1 Rz 4). Sie entspricht auch nicht den neuesten internationalen Entwicklungen, die «intra group exposures» als ein besonderes Risiko einstufen, das eine spezielle aufsichtsrechtliche Beachtung erfahren sollte. Aus diesen Gründen ist die neue Lösung nicht unproblematisch. Sie setzt dementsprechend eine enge Überwachung durch die Revisionsstelle voraus. Sollte sie sich in der Praxis nicht bewähren, müsste darauf zurückgekommen werden.

Die Befreiung von der Einhaltung der Obergrenzen im Konzern ist nur automatisch (Art. 21a Abs. 2), wenn die betroffene Gesellschaft selbst auf Einzelbasis einer angemessenen Aufsicht untersteht (Bst. a) oder, sollte die betreffende Gesellschaft keiner angemessenen Aufsicht auf Einzelbasis unterstehen, wenn sie als Gegenparteien ausschliesslich Konzerngesellschaften hat, welche ihrerseits einzeln einer angemessenen Aufsicht unterstehen (Bst. b). Eine automatische Befreiung nach Art. 21a Abs. 2 Bst. b wird namentlich möglich sein bei Special Purpose Vehicle (SPV)-Gesellschaften des Konzerns zur Aufnahme von Geldern für Gesellschaften des Konzerns, wenn diese einer angemessenen Aufsicht auf Einzelbasis unterstehen, auch wenn die SPV-Gesellschaft keiner angemessenen Aufsicht im Gastland untersteht, sei es weil es sich um ein unreguliertes Gebilde handelt oder weil die Aufsicht im Gastland nicht als angemessen betrachtet wird.

Ob eine **angemessene Aufsicht** besteht oder nicht, beurteilt in erster Linie die Bank in enger Zusammenarbeit mit ihrer bankengesetzlichen Revisionsstelle. Die EBK wird Zweifelsfälle beurteilen sowie einschreiten, wenn sie feststellt, dass eine Bank zu Unrecht angenommen hat, eine Konzerngesellschaft unterstehe einer ange-

messenen Aufsicht. A priori darf angenommen werden, dass Banken aus G-10-Ländern¹ einer angemessenen Aufsicht unterstehen. In Anlehnung an die Richtlinien des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht über eine effektive konsolidierte Beaufsichtigung² kann ausserdem angenommen werden, dass eine angemessene Aufsicht besteht, wenn unter anderem eine Bewilligungspflicht zur Banktätigkeit, eine ständige Kontrolle der Bewilligungsvoraussetzungen, Aufsichtsstandards über Eigenmittel, Risikoverteilung, Liquidität, Organisation und Management sowie Qualität der Anlagen, eine Berichterstattung der Bank an die Aufsichtsbehörde und Vorkehrungen für einen wiederkehrenden Dialog zwischen Aufsichtsbehörde und Bankleitung bestehen. Konzerngesellschaften, die ihren Sitz in der Schweiz haben und vollumfänglich der Aufsicht der EBK unterstehen, erfüllen die Bedingung von Art. 21a Abs. 2 Bst. a ohne weiteres.

Ist die Bedingung der angemessenen Aufsicht auf Einzelbasis nicht erfüllt – beispielsweise im Falle einer unregulierten Dach-Holdinggesellschaft –, so kann die EBK in besonderen Fällen auf Gesuch der Bank hin eine Befreiung aussprechen (Art. 22 Abs. 2 Bst. b in fine). Voraussetzung hierfür wäre, dass die betreffende staatlich nicht direkt beaufsichtigte Gesellschaft zumindest durch konzerninterne Massnahmen ähnlich strengen Regeln unterworfen ist wie Banken auf Einzelbasis oder sich freiwillig gewissen staatlichen Aufsichtsmassnahmen unterzieht.

Umgekehrt hat die Bankenkommission die Möglichkeit, in besonderen Fällen die automatische Befreiung gemäss Art. 21a Abs. 2 für einzelne oder die Gesamtheit der Konzerngesellschaften eines Bank- oder Finanzkonzerns nicht anwendbar zu erklären. Dies wird insbesondere dann angezeigt sein, wenn Zweifel an der Angemessenheit der konsolidierten Aufsicht oder der Solvenz einzelner Konzerngesellschaften bestehen, so dass sich eine starke Einschränkung oder gar ein Verbot von Risikopositionen der in der Schweiz beaufsichtigten Bank gegenüber dem Konzern aufdrängt.

¹ Belgien, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Schweden, Schweiz und USA.

² BS/96/9, The Supervision of Cross-Border Banking, April 1996, Annex B, Effective consolidated supervision, Ziff. 7; Abdruck in EBK Bulletin 31 vorgesehen.

Die Ausnahmeregelung ist so formuliert, dass auch nach schweizerischem Recht errichtete Tochterbanken ausländischer Bank- und Finanzkonzerne die Befreiung von der Obergrenze für Forderungen gegenüber ihren Mutter- oder Schwestergesellschaften nach den gleichen Voraussetzungen automatisch oder auf Gesuch hin erreichen können. Die neue Regelung ersetzt somit die bisherige Ermächtigung zu Plafondüberschreitungen bis auf 300 % der eigenen Mittel für ausländisch beherrschte Banken gegenüber anderen Banken des Konzerns gemäss EBK-RS 88/1.

2.1.4 **Obergrenze für die Gesamtheit der Klumpenrisiken (Art. 21b)**

Die **Gesamtheit der Klumpenrisiken** einer Bank darf die Obergrenze von 800 % der anrechenbaren eigenen Mittel nicht überschreiten. Diese Bestimmung bedeutet, dass sich eine Bank maximal 32 bis 80 Klumpenrisiken leisten kann, wobei sich die Anzahl der möglichen Klumpenrisiken vermindert, je näher bei der Obergrenze von 25 % die einzelnen Klumpenrisiken sind.

In Anlehnung an die europäischen Vorschriften sehen die neuen Bestimmungen vor, dass gewisse Klumpenrisiken nicht in die Gesamtobergrenze eingeschlossen werden müssen. Ohne diese Ausnahmen würde die 800 %-Obergrenze Schweizer Banken im Wettbewerb mit anderen europäischen Banken und erst recht gegenüber aussereuropäischen Instituten, welche keiner ähnlichen Gesamtobergrenze unterworfen sind, ungebührlich benachteiligen. Ungeachtet der Befreiung von der Gesamtobergrenze handelt es sich dabei weiterhin grundsätzlich um Klumpenrisiken, welche der 25 %-Grenze unterworfen sind und nach Art. 21 Abs. 2 gemeldet werden müssen.

a) Ausgenommen von der Gesamtobergrenze sind eine Anzahl Forderungen gegenüber bestimmten Gegenparteien (Art. 21b Abs. 2 Bst. a), welche alle in den Eigenmittelvorschriften eine Risikogewichtung von 25 % haben (Art. 12a Abs. 1). Es sind dies die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Ziff. 2.1), die multilateralen Entwicklungsbanken (Ziff. 2.2), Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr gegenüber Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern (Ziff. 2.4), von der EBK anerkannte Gemeinschaftseinrich-

tungen der Banken (Ziff. 2.6) und Optionen- und Financial Futures-Börsen (Ziff. 2.7).

b) Die neue Regelung nimmt des weiteren Forderungen gegenüber Unternehmungen des Bank- oder Finanzkonzerns, welchem die Bank angehört, von der Gesamtobergrenze aus (Art. 21b Abs. 2 Bst. b). Voraussetzung dafür ist, dass die betreffenden Gesellschaften in die Eigenmittel- und Risikoverteilungskonsolidierung eingeschlossen sind und dass die einzelne Unternehmung einer als angemessen betrachteten Aufsicht untersteht. Der Kreis der ausgenommenen Konzerngesellschaften ist identisch mit denjenigen in Art. 21a Abs. 2 und Art. 22 Abs. 2 Bst. b. Die konsolidierte Überwachung erlaubt eine tatsächliche Kontrolle der Klumpenrisiken, welche der Konzern als Einheit gegen aussen eingegangen ist, wie sie auch die Einhaltung eigener Mittel auf konsolidierter Basis verlangt (vgl. Ziff. 2.1.3 hievor).

c) Wenn ein Anteil einer Risikoposition vollständig durch freie anrechenbare eigene Mittel gedeckt ist (vgl. Art. 21a Abs. 5 und Ziff. 2.1.2.4 hievor), besteht für die Bank in diesem Umfang kein zusätzliches Risiko. Es ist daher nur folgerichtig, für die Gesamtheit der Klumpenrisiken die derart gedeckten Anteile nicht in Betracht zu ziehen (Art. 21b Abs. 2 Bst. c).

d) Schliesslich gibt es Risikopositionen, welche nach Berücksichtigung der obgenannten Ausnahmebestimmungen (Art. 21b Abs. 2 Bst. a–c) im Umfang des Restbetrages kein Klumpenrisiko mehr darstellen, weil sie 10% der eigenen Mittel nicht überschreiten oder gar unterschreiten. Folglich müssen sie für die Gesamtheit der Klumpenrisiken nicht mehr berücksichtigt werden (Art. 21b Abs. 2 Bst. d).

e) Die Ausnahme in Art. 21b Abs. 2 Bst. e trachtet danach, eine allenfalls mögliche teilweise oder vollständige Doppelzählung der gleichen Forderung auszuschliessen. Aufgrund der Regelung über Konsortien (vgl. Ziff. 2.2.4 hienach) wird gemäss Art. 21c Abs. 1 Bst. c ein Konsortium als eigene Risikoposition erfasst. Die Konsortien stellen eine «Gruppe verbundener Gegenparteien» dar. Befindet sich nun unter den für die Gesamtobergrenze zu berücksichtigenden Klumpenrisiken die Risikoposition eines Konsortien, so ist, sofern dessen Risikoposition auch einen Teil oder die Gesamtforderung

gegenüber dem Konsortium enthält (massgebend ist Art. 21e Abs. 4), eine Forderung doppelt erfasst. Die neue Regelung will die Doppelzählung vermeiden und verzichtet dazu auf den Einbezug der Risikoposition des Konsortiums.

Die Artikel 21a Abs. 3, 4 und 5 und 22 Abs. 2 Bst. a und c sind sinngemäss auch auf die Bestimmungen der Gesamtheit der Klumpenrisiken anwendbar (Art. 21b Abs. 3). Somit wird es der EBK in besonderen Fällen zustehen, eine strengere Gesamtobergrenze als 800 % der anrechenbaren eigenen Mittel festzulegen (Art. 22 Abs. 2 Bst. a). Sie wird aber auch auf vorgängiges Gesuch hin eine befristete Überschreitung der Maximalobergrenze von 800 % gestatten dürfen (Art. 22 Abs. 2 Bst. c). Letztere Ausnahme wird allenfalls parallel zu einer (im konkreten Fall bewilligten) Überschreitung der Klumpenrisikogrenze von 25 % gewährt werden. Ebenso wie die Obergrenze von 25 % ist auch die Gesamtobergrenze von 800 % ständig einzuhalten, und jede unerlaubte Überschreitung muss sofort der Revisionsstelle und der EBK gemeldet und zurückgeführt werden (Art. 21a Abs. 3). Schliesslich wird die Bank auch die Grenze von 800 % überschreiten dürfen, sofern die Überschreitung vollständig durch anrechenbare eigene Mittel gedeckt ist (Art. 21a Abs. 5).

2.2 Gruppe verbundener Gegenparteien

2.2.1 Grundsätze (Art. 21c Abs. 1 und 3)

Unter dem Risikoaspekt rechtfertigt es sich, eine Gruppe natürlicher oder juristischer Personen, welche untereinander verbunden sind, **als eine Einheit zu betrachten**. Dieser Grundsatz war bereits im bisherigen Art. 21 Abs. 5 aBankV enthalten, welcher vorsah, dass rechtlich selbständige Gesellschaften und Personen, die über das Beteiligungskapital zu mehr als 50 % miteinander verflochten sind, als Einheit betrachtet werden. Diese allzu formale Definition musste jedoch einerseits ausgeweitet und andererseits genügend offen formuliert werden, damit den mannigfaltigen Situationen tatsächlicher Kontrolle, welche sich einstellen können, besser entsprochen werden kann.

Zwei Grundtatbestände werden erfasst, die **rechtliche oder faktische Beherrschung** einerseits und die gegenseitige finanzielle Abhängigkeit andererseits. Die rechtliche oder faktische Beherrschung (Art. 21c Abs. 1 Bst. a) betreffend greift die neue Regelung auf den Hauptanwendungsfall der Beherrschung in den Eigenmittelkonsolidierungsvorschriften zurück. Danach wird als eine einzige Gegenpartei jeder Konzern angesehen, bei welchem eine natürliche Person oder Gesellschaft direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmen einer oder mehrerer Unternehmungen hält oder in anderer Weise einen beherrschenden Einfluss ausübt (vgl. Art. 13a Abs. 2). Im Unterschied zu den Konsolidierungsvorschriften, welche sich auf Unternehmungen des Finanzbereiches und Immobiliengesellschaften beschränken, werden jedoch hier Unternehmungen jeder Art, also auch ausserhalb des Finanzbereiches, erfasst.

Die **gegenseitige finanzielle Abhängigkeit** ihrerseits (Art. 21c Abs. 1 Bst. b) ist gegeben, wenn unter den zwei oder mehreren Gesellschaften oder Personen erkennbare Beziehungen bestehen, die es wahrscheinlich erscheinen lassen, dass, wenn eine in finanzielle Schwierigkeiten gerät, die anderen in der Folge Zahlungsschwierigkeiten haben werden. Diese Bestimmung orientiert sich an der Definition in Art. 1 Bst. m (zweites Lemma) der EU-Richtlinie 92/121/EWG, welche auch der Basler Ausschuss empfiehlt. Unter diesem Titel müsste die Bank beispielsweise berücksichtigen: Aktionäre oder Gesellschafter einer Gesellschaft unter sich und zusammen mit der Gesellschaft, Tochtergesellschaften der gleichen Muttergesellschaft untereinander sowie Personen, welche durch Garantien verbunden sind.

Die Frage der finanziellen Abhängigkeit könnte sich ebenfalls stellen, wenn eine Gegenpartei der Bank von einem einzigen Lieferanten – welcher seinerseits Gegenpartei der Bank ist – abhängt oder ihre ganze Produktion einem Kunden – ebenfalls Gegenpartei der Bank – liefert. In der Regel wird ein solcher Fall aber nicht als verbundene Gegenpartei angesehen; anders zu entscheiden wäre höchstens, wenn die finanzielle Abhängigkeit derart eng wäre, dass sie kurzfristig nicht ersetzt werden könnte (vgl. «Messung und Überwachung von Grossrisiken», Grundsatzpapier des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, Januar 1991, Ziff. 14 i.f.).

Artikel 21c Abs. 3 stellt klar, wie im möglichen Fall, wenn durch die Definition der Gruppe verbundener Gegenparteien Parteien mit unterschiedlicher Risikogewichtung zusammentreffen (vgl. 2.3.2 hienach), vorzugehen ist: Die Risikoposition jeder Partei wird zuerst mit deren Gewichtungsfaktor gewichtet und anschliessend wird die Summe der Teilpositionen ermittelt und so die Position der Gruppe gebildet. Hat eine Bank beispielsweise gegenüber einer anderen Bank eine kurzfristige Forderung von 10 Millionen Franken und gegenüber deren Mehrheitsaktionär auch eine Forderung von 10 Millionen Franken, ergibt dies zwei Teilpositionen zu 2,5 und 10 Millionen Franken (Art. 21e Abs. 1, Art. 12a Abs. 1 Ziff. 2.4 und 5.3) und somit eine Risikoposition von 12,5 Millionen Franken für diese Gruppe verbundener Gegenparteien.

2.2.2 **Bank- oder Finanzkonzern**

Der Bank- oder Finanzkonzern, zu dem die Bank gehört (aber auch aus Sicht der Bank ein «Dritt-konzern»), ist unbestrittenermassen eine «Gruppe verbundener Gegenparteien». Hinsichtlich der Gesellschaften des eigenen Konzerns gilt deshalb, dass sie zusammen eine einzige, speziell zu kennzeichnende Risikoposition im Sinne von Art. 21 Abs. 4 darstellen, wobei jedoch für einen Teil der Konzerngesellschaften häufig die Ausnahmemöglichkeit von der Obergrenze Anwendung findet (vgl. Ziff. 2.1.3 hievor).

2.2.3 **Unternehmungen der öffentlichen Hand als Spezialfall der Gruppe verbundener Gegenparteien (Art. 21c Abs. 2)**

Auch die öffentlich-rechtliche Körperschaft stellt zusammen mit den von ihr beherrschten Unternehmungen eine Gruppe verbundener Gegenparteien dar. Artikel 21c Abs. 2 lässt es aber zu, dass diese Einheit hinsichtlich der Risikoerteilung «aufgebrochen» wird. Sie muss grundsätzlich dann nicht beachtet werden, wenn die öffentlich-rechtliche Körperschaft für die Verbindlichkeiten der betreffenden Unternehmung nicht haftet. Aus Gründen der Rechtssicherheit darf man hier davon ausgehen, dass eine solche **Haftung des Staatswesens** nur besteht, wenn die öffentlich-rechtliche Körperschaft sie

ausdrücklich, meistens in einem Rechtsakt, übernommen hat. Normalerweise entsteht dem Gläubiger der Unternehmung in diesem Fall ein direktes Forderungsrecht gegen den Staat, das er jedoch nur ausüben kann, wenn die Unternehmung zahlungsunfähig ist. Vorbehalten bleiben krasse Rechtsmissbräuche, wenn eine solche Haftung faktisch besteht und auf ihre rechtliche Absicherung nur verzichtet wurde, um die Kreditmöglichkeiten der Unternehmung bzw. des Staates zu vergrössern.

Die vorgenannte Ausnahme würde jedoch nicht verhindern, dass **Staatsbanken**, insbesondere in der Schweiz die Kantonalbanken mit Staatsgarantie, mit der sie tragenden öffentlich-rechtlichen Körperschaft zusammen als Einheit zu betrachten wären. Eine Drittbank hätte sich folglich zu entscheiden, entweder dem Kanton Ausleihungen zu machen oder der Kantonalbank desselben Kantons, wenn sich die Summe ihrer Forderungen gegenüber dieser Einheit der Obergrenze gemäss Art. 21a nähert. Um die Refinanzierungsmöglichkeiten namentlich der staatsgarantierten Kantonalbanken nicht ungebührlich einzuschränken, sehen die neuen Vorschriften deshalb im Sinne einer generellen Ausnahme vor, dass Banken in OECD-Ländern nicht mit der sie beherrschenden und garantierenden öffentlich-rechtlichen Körperschaft zusammenzählen sind.

2.2.4 Konsortium

Die neue Regelung erfasst das Konsortium, unabhängig von der konkreten Ausgestaltung des Innenverhältnisses unter den Konsorten, als eine **wirtschaftlich verflochtene Einheit** (Art. 21c Abs. 1 Bst. c), welche ab Erreichen der Grenze von 10 % der anrechenbaren eigenen Mittel der Bank ein Klumpenrisiko darstellt. Hingegen wird von den Banken nicht zwingend verlangt, dass sie mehrere Kreditexpositionen aus Konsortialgeschäften zusammenzählen, auch wenn in den formell verschiedenen Konsortien ein oder mehrere Konsorten mehrfach vertreten sind und solche Konsortien folglich als gesamthaft verbunden betrachtet werden könnten.

Die Forderung gegenüber einem Konsortium wird, und darin bildet das Konsortium im Rahmen der Risikoverteilungsbestimmungen eine Ausnahme, durch die Bank doppelt erfasst: ein erstes Mal bei jedem Konsorten in dessen individueller Risikoposition und zusätzlich als Gesamtforderung gegenüber dem Konsortium. Bei beiden Anrechnungen finden die gleichen Regeln Anwendung: Die Risikoposition eines Konsortiums entspricht der Summe der Quoten jedes Konsorten multipliziert mit dessen individueller Risikogewichtung (Art. 21e Abs. 4).

Im Falle der **Solidarschuldnerschaft** unter Konsorten hingegen muss die Bank die ganze Forderung allein demjenigen Konsorten anrechnen, dessen Bonität sie beim Kreditentscheid (Erstentscheid oder Kreditverlängerung, vgl. Ziff. 2.3.2.2 hienach) am höchsten eingestuft hat (Art. 21e Abs. 4). Als Konsequenz fallen die Quoten der anderen Konsorten für deren individuelle Risikoposition ausser Betracht. Sonst würde die Forderung dreifach erfasst. Hat die Bank im Falle einer Solidarschuldnerschaft bei ihrem Kreditentscheid nicht auf die Bonität eines einzigen Konsorten, sondern auf diejenige mehrerer oder aller Mitglieder des Konsortiums abgestellt, ist die gesamte Solidarschuld in die Risikoposition des Konsortiums sowie volumäfänglich in die Risikoposition jedes einzelnen betroffenen Konsorten einzubeziehen.

Die gewollte **doppelte Erfassung** von Forderungen gegenüber einem Konsortium soll aber für eine Bank im Rahmen der Gesamtobergrenze von 800% keinen Nachteil darstellen. Deshalb wird das Klumpenrisiko des Konsortiums «ausgeblendet», sofern und soweit die gleiche Forderung schon teilweise oder als Ganzes über die Risikoposition eines oder mehrerer Konsorten als Klumpenrisiko erfasst ist (Art. 21b Abs. 2 Bst. e, vgl. Ziff. 2.1.4 hievor). Wenn die Bank beim Kreditentscheid auf die Bonität mehrerer solidarisch haftender Konsorten abgestellt hat (vgl. hievor), wird trotzdem für die Gesamtobergrenze eine mehrfache Erfassung einer einzigen Forderung erfolgen, wenn die Risikopositionen mehrerer Konsorten ihrerseits Klumpenrisiken sind, denn diese Forderung wird in die Risikoposition jedes betroffenen Konsorten einbezogen.

2.3 Risikoposition

2.3.1 Grundsätze (Art. 21d)

Die **Risikoposition einer Gegenpartei** setzt sich zusammen aus den Forderungen gegenüber dieser Gegenpartei, den Ausserbilanzgeschäften mit dieser und den Netto-Longpositionen in Effekten, welche die Gegenpartei ausgegeben hat. Diese Vorschrift ist dem Schema des Art. 12 Abs. 2 Bst. a–c der Eigenmittolvorschriften nachgebildet. Bevor sie in die Risikoposition einfließen, müssen die Forderungen entsprechend dem Risiko gewichtet werden (vgl. Ziff. 2.3.2 hienach). Die Ausserbilanzgeschäfte ihrerseits müssen zuerst in ihr Kreditäquivalent umgerechnet (vgl. Ziff. 2.3.3 hienach) und anschliessend nach dem Risiko gewichtet werden. Die Netto-Longpositionen schliesslich müssen ebenfalls eine Gewichtung erfahren. Weil aber das Emittentenrisiko spezifisch ist, wird auch die Gewichtung speziell ermittelt (vgl. Ziff. 2.3.5 hienach).

Im Rahmen der Eigenmittolvorschriften werden bestimmte Effekte, welche von der Bank selbst oder von Unternehmungen des Bank- oder Finanzsektors ausgegeben werden, an denen die Bank eine Beteiligung hält, vom Kernkapital (vgl. Art. 11a Abs. 3 Bst. a) oder vom Total der eigenen Mittel (vgl. Art. 11c) abgezogen oder mit einem Faktor von 1250 % (Art. 12h Abs. 4 Ziff. 4) gewichtet. Aus denselben Gründen wie bei Art. 21a Abs. 5 (vgl. Ziff. 2.1.2.4 hievor) ist ihr Risiko als vollständig eliminiert zu betrachten, da sie vollständig mit eigenen Mitteln abgedeckt sind. Unter diesen Umständen rechtfertigt sich ihr Einbezug in eine Risikoposition nicht (Art. 21d Abs. 2).

Schon die bisherige Praxis sah vor, dass die vom zuständigen Organ der Bank **bewilligte Limite** oder, wenn diese höher ist, die effektive Beanspruchung für die Risikoverteilung massgebend sei (vgl. EBK-RS 72/2 Rz. 3). Dieser Grundsatz rechtfertigt sich aus wirtschaftlicher wie auch aus organisatorischer Sicht, geht doch die Bank im Umfang dieser Limite ein Risiko ein. Massgebend ist selbstverständlich die intern festgelegte Limite und nicht eine dem Kunden bekanntgegebene, unter Umständen niedrigere Limite. Präzisierend stellen die neuen Bestimmungen klar, dass damit eine «ohne weiteren Kreditentscheid benutzbare Limite» gemeint ist (Art. 21d Abs. 3).

Unter dem Gesichtspunkt des Risikos ist es grundsätzlich vorsichtiger, wenn die Risikoposition ausgehend vom **Bruttoengagement**

gement, ohne Berücksichtigung möglicher Verrechnungsmöglichkeiten, gemessen wird. In gewissen Fällen kann jedoch die **Verrechnung** zugelassen werden, weil sie tatsächlich das Risiko vermindert. Um eine Einheitlichkeit des Gesamtsystems von Risikoverteilungs-, Eigenmittel- und Rechnungslegungsvorschriften zu erhalten, verweist Art. 21d Abs. 4 auf die beiden letzteren.

Die Verrechnung zwischen Forderungen und Verpflichtungen wird deshalb zugelassen beim Vorliegen gleichartiger Geschäfte mit der gleichen Gegenpartei, in gleicher Währung und mit gleicher Fälligkeit, oder allenfalls einer früheren Fälligkeit der Forderung (der Bank), weil solche Forderungen weder am Bilanzstichtag noch bis zum Verfall der verrechneten Transaktionen je zu einem Gegenparteirisiko führen können (vgl. RRV-EBK Kap. I Ziff. 9). Desgleichen dürfen Banken, welche die Marktbewertungsmethode anwenden, die positiven Wiederbeschaffungswerte und Add-ons einerseits und negative Wiederbeschaffungswerte andererseits aus Terminkontrakten und Optionen mit derselben Gegenpartei verrechnen, wenn die Bedingungen gemäss Art. 12f erfüllt sind.

Wenn eine Bank **individuelle Wertberichtigungen und Rückstellungen** für bestimmte Forderungen, Ausserbilanzgeschäfte und Netto-Longpositionen in Effekten vornimmt, deckt sie selbstverständlich das Risiko im selben Umfang ab. Es ist daher gerechtfertigt, die Bank in den gleichen Stand zu versetzen, wie wenn sie einen Betrag im selben Umfang durch Eigenmittel gedeckt hätte. Es muss deshalb der Bank gestattet sein, die Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen von der Risikoposition abzuziehen. Diese Erlaubnis ist allerdings beschränkt auf individuelle Wertberichtigungen und Rückstellungen, welche fallbezogen vorgenommen wurden, damit deren Zweckbestimmung und die positionsgerechte Verwendung nachvollziehbar und überprüfbar sind (vgl. RRV-EBK Kap. II Ziff. 3). Der Abzug muss rechnerisch nach einer allfälligen Ermittlung des Kreditäquivalents, aber vor der Risikogewichtung vorgenommen werden (Art. 21d Abs. 5; vgl. Anhang E, Kommentare II und IV).

Handelsgeschäfte (Kassa- und Termingeschäfte sowie Optionen) stellen während der normalen Dauer eines Geschäftes ein Risiko im Betrage des Marktwertes bzw. des Kreditrisikoäquivalentes (Ter-

mingeschäfte und Optionen) dar. Sobald die Bank, nicht aber die Gegenpartei, am vereinbarten Termin ihre Leistung erbracht hat, ändert sich die Risikosituation. Das Risiko entspricht nun neu dem vollen Nominalbetrag der Forderung. Die Anwendung der Regel in Art. 21d Abs. 6 ist vom Verbuchungssystem der Bank unabhängig. Sie hat zur Folge, dass bezüglich der Risikoverteilung Handelsgeschäfte ab sofort nach den Grundsätzen behandelt werden, wie sie in den Rechnungslegungsvorschriften der EBK vorgesehen sind, auch wenn eine Bank von den Übergangsfristen von Kap. I Ziff. 1./2. RRV-EBK Gebrauch macht und die Geschäfte schon am Abschluss- tag bilanziert. Konkret heisst das, dass sie bis zum Valutatag als Ausserbilanzgeschäfte berücksichtigt werden, demnach in ihr Kreditäquivalent umzurechnen und gemäss der Gegenpartei zu gewichtet sind (Art. 21f; vgl. RRV-EBK Kap. I Ziff. 1./2.). Am Valutatag müssen sie hingegen zum Wert der Forderungsseite in die Risikoposition der Gegenpartei einberechnet werden, sofern die Gegenpartei ihre Leistung nicht erbracht hat.

Die neuen Vorschriften mildern jedoch diese Regel, indem sie das **Settlementrisiko** von den Risikoverteilungsvorschriften ausnehmen, obwohl es sich um eine Variante des Kreditrisikos handelt. Bei Forderungen aus Zahlungsverkehr und Handelsgeschäften (Art. 21d Abs. 7), welche innert zwei Bankwerktagen bereinigt sind, kann auf einen Einbezug in die Risikoposition verzichtet werden. Eine Bank soll so nur Forderungen vernachlässigen dürfen, deren Risiko sie eigentlich nie ausgesetzt war, wobei sich die tatsächliche Risikolage aber erst nach den üblichen Abklärungen ergibt. Ab dem dritten Bankwerktag nach dem vereinbarten Valutadatum müssen alle nicht erfüllten Forderungen zu ihrem Nominalwert in die Risikoposition einbezogen und gemäss der Gegenpartei gewichtet werden.

Für Termingeschäfte und Optionen beinhaltet diese Regelung somit folgende chronologische Behandlung. Zwischen dem Abschluss- und dem Valutatag werden sie als Ausserbilanzgeschäfte behandelt (vgl. Art. 21d Abs. 1 Bst. b und 21f). Am Valutatag sowie zwei Bankwerktagen danach werden sie von der Risikoposition ganz ausgenommen (Art. 21d Abs. 7). Nach dieser Schonfrist hingegen werden diese Geschäfte zum vollen Wert der Forderungsseite in die Risikoposition einbezogen und gewichtet (Art. 21d Abs. 6).

und Art. 21d Abs. 1 Bst. a). Das gleiche gilt in diesem Zusammenhang auch für Kassageschäfte. Sie werden wie Termingeschäfte behandelt (vgl. RRV-EBK Kap. I Ziff. 1./2.).

2.3.2 Risikogewichtung nach Gegenpartei oder Sicherheiten (Art. 21e)

2.3.2.1 Grundsätze (Art. 21e Abs. 1)

Gemäss den Eigenmittelvorschriften sind die einzelnen Positionen entsprechend dem relativen Risiko ihrer Gegenpartei zu gewichten und anschliessend mit einem Einheitsunterlegungssatz zu multiplizieren (Art. 12). Auf eine Gegenpartei findet immer der gleiche Gewichtungsfaktor Anwendung, egal ob es sich um ein konventionelles Kreditverhältnis handelt oder ob ein Termingeschäft mit ihr abgeschlossen wurde. Ungleichbehandlungen ergeben sich immerhin aus der Laufzeit der Forderung sowie aus ihrer Deckung (Art. 12a Abs. 1 Ziff. 2.4, 3.1, 3.2, 3.3, 4.1, 4.2, 4.3, 5.2 und 5.4). Die Gewichtungsfaktoren der Eigenmittelvorschriften finden grundsätzlich auch auf die Risikoverteilung Anwendung.

Eigentlich bedeutet eine **Übernahme der Gewichtung der Eigenmittelunterlegung** für die Risikoverteilung eine Unterschätzung des potentiellen Verlustrisikos. Dies darum, weil die Risikoverteilung dem maximalen Verlust bei Ausfall einer einzigen Gegenpartei Rechnung zu tragen hat, wogegen die Gewichtungen bei den Eigenmittelvorschriften auf der Grundlage des erwarteten durchschnittlichen Verlustes aus der Summe von Bankgeschäften derselben Art beruhen. Trotzdem werden letztere aus Gründen der Praktikabilität übernommen. Dieser Entscheid hat den grossen Vorteil, die Arbeit der Banken zu vereinfachen, insbesondere betreffend die Erfassung und Kontrolle der Positionen, welche ein Klumpenrisiko darstellen könnten.

Die Gewichtungsfaktoren entsprechen in ihrer Auswirkung folgenden Grenzen gemäss dem bisherigen System der Risikoverteilung (Art. 21 Abs. 1 aBankV):

Gewichtungsfaktor X	Meldegrenze von 10% $Y=100:X\times 10$	Obergrenze von 25% $Z=100:X\times 25$
0 %	unbegrenzt	unbegrenzt
25 %	40 %	100 %
40 %	25 %	62 %
50 %	20 %	50 %
60 %	16 %	41 %
75 %	13 %	33 %
100 %	10 %	25 %
125 %	8 %	20 %
166 $\frac{2}{3}$ %	6 %	15 %
250 %	4 %	10 %
500 %	2 %	5 %

Im Vergleich zu den bisherigen Risikoverteilungsbestimmungen führt diese Gewichtung zu einer gewissen Anzahl von Verschiebungen mit unterschiedlicher Wirkung. Die wichtigsten seien hier erwähnt:

- a) Forderungen gegenüber **Zentralregierungen in OECD-Ländern**, bisher bei 20 % im Falle einer ungedeckten Verpflichtung und 40 % bei Vorliegen einer Deckung begrenzt, werden neu, da mit 0 % gewichtet, nicht mehr begrenzt.
- b) Forderungen gegenüber **anderen schweizerischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften** (Kantone und Gemeinden) mit einem Gewichtungsfaktor von 25 % werden neu einer Obergrenze von 100 % unterliegen, während sie bisher auf 160 % begrenzt waren.
- c) Forderungen gedeckt durch ein **schweizerisches Grundpfand auf Wohnbauten** bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes, welche bisher von einem Plafond von maximal 160 % profitiert hatten, werden in Zukunft bei einer Gewichtung von 50 % einer Obergrenze von 50 % unterliegen. Diese Reduktion dürfte für einige kleinere Hypothekarbanken einschränkende Folgen haben.
- d) Bei den **Lombardkrediten** sieht Art. 21e Abs. 1, in Abweichung von der bei den Eigenmittelvorschriften anwendbaren Gewichtung (75 % gemäss Art. 12 Abs. 1 Ziff. 4.3), eine Risikogewichtung

von 50 % vor. Die Obergrenze liegt somit bei 50%, während der bisherige Plafond 40% betrug. Diese privilegierte Handhabung gilt jedoch nur für Lombardkredite, die die Bedingungen von Art. 12a Abs. 1 Ziff. 4.3 erfüllen. Dies ist der Fall, wenn die Deckung aus beweglichen Vermögenswerten, die an einer anerkannten Börse oder an einem repräsentativen Markt gehandelt werden, Bareinlagen oder Treuhandanlagen besteht, wöchentlich zu Marktkursen bewertet wird und ausreichend diversifiziert ist (vgl. EBK Bulletin 27 S. 48). Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, ist entweder Art. 21e Abs. 2 und 3 anwendbar, wenn es sich um Schuldtitle eines Dritten handelt (vgl. Ziff. 2.3.2.2 hienach), oder der Kredit muss als Blankoengagement mit 100% gewichtet werden (Art. 21d Abs. 1 und Art. 12a Abs. 1 Ziff. 5.3). Dies wird namentlich der Fall sein sein, wenn eine Position durch Beteiligungstitel eines Dritten abgesichert wurde.

e) Schliesslich wird auch die Gewichtung von nicht zu konsolidierenden Beteiligungen, ohne Beteiligungen im Bank- oder Finanzbereich, von 500% auf 166½% reduziert (vgl. Ziff. 2.3.5 hienach).

Entsprechend der Formulierung in Art. 22 Abs. 2 Bst. e kann die EBK in besonderen Fällen für eine bestimmte Gegenpartei den Risikogewichtungssatz erhöhen oder herabsetzen (vgl. Ziff. 2.6 hienach).

2.3.2.2 **Garantien von Dritten und Unterbeteiligungen (Art. 21e Abs. 2 und 3 i.V. mit Art. 21g Abs. 3)**

Die wirtschaftliche Realität lehrt, dass ein durch einen Dritten gedecktes Risiko in einem gewissen Umfang das Risiko auf der direkten Gegenpartei reduziert, während sich die Risikoposition des garantierenden Dritten für die Bank entsprechend erhöht. Diesem wirtschaftlichen Umstand lässt sich durch eine **Aufteilung von Forderungen mit Garantien** bzw. Deckungen in die Risikoposition der Gegenpartei und diejenige des Garanten bzw. Deckungsschuldners am besten Rechnung tragen.

Die Zuweisung hat gemäss den Kriterien zu erfolgen, welche für die Bank bei ihrem Kreditentscheid massgebend waren. Der gedeckte (garantierte) Teil einer Forderung muss folglich in die Risikoposition derjenigen Partei aufgenommen werden, auf welche die Bank beim Kreditentscheid aufgrund der vorausgesehenen besse-

ren Zahlungsfähigkeit abgestellt hatte (Art. 21e Abs. 2). Es versteht sich von selbst, dass die Elemente, welche der Bank bei ihrem Kreditentscheid vorlagen, in Anwendung von Art. 9 Abs. 3 angemessen dokumentiert sein müssen. Beim ausschlaggebenden Kreditentscheid kann es sich sowohl um den Erstentscheid handeln als auch um die Kreditverlängerung, wenn die Bonität der betroffenen Personen dabei neu eingeschätzt wurde.

Für alle Lombardkredite gilt zudem aus Praktikabilitätsgründen eine Ausnahmeregelung, wonach die Sicherheiten nicht der Risikoposition dem aus der Sicherheit haftenden Dritten zugerechnet werden müssen (Art. 21e Abs. 2). Damit wird die Situation vermieden, dass eine Bank einer Gegenpartei nur deshalb keinen Kredit geben könnte, weil schon Lombardkredite an Dritte mit Effekten der besagten Partei gesichert wären. Diese Regelung gilt, im Gegensatz zu denjenigen von Art. 21e Abs. 1 und Art. 12 Abs. 1 Ziff. 4.3 für alle Lombardkredite, auch diejenigen ohne ein im Sinne der Eigenmittelschriften diversifiziertes Portfolio. Es muss sich aber immerhin um Lombardkredite im banküblichen Sinn handeln. Ergänzend muss hinzugefügt werden, dass die Deckung mehrerer Lombardschuldner nicht zu einem Mega-Klumpen werden oder aus den gleichen Titeln bestehen darf (vgl. EBK Bulletin 29 S. 11).

Die Zuweisung an den Garanten kann und muss jedoch nur erfolgen, wenn die Position durch **Schuldtitel** von Dritten oder Treuhandanlagen bei Dritten gedeckt ist oder durch Dritte garantiert wurde, wie aus dem Wortlaut von Art. 21e Abs. 2 klar hervorgeht. Ist eine Position durch **Beteiligungstitel** eines einzelnen Dritten abgesichert, die die Bedingungen eines Lombardkredites somit nicht erfüllen, muss der Kredit als Blankoengagement gewürdigt und zu 100% gewichtet werden (Art. 21e Abs. 1 und Art. 12a Abs. 1 Ziff. 5.3).

Engagements, die durch verpfändete Rückkaufswerte von Versicherungspolicen gedeckt sind, welche der Bank eine direkte Forderung gegen die Versicherungsgesellschaft geben, werden ebenfalls durch Art. 21e Abs. 2 und 3 erfasst, vorausgesetzt, dass die Verpfändung rechtlich einwandfrei vereinbart wurde. Wegen der einseitigen Deckung gelten solche Engagements nicht als Lombardkredite im Sinne von Art. 21e Abs. 2.

Gesetzt der Fall, die Bonität der Gegenpartei und des Dritten wurde als gleichwertig beurteilt, kann die Bank wahlweise den gedeckten Teil ohne Berücksichtigung der Deckung in die Risikoposition der Gegenpartei einbeziehen oder wie eine direkte Forderung gegenüber dem garantierenden Dritten behandeln (Art. 21e Abs. 3). In beiden vorerwähnten Fällen entspricht die Gewichtung derjenigen Partei, welche als massgebend zu betrachten ist.

Die Eigenmittelvorschriften (Art. 12d Abs. 3) gestatten es einer Bank, welche **Unterbeteiligungen** für Eventualverpflichtungen abgegeben hat, diese Verpflichtungen im Umfang der Unterbeteiligung wie direkte Forderungen gegenüber dem Unterbeteiligten zu betrachten. Der gleiche Grundsatz ist in Art. 21g Abs. 3 in Verbindung mit Art. 21e Abs. 2 und 3 für die Risikoverteilung vorgesehen. Zudem ist die Anwendung im konkreten Fall der Unterbeteiligung insofern präzisiert worden, als, wie im Falle der Sicherheit durch einen Dritten, die Position zwischen der Gegenpartei des Kontraktes und dem Unterbeteiligten nach der gleichen Regel (Art. 21e Abs. 2 und 3) aufzuteilen ist. Entscheidend ist, worauf die Bank bei ihrem Entscheid abgestellt hat. Der Teil der Forderung, welcher von der Unterbeteiligung erfasst ist, muss folglich in die Risikoposition derjenigen Partei (Gegenpartei oder Unterbeteiligter) einbezogen werden, welche von der Bank als zahlungsfähiger betrachtet worden ist.

2.3.3 Ausserbilanzgeschäfte

2.3.3.1 Grundsätze (Art. 21f)

Gleich wie bei den Eigenmitteln müssen die Ausserbilanzgeschäfte in das **Kreditäquivalent** umgerechnet und anschliessend entsprechend der Gegenpartei (vgl. Art. 12c) gewichtet werden. Neben dem Vorteil eines völlig gleichen Vorgehens wie bei den Eigenmittelvorschriften entspricht diese Vorgehensmethode auch weitgehend der seit dem 1. März 1993 anwendbaren Berechnung der Klumpenrisiken aus Termingeschäften und Derivaten (vgl. EBK-RS 92/3 Rz. 2).

2.3.3.2 **Eventualverpflichtungen und unwiderrufliche Zusagen (Art. 21g)**

Bei den Eventualverpflichtungen und unwiderruflichen Zusagen ist die Berechnungsweise für die Risikoverteilung genau gleich wie bei den Eigenmitteln. Art. 21g Abs. 1 übernimmt deshalb wörtlich die Formulierung von Art. 12d Abs. 1. Für die Kreditumrechnungsfaktoren verweist er auf Art. 12d Abs. 2.

Im Gegensatz zu den Vorschriften für die Eigenmittel konnte bei der Risikoverteilung nicht in Frage kommen, nur gewisse, nicht in Anspruch genommene, überjährige unwiderrufliche Kreditzusagen für die Berechnung des Klumpenrisikos der Gegenpartei zu berücksichtigen (vgl. Art. 12d Abs. 2 Ziff. 2.3). Auch **unterjährige Kreditzusagen** können ein beträchtliches Risiko eines Verlustes aufweisen und müssen deshalb begrenzt werden. Deshalb sieht Art. 21g Abs. 2 vor, dass alle unwiderruflichen Kreditzusagen, ob gedeckt oder nicht, unabhängig von ihrer Laufzeit, wie bewilligte Limiten gemäss Art. 21d Abs. 3 behandelt werden. Die Frage der Berücksichtigung des Kreditäquivalents stellt sich deshalb bei den unwiderruflichen Kreditzusagen nicht. Sie müssen zu ihrem Nominalwert in die Risikoposition einbezogen und entsprechend ihrer Gegenpartei gewichtet werden.

2.3.3.3 **Terminkontrakte und gekaufte Optionen (Art. 21h)**

Die Berechnung des Kreditäquivalents von Terminkontrakten und derivativen Instrumenten war bisher im EBK-RS 92/3 geregelt. Die in Art. 21h vorgesehene Lösung, die sich grundsätzlich auf die Eigenmittelvorschriften (Art. 12e und 12f) abstützt, nimmt gewisse Präzisierungen des erwähnten Rundschreibens wieder auf.

Im Prinzip muss das Kreditäquivalent von Terminkontrakten und gekauften Optionen bei den Eigenmittel- und Risikoverteilungsvorschriften auf die gleiche Art und Weise berechnet werden. Das Kreditäquivalent von Terminkontrakten kann deshalb **wahlweise** nach der **Marktbewertungsmethode** oder nach der **Ursprungsrisikomethode** berechnet werden, während für gekaufte Optionen immer die Marktbewertungsmethode anzuwenden ist (vgl. Art. 12e Abs. 1). Die Methode des Marktbewertungsansatzes ist die zur Bemessung

des Kreditrisikos risikoadäquatere Methode, weil sie Veränderungen der Risikolage fortlaufend berücksichtigt. Sie ist der Methode der festen Anrechnungssätze, welche nur auf die beim Geschäftsabschluss ursprünglich bestehende Risikolage abstellt, grundsätzlich vorzuziehen. Sie darf von einer Bank jedoch nur angewendet werden, sofern sie organisatorisch und personell dazu in der Lage ist. Die Banken können die Methoden gesamthaft oder auch nur für einzelne Produkte oder Gegenparteien anwenden. Ein Wechsel von einer Methode zur anderen ist grundsätzlich statthaft, darf jedoch nicht zur Umgehung der Meldepflicht missbraucht werden. Die Add-ons und die Kreditumrechnungsfaktoren sind die gleichen wie bei den Eigenmittlvorschriften (vgl. Art. 21d Abs. 1 Bst. b) und werden auf der gleichen Basis (vgl. Art. 12e Abs. 6) berechnet. Die Verrechnung ist zudem zu denselben Bedingungen wie bei den Eigenmitteln zulässig (Art. 21d Abs. 4 i.V. mit Art. 12f).

Bei Kontrakten, die an einer anerkannten Börse gehandelt werden, reduziert die Bank ihr Risiko, wenn sie eine **Margendeckung** erhält, die aus verpfändeten oder mindestens gleichwertig sicher gestellten Bareinlagen oder aus an einer anerkannten Börse oder an einem repräsentativen Markt gemäss Art. 14 Bst. d gehandelten Effekten, Edelmetallen oder Waren besteht. In Anerkennung dieser Verhältnisse und unter der Bedingung, dass die Margenberechnung täglich erfolgt, ist es der Bank gestattet, die Margendeckung von der Risikoposition abzuziehen (Art. 21h Abs. 2).

Wenn ein Geschäft **bei Fälligkeit nicht abgewickelt** wird, bleibt es während unbestimmter Zeit ein schwebendes Geschäft. Es stellt folglich weiterhin ein Risiko dar und muss konsequenterweise Teil der Risikoposition der entsprechenden Gegenpartei bleiben. Für Banken, welche die Marktbewertungsmethode anwenden und deshalb regelmässig die Wiederbeschaffungswerte und Add-ons berechnen, genügt es, den betreffenden Vertrag als unterjähriges Termingeschäft zu behandeln. Banken, welche die Ursprungsrisikomethode anwenden, müssen den Kreditumrechnungsfaktor einsetzen, welcher einem Geschäft mit der Ursprungslaufzeit seit dessen ursprünglichem Abschlusstag, zuzüglich eines Jahres, entspricht (Art. 21h Abs. 3).

Die Regelung für Termingeschäfte und Optionen gilt auch für Kassageschäfte zwischen dem Abschluss- und dem Valutatag

(vgl. Ziff. 2.3.1 hievor) sowie für Geschäfte, die ihrem Zweck und ihrer Ausgestaltung nach aus wirtschaftlicher Sicht als Termingeschäfte bezeichnet werden müssen. Zeichnet eine Bank zum Beispiel für Rechnung eines ihrer Kunden eine Emission eines Dritten, wird aber von diesem Kunden erst am Liberierungstag der Emission bezahlt, muss das Engagement dieses Kunden gegenüber der Bank als Termingeschäft gewertet werden. Die Forderung muss deshalb in ihr Kreditäquivalent umgerechnet (Art. 21h Abs. 1) und nach der Gegenpartei gewichtet werden (Art. 21d Abs. 1 Bst. b). Daneben muss die Bank selbstverständlich die der Emission zugrunde liegenden Titel in die Risikoposition des Emittenten einbeziehen in Anwendung von Art. 21d Abs. 1 Bst. c und 21k (vgl. Ziff. 2.3.5 hienach).

2.3.4 Darlehens- und Repo-Geschäfte mit Effekten, Edelmetallen und Waren (Art. 21i)

Hinsichtlich der Darlehens- und Repo-Geschäfte verweisen die neuen Vorschriften schlicht auf die Eigenmittelvorschriften. Dies bedeutet, dass, sofern die Voraussetzungen von Art. 12g erfüllt sind, nur die Differenz zwischen der Deckung und der Effekten-, Edelmetall- oder Warenposition in die Berechnung der Risikoposition einzubeziehen ist.

2.3.5 Emittentenspezifische Ausfallrisikoposition (Art. 21k)

Obwohl sie auch einen Aspekt des Marktrisikos einschliesst, nämlich das spezifische Marktrisiko (im Gegensatz zum allgemeinen Risiko der Marktveränderung), spiegelt die emittentenspezifische Ausfallrisikoposition in erster Linie ein **Kreditrisiko des Emittenten** wider, wobei Gegenpartei hier der Emittent der Effekte ist. Der Begriff Netto-Longposition und die Berechnungsart sind identisch mit den Eigenmittelvorschriften, weshalb Art. 21k einen einfachen Verweis auf Art. 12h Abs. 2 und 3 enthält. Dasselbe gilt für die Gewichtung (Art. 12h Abs. 4).

Eine Ausnahme gilt für die **nicht zu konsolidierenden Beteiligungen** (vgl. Art. 12h Abs. 4 Ziff. 3.1). Wegen Art. 4 Abs. 2bis des Bankengesetzes ist es einer Bank nämlich nicht gestattet, eine qualifizierte Beteiligung an einer Unternehmung ausserhalb des Finanz-

und Versicherungssektors zu halten, die mehr als 15% ihrer eigenen Mittel beträgt. Gemessen wird dabei allerdings der nicht risikogewichtete Buchwert der Beteiligung. Die Beibehaltung der Gewichtung aufgrund der Eigenmittolvorschriften (500%) würde gemäss dem neuen System der Risikoverteilungsvorschriften nun aber sogar nur eine Netto-Longposition in einer qualifizierten Beteiligung von 5% der anrechenbaren eigenen Mittel der Bank erlauben (vgl. hievor Ziff. 2.3.2.1, insbesondere die Tabelle). Um nicht in Konflikt mit dem übergeordneten Bankengesetz zu kommen, wurde deshalb, ausgehend von der möglichen Beteiligung von maximal 15% der eigenen Mittel, eine – nur für die Risikoverteilung gültige – neue Gewichtung von 166 $\frac{2}{3}$ % festgelegt.

Im Bereich der **festen Übernahmezusagen aus Emissionen** wurde die Berechnung der Netto-Longposition ebenfalls einer Sonderregelung unterworfen, wobei es zu bemerken gilt, dass Art. 21k Abs. 2 den Banken lediglich eine Möglichkeit zur Verfügung stellt, ohne ihre Anwendung aber zwingend vorzuschreiben. In Anwendung dieser Bestimmung können feste Übernahmezusagen aus Emissionen ab Eingehen der Verpflichtung bis und mit dem fünften Bankwerktag nach der Liberierung der Emission mit gestaffelten Kreditumrechnungsfaktoren zwischen 0.05 und 0.75 multipliziert werden. Ab und mit dem sechsten Bankwerktag nach der Liberierung der Emission muss der Nominalwert der festen Übernahmezusage, abzüglich fester Zeichnungen und abgegebene Unterbeteiligungen, berücksichtigt werden. Die Risikoposition vor der Liberierung und kurz danach wird somit niedriger berechnet. Diese Regelung dürfte vor allem den Banken, die vorwiegend im Emissionsgeschäft tätig sind, zugute kommen. Verzichtet eine Bank auf die Anwendung von Art. 21k Abs. 2, muss sie nach Eingehen der unwiderruflichen Übernahmezusage und das ganze Emissionsverfahren hindurch für die Berechnung der Netto-Longposition den Nominalwert der festen Übernahmezusage, abzüglich fester Zeichnungen und abgegebene Unterbeteiligungen, berücksichtigen.

2.4 Marktrisiken

In bezug auf Liegenschaften sah das EBK-RS 72/2 bis anhin vor, dass der Liegenschaftsbesitz, erfolgte er direkt oder indirekt über

Immobiliengesellschaften, den Beteiligungen gleichgestellt war. Meldungen waren zu erstatten, sobald eine einzelne Grundstückposition, sei es nun ein Bankgebäude oder eine andere Liegenschaft, 20% der eigenen Mittel der Bank überstieg (Rz.4). In ihrer Praxis gestattete die EBK, dass eine Liegenschaft, welche die Bank selbst nutzte, bis zu 60% der eigenen Mittel beanspruchen durfte. Für Devisen waren die bisherigen Vorschriften im EBK-RS 74/1 festgehalten. Sie sahen die Addition der jeweils offenen Aktiv- und Passivsalden aller Devisenpositionen vor, wobei die Währungssalden in Schweizer Franken umzurechnen waren. Diese zusammengezählte Position war bisher der EBK zu melden, wenn sie 40% der eigenen Mittel der Bank überstieg (Rz.4).

Die neuen Risikoverteilungsregeln beschränken sich auf die grossen Kreditrisiken, ohne für die Marktrisiken genaue Limiten in der Verordnung vorzuschreiben. Die alten Regeln wurden formell aufgehoben. Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass die Banken in diesem Bereich nun übermässige Risiken eingehen dürfen.

Als Argument für eine Streichung einer detaillierten Regelung zu den Marktrisiken kann angeführt werden, dass kein anderer bedeutender Finanzplatz eine aufsichtliche Regelung für die Risikoverteilung von Marktrisiken kennt und die Schweiz wohl unnötigerweise einen Regulierungsbedarf zu erkennen glaubte.

Ein weiteres Argument für diese Lösung stellt die Einschätzung dar, dass durch die geltende Eigenmittelunterlegung der Marktrisiken (Art. 12i) indirekt bereits eine wirksame Limitierung im Sinne einer Risikoverteilung erfolgt. Eine für alle Banken gleichermaßen verbindliche Obergrenze für Marktrisiken erübrigत sich deshalb. Zu beachten ist jedoch immerhin, dass in Zukunft mit grösster Wahrscheinlichkeit tiefere Unterlegungssätze für Marktrisiken zur Anwendung gelangen werden, was unter Umständen eine Ergänzung der Risikoverteilungsvorschriften im Bereich der Marktrisiken bedingen könnte.

Des weiteren sollte jede Bank über **interne Limiten für die verschiedenen Marktrisiken** verfügen. Die betreffenden internen Vorschriften sind vermutungsweise wesentlich risikogerechter als die vor gut zwanzig Jahren geschaffenen, einfachen, in ihren Grundzügen unveränderten bisherigen Regeln. Zudem wurden gerade die

wesentlichen Marktrisiken, z.B. das Zinsänderungsrisiko, nicht erfasst.

Im Sinne einer allgemeinen, flexiblen Regelung verpflichtet Art. 21l die Banken jedoch, für alle für ihre Tätigkeit wesentlichen Marktrisiken angemessene interne Beschränkungen vorzusehen. Diese Bestimmung betrifft sowohl die Marktrisiken aus offenen Devisen-, Edelmetall- und Warenpositionen als auch den Liegenschaftenbesitz oder das Zinsänderungsrisiko. Sie beschränkt sich nicht auf den Handelsbestand. Die Beschränkung und ihre Überwachung wird wie bisher (vgl. EBK-RS 93/3 Rz. 15) der Art der Tätigkeit entsprechen müssen. Wo einfache Erfassungsmethoden bei einer kleinen Bank ohne grosse Handelstätigkeit genügen werden, wird eine international tätige Handelsbank ihre Marktrisiken nach modernen Methoden erfassen und beschränken müssen. Die Revisionsstellen werden diese Beschränkung prüfen und im Revisionsbericht zu ihrer Angemessenheit, Überwachung und Bewirtschaftung Stellung nehmen müssen.

Allenfalls bedürfen diese Vorschriften einer Ergänzung, insbesondere hinsichtlich der Marktrisiken im Wertschriftenhandelsbestand, sobald diesen auch bei den Eigenmittelanforderungen detailliert Rechnung getragen wird.

2.5 Konsolidierung (Art. 21m)

In Übereinstimmung mit dem Basler Ausschuss erachtet es die neue Regelung als unbedingt erforderlich, dass **alle Risiken der Gruppe konsolidiert erfasst** werden, insbesondere die der Konzerngesellschaften, welche für die Eigenmittelkonsolidierung berücksichtigt werden müssen. Die Pflicht zur Meldung von Klumpenrisiken des Bankkonzerns war bisher einzig durch das EBK-RS 83/1 geregelt. Dieses hatte sich jedoch auf Stammhauskonzerne beschränkt und Bank- und Finanzkonzerne mit Holdingstruktur nicht erfasst.

Die neuen Vorschriften sehen vor, dass Banken, welche die Eigenmittelvorschriften gemäss Art. 13a konsolidiert einzuhalten haben, ebenfalls die Vorschriften über die Risikoverteilung auf konsolidierter Basis befolgen müssen. Der Verweis auf die in Art. 13a im Sinne des faktischen Beistandszwanges und der wirtschaftlichen Ein-

heit weit gefasste Konsolidierungspflicht erstreckt die Pflicht zur konsolidierten Anwendung der Risikoverteilung nunmehr auch auf Konzerne mit Holdingstruktur oder eine Mehrzahl durch eine natürliche Person gehaltene Banken. Diese **umfassende Konsolidierungspflicht** wird es erlauben, die Klumpenrisiken eines Konzerns gegen aussen eindeutiger zu erkennen, wenn der Konzern als wirtschaftliche Einheit betrachtet wird. Die Konsolidierungsvorschrift betreffend die Risikoverteilung wird auch verhindern, dass Risikoverteilungsvorschriften über Gruppengesellschaften umgangen werden. Die Meldung der Klumpenrisiken auf konsolidierter Basis hat halbjährlich innerhalb zweier Monate zu erfolgen.

Im Bereich der Eigenmittelvorschriften sieht Art. 13a Abs. 7 vor, dass die EBK Banken von der Erfüllung der Eigenmittelanforderungen auf Einzelbasis ganz oder teilweise befreien kann, sofern bei einer **zentralen Organisation** die Voraussetzungen nach Art. 4 Abs. 3 erfüllt sind. Diese Befreiungsmöglichkeit gilt auch für die Risikoverteilung. Wenn also eine Bank Teil einer zentralen Organisation ist, welche ihre Verpflichtungen garantiert, die die Eigenmittel- und Risikoverteilungsvorschriften auf konsolidierter Basis erfüllt und deren Leitung den angeschlossenen Banken verbindliche Weisungen erteilen kann, hat die EBK die Möglichkeit, das Einzelinstitut von der Einhaltung der Risikoverteilungsvorschriften auf Einzelbasis zu befreien. Zu denken ist hier in erster Linie an das Raiffeisen-System.

2.6 Erleichterungen und Verschärfungen (Art. 22)

Die neuen Vorschriften sehen eine sehr präzise Regelung der erlaubten und unerlaubten Klumpenrisiken vor, die wenig Raum für **individuelle Lösungen** lässt. Aus diesem Grund ermächtigt Art. 22 Abs. 1 die EBK, in besonderen Fällen Erleichterungen zuzulassen. Gleichzeitig erteilt diese Bestimmung der Aufsichtsbehörde auch die Befugnis, in besonderen Fällen Verschärfungen der gesetzlichen Regelung anzuordnen. Die Bestimmung von Art. 22 Abs. 1 ist Art. 4 Abs. 3 BankG nachgebildet, der eine analoge Regelung im Eigenmittelbereich vorsieht. Sie sollte nur unter ähnlichen Bedingungen und mit der gleichen Zurückhaltung gebraucht und nicht wie die bisherige Regelung von Art. 21 aBankV gehandhabt werden. Die generelle Formulierung von Art. 22 Abs. 1 wurde einer präziseren

vorgezogen, um eine flexible Anpassung an rasche Produktinnovationen zu ermöglichen. Neue Produkte oder Tätigkeitsbereiche einer oder mehrerer Banken, deren Risiken mit den Risikoverteilungsvorschriften der Art. 21 ff. nicht richtig erfasst werden, werden damit bereits vor einer Anpassung der Vorschriften von der EBK so berücksichtigt werden können, dass den Banken keine Wettbewerbsnachteile entstehen und die neuen Produkte und Tätigkeitsbereiche risikogerecht behandelt und gegebenenfalls beschränkt werden.

Für gewisse Sonderfälle, an die schon im voraus gedacht wurde, sieht Art. 22 Abs. 2 formell die Möglichkeit einer Erleichterung oder einer Verschärfung vor.

a) Es ist nicht auszuschliessen, dass gewisse Banken, obwohl sie die in der Verordnung vorgesehene Obergrenze einhalten, im Verhältnis zu ihrer spezifischen Struktur und Organisation übertriebene Risiken eingehen. Es ist daher notwendig, dass die EBK in besonderen Fällen einer bestimmten Bank die Einhaltung von **tieferen Obergrenzen** vorschreiben kann (Art. 22 Abs. 2 Bst. a; vgl. Ziff. 2.1.1 hievor). Das gleiche Vorgehen wäre denkbar bei Risikopositionen, die schlecht bzw. ungenügend dokumentiert sind oder deren Kreditakten nicht aussagekräftig sind.

b) Die EBK kann in besonderen Fällen **für eine bestimmte Gegenpartei den Risikogewichtungssatz erhöhen oder herabsetzen** (Art. 22 Abs. 2 Bst. e). Damit soll sie einer gewissen Anzahl von Sondersituationen gerecht werden können, welche heute schon bekannt sind und für welche die bisherige Praxis Sondervorschriften kannte.

In diese Kategorie gehört beispielsweise der Plafond von 300 % der anrechenbaren eigenen Mittel, den die EBK bisher für kurzfristige Geldanlagen der Regional-, Kantonal-, Privatbanken und anderer Banken bei den **drei Grossbanken** und den **Kantonalbanken** gestattete. Diese Regelung trug dem Umstand Rechnung, dass die schweizerische Bankenstruktur kurzfristige hohe Interbankanlagen bei einer unbegrenzten Zahl von Banken nicht ermöglichte.

In Anwendung von Art. 22 Abs. 2 Bst. e hat die EBK die bisherige Regelung in Form eines Rundschreibens (EBK-RS 96/1; An-

hang C) weitergeführt. Nach den neuen Risikoverteilungsvorschriften müssen kurzfristige Forderungen gegenüber den Gross- und Kantonalbanken mit einem Faktor von 25% gewichtet werden (Art. 21e Abs. 1 und Art. 12a Abs. 1 Ziff. 2.4). Die Obergrenze von 25% der eigenen Mittel wird somit sehr schnell erreicht werden. In Abweichung von der gesetzlichen Regelung legt das Rundschreiben den Risikogewichtungssatz für kurzfristige Forderungen gegenüber den Gross- und Kantonalbanken auf 8% fest. Diese Gewichtung gilt nur gegenüber den Gross- und Kantonalbanken selbst und ist auf andere Gesellschaften der gleichen Konzerne nicht anwendbar. Forderungen gegenüber mehreren Mitgliedern eines Konzerns bilden zudem eine einzige Risikoposition (Art. 21c Abs. 1 Bst. a). Auf Forderungen von Konzerngesellschaften gegenüber der Gross- oder Kantonalbank desselben Konzerns findet der ordentliche Gewichtungsfaktor Anwendung. Sind aber die Bedingungen von Art. 21a Abs. 2 erfüllt, werden die Forderungen gegenüber der betreffenden Gross- oder Kantonalbank von der Obergrenze ausgenommen (vgl. Ziff. 2.1.3 hievor).

c) Auch für **Konzerngesellschaften** wird die EBK die Möglichkeit haben, die Regelung von Art. 21a Abs. 2 einzuengen oder auszudehnen (Art. 22 Abs. 2 Bst. b; vgl. Ziff. 2.1.3 hievor), wenn sich dies im besonderen Fall rechtfertigt. Das gleiche gilt für die Frist von zwei Jahren zur Beseitigung von Überschreitungen, die in Folge einer Verbindung von Gegenparteien oder der Bank mit anderen Unternehmungen entstanden sind (Art. 22 Abs. 2 Bst. d; vgl. Ziff. 2.1.2.4 hievor).

d) Auf vorgängiges Gesuch hin wird die EBK auch **kurzfristige Überschreitungen** der Obergrenze zulassen dürfen (Art. 22 Abs. 2 Bst. c; vgl. Ziff. 2.1.2.4 hievor).

e) Im Bereich der bisher geregelten Beschränkung des **Liegenschaftsbesitzes** schliesslich sieht Art. 22 Abs. 2 Bst. f ausdrücklich vor, dass die Bankenkommission einer Bank Obergrenzen für die von ihr gehaltenen Liegenschaften vorschreiben kann. Diese Bestimmung soll ein Signal setzen und der Aufsichtsbehörde ausdrücklich die Möglichkeit geben, einer Bank unter Umständen den Erwerb einer Liegenschaft zu untersagen, die deren Möglichkeiten überschreitet. Als Richtlinie zur Anwendung dieser Bestimmung kann angenommen

werden, dass die bisher geltenden Vorschriften eine angemessene Beschränkung vorsahen und ihre Größenordnung deshalb weiterhin Gültigkeit beanspruchen kann. In der Regel wird es die EBK in diesem Bereich den Banken und ihren Revisionsstellen überlassen, zu beurteilen, ob eine Liegenschaft noch ein angemessenes Engagement darstellt oder nicht, und nur in besonders groben Fällen von ihren Befugnissen Gebrauch machen.

2.7 Begriffe

Die Definition aller in den Risikoverteilungsvorschriften der Art. 21 bis 22 verwendeten Begriffe entspricht derjenigen in Art. 14 bei den Eigenmittelvorschriften. Artikel 14 ist insofern zu eng formuliert, als er die Begriffe nur für die Art. 12–13b der Eigenmittelvorschriften gelten lässt, was jedoch kein Hindernis ist, sie auch auf die in einem engen sachlichen Zusammenhang stehenden Risikoverteilungsvorschriften anzuwenden.

2.8 Weitere Änderungen in der Bankenverordnung

Die neuen Risikoverteilungsvorschriften bringen zwei weitere Änderungen der Bankenverordnung mit sich. Einerseits wurde Art. 22 aBankV, Organkredite, ersatzlos gestrichen. Zusätzlich bedingt die Neuordnung der Risikoverteilungsbestimmungen eine Anpassung der Anforderungen an den Revisionsbericht durch eine Neuformulierung in Art. 44 Bst. h.

2.8.1 Aufhebung des bisherigen Art. 22

Artikel 22 aBankV hatte von der bankengesetzlichen Revisionsstelle verlangt, dass sie, bei Zweifeln, ob ein Organkredit vorliege bzw. ob der Kredit nach den «allgemein anerkannten Grundsätzen des Bankgewerbes gewährt» worden war, den Fall der Bankenkommision zum Entscheid unterbreite. Dieser Artikel legte zu einer bestimmten Sachfrage, den Organkrediten, ein Vorgehen fest, welches auch ohne Erwähnung in der Bankenverordnung selbstverständlich sein sollte: Die Revisionsstelle hat sich in der Aufsichtstätigkeit eine eigene Meinung zu bilden. Teilt die Bank die Einschätzung der Revisions-

stelle nicht, wird letztlich die Bankenkommission zu entscheiden haben. Die Streichung ändert materiell nichts. Es genügt die Erwähnung in Art. 44 Bst. i (Kredite, die den Anforderungen von Art. 4ter BankG nicht entsprechen), damit sich die Revisionsstelle mit den entsprechenden Aspekten der Organgeschäfte auseinander setzt und dazu Stellung nimmt.

2.8.2 Anpassung von Art. 44

Die Revisionsstelle wird sich im Revisionsbericht (Art. 44 Bst. h) selbstverständlich auch im Rahmen der geänderten Risikoerteilungsvorschriften zur bankinternen Behandlung der Klumpenrisiken äussern müssen. Die Formulierung, wonach der Revisionsbericht über die «Einhaltung der Risikoerteilungsvorschriften» durch die Bank eindeutig Stellung nehmen muss, umfasst eine Gesamtbewertung der bankinternen Erfassung, Überwachung und Kontrolle der Klumpenrisiken.

Im Zuge der Verordnungsrevision wurde auch das EBK-RS 93/3 «Revisionsbericht: Form und Inhalt» den neuen Vorschriften angepasst. Die Revisionsstelle hat insbesondere Angemessenheit und Funktionieren der bankinternen Kontrolle der Klumpenrisiken und die Entwicklung der Klumpenrisiken zu würdigen (Art. 21 Abs. 2) sowie Stellung zu nehmen zur Angemessenheit der internen Beschränkung der für die Tätigkeit der Bank wesentlichen Markttrisiken (Art. 21I). Das letzte im Zeitpunkt der Berichterstattung vorhandene Formular «Meldung der Klumpenrisiken» (vgl. Anhang D) muss dem Revisionsbericht beigelegt werden. Somit wird auch die EBK einen – zwar nicht zeitnahen – Überblick über die Klumpenrisiken jeder Bank erhalten.

2.9 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

Die Übergangsbestimmungen sollen den Banken im wesentlichen erlauben, während einer gewissen Übergangszeit:

- die bank- oder konzerninterne Erfassung der Risikopositionen auf das neue System umzustellen und
- ihre Risikopositionen den neuen Anforderungen anzupassen.

Der wichtigste Termin ist in diesem Zusammenhang der **1. Januar 1998**, wenn, nach einer Übergangsphase von maximal 2 Jahren, die Vorschriften von allen Banken eingehalten werden müssen (Abs. 1). Dies bedeutet jedoch nicht, dass eine Bank die alten und die neuen Vorschriften parallel anwenden und die jeweils vorteilhaften Bestandteile auswählen darf. Jede Bank kann entscheiden, ab welchem Zeitpunkt zwischen dem Inkrafttreten und dem 1. Januar 1998 sie den Systemwechsel vornehmen will. Grundsätzlich sind jedoch alle neuen Vorschriften **integral einzuhalten**, sobald der Systemwechsel stattgefunden hat. Das gleiche gilt für die alten Risikoverteilungsvorschriften. Solange eine Bank die Umstellung noch nicht vorgenommen hat, muss sie somit alle anwendbaren Vorschriften des bisherigen Systems, Verordnung, Rundschreiben und Praxis der EBK, gesamthaft berücksichtigen und einhalten.

Die Übergangsbestimmungen sehen in Absatz 2 als Ausnahme von der Regel der integralen Übernahme des neuen Systems vor dem 1. Januar 1998 vor, dass eine Bank die quartalsweise bzw. halbjährliche Meldung der Klumpenrisiken (Art. 21 Abs. 2 respektive 21m konsolidiert) erstmals im Jahre 1998 erstatten muss. Diese Erleichterung für Banken, die vor dem 1. Januar 1998 auf das neue System umstellen, ist vertretbar, wenn man bedenkt, dass die Obergrenzen trotzdem gelten, und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die 10%-Meldegrenze im Vergleich zum bisherigen System strenger als die alten Obergrenzen ist. Grundsätzliche Punkte der Änderung sind die Anwendung der Risikogewichtungssätze und der neuen Obergrenzen und nicht die Meldung der von der Größenordnung her gestatteten Klumpenrisiken zwischen 10 und 25 %. Normalerweise werden die Revisionsstelle bzw. die EBK keinen Grund zum Einschreiten gegen ein zulässiges Klumpenrisiko nach neuer Regelung haben. Diese Klumpenrisiken wurden nach dem bisherigen System überhaupt nicht gemeldet und müssen somit von den Banken, die erst auf Anfang 1998 umstellen, auch nicht vorher gemeldet werden, weshalb die Unwissenheit über die unter der Obergrenze liegenden Klumpenrisiken bei den Banken, die umgestellt haben, für die Übergangszeit vertretbar ist. Überdies verfügt die EBK zumindest über die Liste der zehn grössten Schuldner einer Bank sowie über die dem Revisionsbericht beigefügten Meldeformulare (vgl. Ziff. 2.8.2 hievor). Die Sonderregelung für die Übergangszeit entbindet die Banken, die

umgestellt haben, jedoch nicht von der Meldung allfälliger unerlaubter Überschreitungen der Obergrenzen von 25% und 800% (Art. 21a Abs. 3 und Art. 21b Abs. 3).

Absatz 3 der Übergangsbestimmungen bestimmt die **Berechnungsweise der** als Basis für die Risikoverteilungsmeldungen ab dem Inkrafttreten der Änderung dienenden **anrechenbaren eigenen Mittel**. Solange, jedoch spätestens bis 1. Januar 1998, eine Bank noch die alten Risikoverteilungsvorschriften anwendet, hat sie die Möglichkeit, für die Risikoverteilung die anrechenbaren eigenen Mittel nach den alten Eigenmittelvorschriften zu berechnen. Seit dem 31. Dezember 1995 (vgl. Schlussbestimmungen der Änderung der BankV vom 12. Dezember 1994, Abs. 5) müssen zwar alle Banken ihre Eigenmittel nach den neuen Vorschriften berechnen. Die alten Risikoverteilungsvorschriften wurden jedoch vorwiegend mit den alten Eigenmittelvorschriften angewendet und die Bezugsgrösse nach Art. 21 Abs. 1 aBankV hat durch die neuen Eigenmittelvorschriften erheblich geändert. Unweigerlich und ohne dass sich die inhärenten Risiken geändert hätten, würde dies zu meldepflichtigen Verpflichtungen führen. Aus diesem Grund wurde die Gelegenheit der Revision der Risikoverteilungsvorschriften ergriffen, um den Banken die erwähnte Möglichkeit zur Verfügung zu stellen. Es kann somit unter Umständen ein unnötiger administrativer Aufwand vermieden werden. Auch erlaubt diese Übergangsregelung den Banken, die es wünschen, zu vermeiden, dass ein rudimentäres Risikoverteilungssystem mit einem hochentwickelten Eigenmittelsystem kombiniert wird. Banken, die weiterhin die alten Risikoverteilungsvorschriften anwenden, können jedoch selbstverständlich auch die Eigenmittelberechnung nach dem jeweils neuesten, aufgrund der Verordnungsänderung vom 1. Februar 1995 erstellten Eigenmittelausweis (Art. 13b) vornehmen. Sobald eine Bank auf das neue Risikoverteilungssystem umstellt, gelten auf jeden Fall die anrechenbaren eigenen Mittel nach den neuen Eigenmittelvorschriften.

Hinsichtlich der **Risikopositionen, welche vor dem 1. Januar 1998 eingegangen wurden**, gilt die Regelung, dass sie spätestens am 31. Dezember 2000 auf die Obergrenzen der Art. 21a und 21b zurückgeführt werden müssen, wobei die EBK in besonderen Fällen die Frist verlängern kann. Präzisierend muss in diesem Zusammenhang festgehalten werden, dass der Wortlaut dieser Bestimmung auf

Banken zugeschnitten ist, die erst am 1. Januar 1998 auf das neue Risikoverteilungssystem umstellen. Unternimmt eine Bank diese Umstellung zu einem früheren Zeitpunkt, sind Risikopositionen, die vor diesem Zeitpunkt eingegangen wurden, bis zum 31. Dezember 2000 auf die Obergrenzen zurückzuführen. Zwischen diesem früheren Zeitpunkt und dem 1. Januar 1998 müssen die neuen Vorschriften jedoch gesamthaft eingehalten werden, d.h. es dürfen in diesem Fall schon ab dem für die Umstellung gewählten Zeitpunkt keine neuen Risikopositionen eingegangen werden, die die Obergrenzen überschreiten würden.

Die Übergangsfristen von 5 Jahren ab Inkrafttreten bzw. 3 Jahren von der obligatorischen Anwendung der neuen Vorschriften an sollten im Prinzip allen Banken erlauben, am 1. Januar 2001 die Obergrenzen von 25 % und 800 % der anrechenbaren eigenen Mittel für alle Risikopositionen einzuhalten. Die relativ langen Übergangsfristen sollten auch den kleinen Regionalbanken, namentlich denjenigen, die im Hypothekarmarkt stark engagiert sind, erlauben, ihre Forderungen mit hypothekarischer Deckung auf Wohnbauten, welche heute bis 160 % der eigenen Mittel ausmachen dürfen, auf die neu gültige Obergrenze von 25 % zurückzuführen. Eine Obergrenze von 25 % der eigenen Mittel entspricht bei zu 50 % gewichteten Forderungen (vgl. Ziff. 2.3.2.1 hievor) einem Maximalengagement von 50 % der eigenen Mittel. Die Herabsetzung der wichtigsten Positionen wird sich dabei wahlweise über einen direkten Abbau der Verpflichtung der Gegenpartei, die Beibringung von zusätzlichen Sicherheiten durch die Gegenpartei, eine Erhöhung der eigenen Mittel der Bank oder über die Abgabe von Unterbeteiligungen oder mittels einer Kombination dieser Varianten abspielen können.

Fallbeispiele

Anhang D enthält ein Beispiel eines ausgefüllten Meldeformulars, das namentlich veranschaulichen soll, wie Einzelwertberichtigungen und -rückstellungen und freie anrechenbare eigene Mittel berücksichtigt werden, wie die Konzernproblematik dargestellt wird, wie Konsortien behandelt werden und wie für die Gesamtheit der Klumpenrisiken vorgegangen werden soll. Eine der aufgeführten Risikopositionen wird in Anhang E im Detail angegeben.

Dieser **Anhang E** soll überdies erlauben, die neue Vorgehensweise bei der Risikoverteilung bezüglich des Kreditrisikos besser zu verstehen, insbesondere die Schritte der Gewichtung einer Forderung mit Bezug auf die Gegenpartei oder den Garanten (Art. 21e) und die Berücksichtigung der Wertberichtigungen und spezifischen Rückstellungen (Art. 21d Abs. 5) wie auch die Benützung von anrechenbaren freien eigenen Mitteln (Art. 21a Abs. 5).

Verhältnis zu internationalen Regelungen

4.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Wie bereits ausgeführt (vgl. Ziff. 1.2.1 hievor), sind die Empfehlungen des Basler Ausschusses betreffend die Risikoverteilung sehr allgemein gehalten. Die vorgeschlagenen schweizerischen Bestimmungen verwirklichen die konkreten Postulate weitestgehend.

4.2 Europäische Union

Bezugnehmend auf die EU-Vorschriften (vgl. Ziff. 1.2.2 hievor) kann festgestellt werden, dass die vorgeschlagenen Risikoverteilungsbestimmungen im allgemeinen eurokompatibel sind. Gewisse Risiken werden immerhin strenger bzw. weniger flexibel als in der EU-Regelung behandelt. Dies gilt namentlich für kurzfristige Interbankforderungen, bei denen die Richtlinie 92/121/EWG vorsieht, dass sie vollständig von der Begrenzung ausgenommen werden können (Richtlinie 92/121/EWG Art. 4 Abs. 7 Bst. i; vgl. Ziff. 1.2.2 hievor), während die neue Schweizer Regelung für solche Forderungen eine 25 %- bzw. 50 %-Gewichtung vorsieht (Art. 12a Abs. 1 Ziff. 2.4 und 3.3). Andererseits beinhaltet die neue Regelung der Bankenverordnung eine differenziertere Regelung der Grundpfandkredite (Art. 12a Abs. 1 Ziff. 3.1, 4.1 und 5.4) als die EU-Regelung, die nur eine gewisse Privilegierung von Wohnkrediten erlaubt (Richtlinie 92/121/EWG Art. 4 Abs. 7 Bst. p).

Auswirkungen der neuen Risikoverteilungsvorschriften auf die Banken

Die Übernahme der Systematik, Gewichtungen und Umrechnungsfaktoren von der Eigenmittel-Regelung auf die Risikoverteilung ist für die bankinterne Erfassung der Bankgeschäfte ein grosser Vorteil.

Die neuen Risikoverteilungsvorschriften sind in der Regel nicht strenger als die bisherigen Bestimmungen (vgl. Ziff. 2.3.2.1 hievor). Teilweise (für OECD-Zentralregierungen und Zentralbanken, Konzerngesellschaften usw.) ergeben sich sogar wesentliche Erleichterungen. Eine Ausnahme bilden die Wohnbauhypotheken, bei denen die neue Regelung eine markante Plafondherabsetzung von 160% auf umgerechnet 50% der eigenen Mittel (vgl. Ziff. 2.3.2.1 hievor) zur Folge hat. Die negativen Erfahrungen aus der Immobilienkrise rechtfertigen jedoch vollauf diese strenge Handhabung. Dies gilt natürlich erst recht im Bereich der Nicht-Wohnbauhypotheken, wo der bisherige Plafond von 40% auf umgerechnet 25% der eigenen Mittel herabgesetzt wird. Den zu erwartenden Schwierigkeiten einer gewissen Anzahl vorwiegend kleinerer Banken wird durch die Übergangsbestimmungen (Ziff. 2.9 hievor) angemessen Rechnung getragen.

Anhang A

Text der revidierten Artikel
21–22 BankV

Verordnung über die Banken und Sparkassen (Bankenverordnung) Änderung vom 29. November 1995

Der Schweizerische Bundesrat
verordnet:

I

Die Bankenverordnung vom 17. Mai 1972 wird wie folgt geändert:

6 Risikoverteilung

Art. 21 Meldung von Klumpenrisiken

- 1 Ein Klumpenrisiko liegt vor, wenn die nach Artikel 21d berechnete Risikoposition gegenüber einer Gegenpartei 10 Prozent der nach den Artikeln 11–11c anrechenbaren eigenen Mittel der Bank erreicht oder überschreitet.
- 2 Die Bank hat vierteljährlich ein Verzeichnis aller an den gewählten Stichtagen bestehenden Klumpenrisiken zu erstellen und ihrem Organ für Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle sowie, innert Monatsfrist, der bankengesetzlichen Revisionsstelle nach einem von der Bankenkommission festgelegten Formular zuzustellen. Die Revisionsstelle überwacht die bankinterne Kontrolle der Klumpenrisiken und würdigt deren Entwicklung.
- 3 Betrifft die Risikoposition ein Mitglied der Organe oder einen im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe cbis des Gesetzes qualifiziert Beteiligten der Bank, eine ihnen nahestehende Person oder Gesellschaft, so ist das Klumpenrisiko im Verzeichnis mit dem Sammelbegriff «Organgeschäft» zu kennzeichnen.
- 4 Betrifft die Risikoposition Konzerngesellschaften, welche in die Eigenmittel- und Risikoverteilungskonsolidierung der Bank oder eines ihr übergeordneten Bank- oder Finanzkonzerns einbezogen sind, oder eine von der Bank beherrschte nicht zu konsolidierende Gesell-

schaft, so ist das Klumpenrisiko im Verzeichnis mit dem Sammelbegriff «Konzerngeschäft» zu kennzeichnen. Zu melden sind auch diejenigen Teile der Risikoposition Konzerngeschäft, welche nach den Artikeln 21a Absatz 2 und 22 Absatz 2 Buchstabe b von der Obergrenze ausgenommen sind.

5 Klumpenrisiken nach Artikel 21a Absatz 5 sind vor Abzug der beanspruchten freien anrechenbaren eigenen Mittel zu melden.

Art. 21a Obergrenze für Klumpenrisiken

1 Eine Risikoposition darf 25 Prozent der anrechenbaren eigenen Mittel der Bank nach den Artikeln 11–11c nicht überschreiten.

2 Wenn die Bank einem Bank- oder Finanzkonzern angehört, welcher einer als angemessen erachteten Aufsicht auf konsolidierter Basis untersteht, sind die Risikopositionen derjenigen Konzerngesellschaften, welche in die Eigenmittel- und Risikoverteilungskonsolidierung einbezogen sind und:

- a. ihrerseits einzeln einer angemessenen Aufsicht unterstehen; oder
- b. als Gegenpartei ausschliesslich Konzerngesellschaften haben, welche ihrerseits einzeln einer angemessenen Aufsicht unterstehen,

von der Obergrenze nach Absatz 1 ausgenommen.

3 Stellt die Bank fest, dass eine Risikoposition die Obergrenze überschreitet, muss sie unverzüglich ihre Revisionsstelle und die Bankenkommission davon unterrichten.

4 Ist die Überschreitung einzig die Folge einer Verbindung bisher voneinander unabhängiger Gegenparteien oder einer Verbindung der Bank mit anderen Unternehmungen des Finanzbereichs, ist sie innert zwei Jahren zu beseitigen.

5 Die Obergrenze darf ohne unverzügliche Meldung nach Absatz 3 überschritten werden, wenn und soweit die Überschreitung vollständig durch freie anrechenbare eigene Mittel gedeckt ist. Eine derartige Beanspruchung freier anrechenbarer eigener Mittel ist im Eigenmittelausweis nach Artikel 13b aufzuführen.

Art. 21b *Obergrenze für die Gesamtheit der Klumpenrisiken*

- 1 Die Gesamtheit der Klumpenrisiken nach Artikel 21 darf 800 Prozent der anrechenbaren eigenen Mittel der Bank nach den Artikeln 11–11c nicht überschreiten.
- 2 Folgende Positionen müssen nicht in die Berechnung nach Absatz 1 einbezogen werden:
 - a. Forderungen nach Artikel 12a Absatz 1 Ziffern 2.1, 2.2, 2.4, 2.6 und 2.7;
 - b. Forderungen gegenüber Konzerngesellschaften des Bank- oder Finanzkonzerns, soweit sie nach den Artikeln 21a Absatz 2 und 22 Absatz 2 Buchstabe b von der Obergrenze ausgenommen sind;
 - c. durch freie anrechenbare eigene Mittel gedeckte Anteile einer Risikoposition;
 - d. Risikopositionen, die nach den Abzügen gemäss Buchstaben a–c kein Klumpenrisiko nach Artikel 21 Absatz 1 mehr bilden;
 - e. Forderungen gegenüber einem Konsortium nach Artikel 21c Absatz 1 Buchstabe c, sofern und im Umfang als sie gleichzeitig nach Artikel 21e Absatz 4 in der Risikoposition eines oder mehrerer Konsortien als Klumpenrisiko miterfasst sind.
- 3 Die Artikel 21a Absätze 3, 4 und 5 und 22 Absatz 2 Buchstaben a und c sind sinngemäss anwendbar.

Art. 21c *Gruppe verbundener Gegenparteien*

- 1 Zwei oder mehr natürliche oder juristische Personen gelten als Gruppe verbundener Gegenparteien und sind als Einheit zu behandeln, wenn:
 - a. eine von ihnen direkt oder indirekt mit mehr als der Hälfte der Stimmen an der anderen beteiligt ist oder auf sie in anderer Weise einen beherrschenden Einfluss ausübt; oder
 - b. zwischen ihnen erkennbare Abhängigkeiten bestehen, die es wahrscheinlich erscheinen lassen, dass wenn eine in finanzielle

- Schwierigkeiten gerät, die anderen auf Zahlungsschwierigkeiten stossen; oder
- c. sie ein Konsortium bilden; mehrere Konsortien gelten auch bei Identität einzelner oder aller Konsortien nicht als untereinander verbundene Gegenparteien; desgleichen sind andere Forderungen gegenüber einzelnen Konsortien nicht dazuzählen.
- 2 Rechtlich selbständige Unternehmungen der öffentlichen Hand werden unter sich und zusammen mit der sie beherrschenden öffentlich-rechtlichen Körperschaft nicht als verbundene Gegenparteien betrachtet, wenn die öffentlich-rechtliche Körperschaft für die Verbindlichkeiten der Unternehmung nicht haftet oder wenn es sich um eine Bank mit Hauptsitz in einem OECD-Land handelt.
- 3 In einer Gruppe verbundener Gegenparteien ergibt sich die Risikoposition der Gruppe aus der Summe der nach Gegenpartei ermittelten einzelnen Risikopositionen.

Art. 21d Risikoposition

- 1 Die Risikoposition einer Gegenpartei setzt sich aus folgenden gegenüber dieser Gegenpartei eingegangenen Positionen zusammen:
- a. die nach Artikel 21e gewichteten Forderungen;
 - b. die in ihr Kreditäquivalent umgerechneten und nach Artikel 21e gewichteten Ausserbilanzgeschäfte;
 - c. die nach Artikel 21k berechneten Netto-Longpositionen in Effekten.
- 2 Beteiligungs- und nachrangige Schuldtitle, die vom Kernkapital oder vom Total der eigenen Mittel abgezogen oder mit 1250 Prozent gewichtet sind (Art. 11a Abs. 3 Bst. a, 11c und 12h Abs. 4 Ziff. 4), werden nicht in die Risikoposition einbezogen.
- 3 Jede Verpflichtung einer Gegenpartei gegenüber der Bank muss in Höhe der vom zuständigen Organ bewilligten und ohne weiteren Kreditentscheid benutzbaren Limiten oder der effektiven Beanspruchung, wenn sie höher ist, einberechnet werden.

- 4 Die Verrechnung von Forderungen und Verpflichtungen ist nur zu den gleichen Bedingungen und im gleichen Umfang zulässig wie in den Rechnungslegungs- und Eigenmittelvorschriften vorgesehen.
- 5 Einzelwertberichtigungen oder Einzelrückstellungen, die für Forderungen, Ausserbilanzgeschäfte und Netto-Longpositionen gebildet wurden, können bei der Berechnung der Risikoposition, jedoch vor der Risikogewichtung, abgezogen werden.
- 6 Handelsgeschäfte (Kassa- und Termingeschäfte sowie Optionen), bei welchen die eigene Leistung erbracht wurde, deren Gegenpartei aber am vereinbarten Valutatag ihre Verpflichtung nicht erfüllt hat, müssen zum Wert der Forderungsseite risikogewichtet werden.
- 7 Forderungen aus Zahlungsverkehr und Handelsgeschäften sind erst am dritten Bankwerktag nach dem vereinbarten Valutadatum in die Risikoposition einzubeziehen.

Art 21e Risikogewichtung nach Gegenpartei oder Sicherheiten

- 1 Bei jeder Position einer Gegenpartei ist der dieser Gegenpartei oder der erhaltenen Deckung entsprechende Risikogewichtungssatz nach Artikel 12a Absatz 1 anzuwenden. Für Lombardkredite nach Artikel 12a Absatz 1 Ziffer 4.3 gilt in Abweichung davon ein Risikogewichtungssatz von 50 Prozent.
- 2 Wenn eine Position durch Schuldtitel von Dritten beziehungsweise Treuhandanlagen bei Dritten gedeckt oder durch diese garantiert ist, muss die Bank den gedeckten Teil in die Risikoposition derjenigen Partei einbeziehen, auf die beim Kreditentscheid aufgrund der Bonität abgestellt wurde. In Abweichung davon dürfen alle Lombardkredite der Gegenpartei zugerechnet werden.
- 3 Wurde die Bonität der Gegenpartei und des Dritten als gleichwertig beurteilt, kann die Bank den gedeckten Teil entweder:
 - a. wie eine direkte Forderung gegenüber dem Dritten behandeln; oder
 - b. ohne Berücksichtigung der Deckung in die Risikoposition der Gegenpartei einbeziehen.

4 Forderungen gegenüber einem Konsortium werden den einzelnen Konsorten entsprechend ihrer Quote angerechnet. Im Falle von Solidarschuldnerschaft muss die Bank die ganze Forderung gegenüber demjenigen Konsorten anrechnen, dessen Bonität sie beim Kreditentscheid am höchsten eingestuft hat.

Art. 21f Ausserbilanzgeschäfte

Ausserbilanzgeschäfte sind nach den Artikeln 21g und 21h in ihr Kreditäquivalent umzurechnen und mit den nach Gegenpartei oder Sicherheiten nach Artikel 21e anwendbaren Sätzen zu gewichten.

Art. 21g Eventualverpflichtungen und unwiderrufliche Zusagen

- 1 Bei Eventualverpflichtungen und unwiderruflichen Zusagen wird das Kreditäquivalent berechnet, indem der Nominalwert oder der Barwert des jeweiligen Geschäfts mit dessen Kreditumrechnungsfaktor nach Artikel 12d Absatz 2 multipliziert wird.
- 2 Unwiderrufliche gedeckte und ungedeckte Kreditzusagen werden, unabhängig von ihrer Laufzeit, wie vom zuständigen Organ bewilligte und ohne weiteren Kreditentscheid benutzbare Limiten im Sinne von Artikel 21d Absatz 3 behandelt.
- 3 Eventualverpflichtungen und unwiderrufliche Zusagen, an denen die Bank Unterbeteiligungen abgegeben hat, werden in sinngemässer Anwendung von Artikel 21e Absätze 2 und 3 behandelt.

Art. 21h Terminkontrakte und gekaufte Optionen

- 1 Bei Terminkontrakten und gekauften Optionen sind Artikel 12e und 12f anzuwenden.
- 2 Bei Kontrakten, die an einer anerkannten Börse gehandelt werden, kann die Bank die Margendeckung abziehen, sofern sie aus verpfändeten oder mindestens gleichwertig sichergestellten Bareinlagen, an einer anerkannten Börse oder an einem repräsentativen Markt gehandelten Effekten, Edelmetallen oder Waren besteht und täglich neu zu Marktkursen bewertet wird.

3 Wenn ein Geschäft bei Fälligkeit nicht abgewickelt wird, müssen die Banken, welche die Marktbewertungsmethode anwenden, es bis zu seiner Abwicklung wie ein unterjähriges Termingeschäft behandeln. Die Banken, welche die Ursprungsriskomethode anwenden, müssen den Kreditumrechnungsfaktor anwenden, der der Laufzeit des Geschäfts seit dessen ursprünglichem Abschlusstag, zuzüglich eines weiteren Jahres, entspricht.

Art. 21i Darlehens- und Repo-Geschäfte mit Effekten, Edelmetallen und Waren

Bei Darlehens- und Repo-Geschäften mit Effekten, Edelmetallen und Waren ist nur die Differenz zwischen der Deckung und der Effekten-, Edelmetall- oder Warenposition in die Berechnung einzubeziehen, sofern die Voraussetzungen von Artikel 12g erfüllt sind.

Art. 21k Emittentenspezifische Ausfallrisikopositionen

1 Die Netto-Longposition der Schuld- und Beteiligungstitel jedes einzelnen Emittenten mit gleicher Risikogewichtung berechnet sich nach Artikel 12h Absätze 2 und 3 und ist in Anwendung von Artikel 12h Absatz 4 zu gewichten. Für nicht zu konsolidierende Beteiligungen nach Artikel 12h Absatz 4 Ziffer 3.1 gilt in Abweichung davon ein Risikogewichtungssatz von 166 $\frac{2}{3}$ Prozent.

2 Bei der Berechnung der Netto-Longposition nach Artikel 12h Absätze 2 und 3 können die festen Übernahmezusagen aus Emissionen, abzüglich festen Zeichnungen und abzüglich abgegebene Unterbeteiligungen, mit folgenden Kreditumrechnungsfaktoren multipliziert werden:

- a. 0,05 ab und mit dem Tag, an dem die feste Übernahmezusage unwiderruflich eingegangen wird;
- b. 0,1 am Tag der Liberierung der Emission;
- c. 0,25 am zweiten und dritten Bankwerktag nach der Liberierung der Emission;
- d. 0,5 am vierten Bankwerktag nach der Liberierung der Emission;

- e. 0,75 am fünften Bankwerktag nach der Liberierung der Emission;
- f. 1 ab und mit dem sechsten Bankwerktag nach der Liberierung der Emission.

Art. 21l Marktrisiken

Jede Bank muss für alle für ihre Tätigkeit wesentlichen Markt-risiken angemessene interne Beschränkungen vorsehen.

Art. 21m Konsolidierung

Die Risikoverteilungsvorschriften sind sowohl einzeln als auch auf konsolidierter Basis einzuhalten, wenn und soweit die Bank nach Artikel 13a verpflichtet ist, die Eigenmittelanforderungen auf konsolidierter Ebene einzuhalten. Die Meldung nach Artikel 21 Absatz 2 muss auf konsolidierter Basis halbjährlich innert zwei Monaten erfolgen.

Art. 22 Erleichterungen und Verschärfungen

- 1 In besonderen Fällen kann die Bankenkommission Erleichterungen von den Bestimmungen der Artikel 21–21m zulassen oder Verschärfungen anordnen.
 - 2 Die Bankenkommission kann namentlich:
 - a. für eine Risikoposition eine tiefere Obergrenze als 25 Prozent festlegen;
 - b. die Ausnahme von der Obergrenze nach Artikel 21a Absatz 2 für einzelne oder die Gesamtheit der Konzerngesellschaften nicht anwendbar erklären oder sie auf einzelne Konzernge-sellschaften ausdehnen, welche die Voraussetzungen nach Artikel 21a Absatz 2 nicht erfüllen;
 - c. auf vorgängiges Gesuch hin kurzfristige Überschreitungen der Obergrenze zulassen;
 - d. eine andere Frist ansetzen als in Artikel 21a Absatz 4 vorgesehen;

- e. für eine bestimmte Gegenpartei einer Bank den nach Artikel 21e Absatz 1 anwendbaren Risikogewichtungssatz herabsetzen oder erhöhen;
- f. Obergrenzen für die von einer Bank gehaltenen Liegenschaften vorschreiben.

Art. 44 Bst. h

Der Revisionsbericht hat im einzelnen regelmässig zu folgenden Punkten, wenn nötig mit Zahlenangaben, eindeutig Stellung zu nehmen:

- h. Einhaltung der Risikoverteilungsvorschriften;

II

Übergangsbestimmungen

- 1 Die geänderten Risikoverteilungsvorschriften müssen ab 1. Januar 1998 angewendet werden.
- 2 Eine Bank kann die geänderten Risikoverteilungsvorschriften vor dem 1. Januar 1998 anwenden. Sie hat der Bankenkommission mitzuteilen, ab welchem Zeitpunkt die Umstellung gilt. In diesen Fällen ist eine Bank für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 1997 von der Pflicht zur Meldung der Klumpenrisiken nach den Artikeln 21 Absatz 2 und 21m befreit. Trotz Befreiung müssen aber die Obergrenzen nach den Artikeln 21a und 21b eingehalten werden.
- 3 Solange eine Bank die bisherigen Risikoverteilungsvorschriften anwendet, darf sie für die Risikoverteilung die anrechenbaren eigenen Mittel gemäss den vor dem 1. Februar 1995 geltenden Vorschriften berechnen.
- 4 Bis zum 31. Dezember 2000 müssen alle vor dem 1. Januar 1998 entstandenen Positionen auf die in den Artikeln 21a und 21b vorgeesehenen Obergrenzen zurückgeführt werden. Die Bankenkommission kann diese Frist in besonderen Fällen verlängern.

III

Diese Änderung tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

29. November 1995 Im Namen des Schweizerischen Bundesrates:

Der Bundespräsident: Villiger

Der Bundeskanzler: Couchepin

Anhang B

Meldeformular Klumpenrisiken

Meldung der Klumpenrisiken (Art. 21 - 22 BankV)

Seite 1

VERTRAULICH

- Einzelbericht: vierteljährlich an Organ für Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle und inner 1 Monat an Revisionsstelle (Art. 21 Abs. 2)
 Konsolidiert: halbjährlich an Organ für Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle und inner 2 Monaten an Revisionsstelle (Art. 21 m)

Bank:

Tel.-Nr.:

Sachbearbeiter:

Stichtag:

Erläuterungen:

Kol. 01 Die Klumpenrisiken sind mit Namen/Firma und Wohnort/Domizil der Gesellschafter bzw. der Gruppe verbundener Gegenparteien klar zu bezeichnen.
Weicht der wirtschaftliche Bereichtitel vom Namen/Firma ab, ist dessen Namen/Firma mit Wohnort/Domizil unmittelbar danach anzugeben. Die Klumpenrisiken sind in alphabetischer Reihenfolge der wirtschaftlich Berechtigten aufzulisten.

Kol. 02 Datum:

Datum der erstmaligen Meldung (z.B. 1998/2 = 2. Quartalsmeldung im Jahr 1998).

Kol. 03 Organgeschäfte:

Die Organgeschäfte im Sinne von Art. 21 Abs. 3 sind mit dem Buchstaben "O" zu kennzeichnen. Dies gilt auch, wenn nur ein Teil der Risiko-
position ein Organgeschäft darstellt.

Kol. 04 Konzerngeschäfte:

Die Konzerngeschäfte im Sinne von Art. 21 Abs. 4 sind mit dem Buchstaben "K" zu kennzeichnen.

Kol. 05 Einzelwertberichtigungen/
-rückstellungen:

Mit "J" (Ja) oder "N" (Nein) ist anzugeben, ob für die betreffende Risikoposition Einzelwertberichtigungen oder -rückstellungen gebildet wurden.
Übersteigt der Betrag die Grenze von 10% der anrechenbaren eigenen Mittel gemäss dem Eigenmittelausweis des letzten Quartalsabschlusses, wird die Meldepflicht gemäss
Art. 21 Abs. 1 und 2 bzw. Art. 21 m ausgelöst.

Kol. 06 Kol. 06 abzüglich Kol. 07 abzüglich Kol. 08.

Kol. 07 Risikoposition (Netto) aus Kol. 05 in % der anrechenbaren eigenen Mittel. Die Risikoposition (netto) gemäss Kol. 10 darf die massgebende Obergrenze gemäss Kol. 05
nicht überschreiten, ansonsten EBS und Revisionsstelle unverzüglich zu benachrichtigen sind.

Kol. 10 Die Banken können das Formular auch mit eigenen Hilfsmitteln darstellen, sofern der Inhalt mit dem vorgegebenen Formular gleichwertig ist.

Bei erstermaliger Meldung einer Risikoposition ist zusätzlich eine Zusammenstellung der Risikoposition gemäss bankinterner Aufstellung beizulegen.

Ort und Datum:

Stempel und Unterschrift:

Anhang B

Seite 2

VERTRAULICH

Meldung der Klumpenrisiken (Art. 21 - 22 BankV)

Bank:		Stichtag:					
Anrechenbare eigene Mittel (§ 11,1 des Eigenmittelausweises per letztem Quartalsabschluss)		100%	-10%	25%	800%		
Klumpenrisiken		Kennzeichnung Datum (Art. 21 Abs. 3, 4)	Einzelwert- berichtigun- gen / rück- stellungen (Art. 21 Abs. 3, 4)	Massge- bende Ober- grenze (Art. 21 Abs. 1 22 Abs. 2 Bst. a)	Meldepflichtige gewichtete Risikoposition (brutto) (Art. 21 Abs. 1, 4, 5) (Art. 21 Abs. 2 Bst. a)	Abzüglich: Von d. Anwend. ausgenommene Pos. d. Konzerns (Art. 21 a Abs. 2, 22 Abs. 2 Bst. b)	Gewichtete Risikoposition (netto) (Art. 21 a Abs. 5) (Art. 21 a)
01	02 .	03	04	05	06	07	08
			%			09	10
						%	
							Übertrag

Meldung der Klumpenrisiken (Art. 21 - 22 BankV)

Seite

VERTRAULICH

Bank:	Klumpenrisiken	Stichtag:		Abzuglich: Von d. Anwend. ausgenommene Pos. d. Konzerns (Art. 21 Abs. 2 22 Abs. 2 Satz a)	Gewichtete Risikoposition (netto) (Art. 21 a)	Davon: massgebend für Gesamtheit der Klumpenrisiken (Art. 21 b)
		Einzelwert- berichtigun- gen/-rück- stellungen (Art. 21 Abs. 3, 4)	Datum (Art. 21 Abs. 3, 4)			
01	02	03	04	05	06	07
Hertrag				%	%	%
						Übertrag

Meldung der Klimahazards (Art. 21 - 22 BankV)

VERTRAULICH

Seite
.....

Anhang C

EBK-RS 96/1

«Kurzfristige Interbank-Forderungen»

**Rundschreiben der Eidg. Bankenkommission:
Risikogewichtung von Forderungen mit einer
Restlaufzeit bis zu einem Jahr gegenüber Grossbanken
und Kantonallänen
(Kurzfristige Interbank-Forderungen)
vom 27. März 1996**

1. Zweck des Rundschreibens

In gewissen Banken wird die Obergrenze von 25 % der eigenen Mittel (Art. 21a Abs. 1 BankV) bei kurzfristigen Forderungen gegenüber den drei Grossbanken sowie den Kantonallänen sehr schnell erreicht werden, da sie mit einem Faktor von 25 % gewichtet werden müssen (Art. 21e Abs. 1 und Art. 12a Abs. 1 Ziff. 2.4 BankV).

In Anwendung der bisherigen Risikoverteilungsregelung durften, gemäss einer Ausnahmeregelung zur Höchstgrenze von 100 %, Geldanlagen von Kantonallänen, Regionallänen, übrigen und Privatbanken bei den drei Grossbanken sowie den Kantonallänen bis zu 300 % der eigenen Mittel betragen. Das vorliegende Rundschreiben soll diese Ausnahme bestätigen und sie an die neuen Vorschriften anpassen.

2. Risikogewichtung von kurzfristigen Interbank-Forderungen

In Abweichung von Art. 21e Abs. 1 und Art. 12a Abs. 1 Ziff. 2.4 BankV und in Anwendung von Art. 22 Abs. 2 Bst. e BankV wird der Risikogewichtungssatz für Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr gegenüber den drei Grossbanken Schweizerische Bankgesellschaft, Schweizerischer Bankverein und Schweizerische Kreditanstalt sowie gegenüber den Kantonallänen auf 8 % festgesetzt. Mit Ausnahme der drei Grossbanken dürfen alle Banken von dieser Ausnahme Gebrauch machen.

Die 8 %-Gewichtung gilt nur für die Gross- und Kantonallänen selber. Sie ist auf die anderen Gesellschaften (Banken und Nicht-Banken), die dem gleichen Konzern angehören, nicht anwendbar. Forderungen gegenüber zwei oder mehreren Mitgliedern eines Gross- oder Kantonallänenkonzerns bilden zudem als Gruppe ver-

1

2

3

4

87

bundener Gegenparteien eine einzige Risikoposition (Art. 21c Abs. 1 Bst. a BankV).

Mit 8 % gewichtete Forderungen müssen weiterhin in die Risikoposition des betroffenen Gross- oder Kantonalkonzerns gemäss Art. 21d Abs. 1 BankV einbezogen und gemäss Art. 21 Abs. 2 BankV gemeldet werden. Die gesamte Risikoposition darf 25 % der eigenen Mittel nicht überschreiten.

Auf Forderungen von Konzerngesellschaften gegenüber der Gross- oder Kantonalkonzern desselben Konzerns findet der ordentliche Gewichtungsfaktor von 25 % (Art. 21e Abs. 1 und Art. 12a Abs. 1 Ziff. 2.4 BankV) Anwendung. Sind jedoch die Bedingungen von Art. 21a Abs. 2 BankV für konzerninterne Gegenparteien erfüllt, werden die Forderungen gegenüber den betroffenen Banken von der Obergrenze ausgenommen.

Datum des Inkrafttretens: 1. Juni 1996

Rechtliche Grundlagen:

- BankG: Art. 4bis
- BankV: Art. 22 Abs. 2 Bst. e

Anhang D

Beispiel eines ausgefüllten
Meldeformulars

Beispiel eines ausgefüllten Meldeformulars

Meldung der Klumpenrisiken (Art. 21 - 22 BankV)

Seite 1

VERTRAULICH

- [x] Einzelabschluss: vierjährlich an Organ für Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle und innert 1 Monat an Revisionsstelle (Art. 21 Abs. 2)
[] Konsolidiert: halbjährlich an Organ für Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle und innert 2 Monaten an Revisionsstelle (Art. 21 m)

Bank:

Bank C, Berlin

Tel.-Nr.:

123 45 67

Sachbearbeiter:

X.Y.

Stichtag:

31. Mai 1997

Erläuterungen:

Kol. 01 Die Klumpenrisiken sind mit Namen/Firma und Wohnort/Domizil der Gegenpartei bzw. der Gruppe verbundener Gegenparteien klar zu bezeichnen.
Welch der wirtschaftlich Berechtigte vom Namen/Firma ab, ist dessen Namen/Firma mit Wohnort/Domizil unmittelbar danach anzugeben. Die Klumpenrisiken sind in alphabetischer Reihenfolge der wirtschaftlich Berechtigten aufzulisten.

Datum der erstmaligen Meldung (z.B. 1998/2 = 2. Quartalsmeldung im Jahre 1998).

Kol. 02 Datum:
Kol. 03 Organgeschäfte: Die Organgeschäfte im Sinne von Art. 21 Abs. 3 sind mit dem Buchstaben "O" zu kennzeichnen. Dies gilt auch, wenn nur ein Teil der Risiko-
position ein Organgeschäft darstellt.

Konzengeschäfte: Die Konzengeschäfte im Sinne von Art. 21 Abs. 4 sind mit dem Buchstaben "K" zu kennzeichnen.

Kol. 04 Einzelwertberichtigungen/
-rückstellungen: Mit "j" (Ja) oder "N" (Nein) ist anzugeben, ob für die betreffende Risikoposition Einzelwertberichtigungen oder -rückstellungen gebildet wurden.

Kol. 06 Übersteigt der Betrag die Grenze von 10% der anrechenbaren eigenen Mittel gemäss dem Eigentumtauschweis des letzten Quartalsabschlusses, wird die Meldepflicht gemäss Art. 21 Abs. 1 und 2 bzw. Art. 21m ausgelöst.

Kol. 06 abzüglich Kol. 07 abzüglich Kol. 08.

Kol. 10 Risikoposition (netto) aus Kol. 09 in % der anrechenbaren eigenen Mittel. Die Risikoposition (netto) gemäss Kol. 10 darf die massgebende Obergrenze gemäss Kol. 05 nicht übersteigen, ansonsten EBK und Revisionsstelle unverzüglich zu benachrichtigen sind.

Die Banken können das Formular auch mit eigenen Hilfsmitteln darstellen, sofern der Inhalt mit dem vorgegebenen Formular gleichwertig ist.

Bei erstermaliger Meldung einer Risikoposition ist zusätzlich eine Zusammenstellung der Risikoposition gemäss bankinterner Aufstellung beizulegen.

Ort und Datum:

Bern, 27. Juni 1997

Stempel und Unterschrift:

Bank C

Anhang D

Meldung der Klumpenrisiken (Art. 21 - 22 BankV)

Bank: Bank C, Bern

VERTRAULICH

Seite 2

31. Mai 1997

Anrechenbare eigene Mittel (Pos 11.1 des Eigenmittelausweises per letztem Quartalsabschluss)		Stichtag: 31. Mai 1997		VERTRAULICH	
100% 3'180.....	10% 318.....			25% 795.....	800% 25'440....

Klumpenrisiken	Kennzeichnung (Art. 21 Abs. 3, 4)	Einzelwert, berichtigten/ rück- stellungen (Art. 21 Abs. 3, 4)	Massgebende Ober- grenze (Art. 21a Abs. 1 22 Abs. 2 Brst a)	Maßpflichtige gewichtete Risikoposition (brutto) (Art. 21 Abs. 1, 4, 5)	Abzüglich: Von d. Anwend. ausgenommene Pos. d. Konzerns (Art. 21a Abs. 2, 22 Abs. 2 Brst b)	Devon: massgebend für Gesamtheit der Klumpenrisiken (Art. 21b)		
						Abzüglich:	Gewichtete Risikoposition (netto) (Art. 21a)	
01	02.	03	04	05	06	07	08	09
1. ABC AG, Zürich, wirtschaftlich Berechtigter Fritz Adler, Zürich	97/2	-	N	10	342	-	24	318
2. Konsortium B, Thun (Peter Müller, Jakob Huber und Paul Dupont, alle in Thun)	96/3	*	J	25	750	-	-	318
3. Konzern C, Dallas USA	96/2	K	N	25	2'055	1'246	15	794
4. Meier AG und Hans Meier, Flamatte	96/2	-	J	25	875	-	80	795
5. Peter Miller, Thun	96/2	-	N	25	520	-	-	520
6. Nestlé S.A., Vevey	96/2	-	N	25	732	-	-	732
7. Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	96/4	-	N	25	620	-	-	620
8. John Villiger, Genf	97/1	O	N	25	600	-	-	600
							119.....	4'941....
								Übertrag

Beispiel eines ausgefüllten Meldeformulars

Meldung der Klimmenrisiken (Art. 21 - 22 BankV)

Bank C, Bern

3 Seite

Seite 1

VERTRÄILICH

21 Mai 1007

Meldeformular Klumpenrisiken

Erläuterungen

- Position 1 betrifft eine Gegenpartei, bei der der wirtschaftlich Berechtigte von der Gegenpartei abweicht und bei der die EBK von Art. 22 Abs. 2 Bst. a Gebrauch gemacht hat und eine tiefere Obergrenze festgelegt hat. Da die Position die festgelegte 10%-Grenze überschreitet, mobilisiert die Bank eigene Mittel.
- Position 2 besteht aus drei Konsortien, die nicht solidarisch sondern jeder für ein Drittel haften. Sie enthält einen Betrag von 250, der auch bei Position 5 mitgezählt wird. Es entsteht daher bei der Gesamtheit der Klumpenrisiken eine Entlastung für Doppelzählungen in gleicher Höhe (Art. 21b Abs. 2 Bst. e). Die meldepflichtige gewichtete Risikoposition berücksichtigt die Einzelwertberichtigung schon (Art. 21d Abs. 5 i.f.)
- Position 3 betrifft den Konzern, dem die Bank angehört. Das Meldeformular enthält nur die Position des Konzerns, da es sich um eine Gruppe verbundener Gegenparteien handelt (Art. 21c Abs. 1 Bst. a), die als Einheit behandelt werden muss (Art. 21c Abs. 3). Bei der erstmaligen Meldung der gesamten bzw. bei jeder Änderung in der Zusammenstellung der Position muss die Bank die notwendigen zusätzlichen Angaben beilegen. Im vorliegenden Fall besteht die Position aus drei Gesellschaften. Die Konzernmutter profitiert von den Ausnahmen von Art. 21a Abs. 2 Bst. a und 21b Abs. 2 Bst. b, so dass 1246 von der Anwendung ausgenommen werden. Die beiden Konzernschwestern sind keiner angemessenen Aufsicht auf Einzelbasis unterstellt (Art. 21a Abs. 2 a contrario). Überdies überschreitet die Position die Obergrenze. Die Bank mobilisiert daher eigene Mittel im Betrag von 15.
- Position 4 wird in Beilage E detailliert erläutert. Gewählt wurde die Variante (i), d.h. eine Rückstellung von 80 auf den nachrangigen Obligationen und die Mobilisierung von freien eigenen Mittel im Betrag von 80.
- Position 6 enthält ein Standard-Beispiel ohne besondere Probleme.
- Position 7 enthält im gewichteten Betrag kurzfristige Forderungen im Sinne von Art. 12a Abs. 1 Ziff. 2.4 von 188, die für die Gesamtheit der Klumpenrisiken nicht berücksichtigt werden (Art. 21b Abs. 2 Bst. a).
- Position 8 ist ein Organgeschäft nach Art. 21 Abs. 3.

Anhang E

Beispiel einer Berechnung
einer Risikoposition

Beispiel einer Berechnung einer Risikoposition

Bank: Bank C, Bern

Eigene Mittel:

- Vorhanden gemäss Eigenmittelausweis: 3180 Meldegrenze von 10% = 318
- Erforderlich gemäss Eigenmittelausweis: 3020 Obergrenze von 25% = 795
- Freie anrechenbare eigene Mittel 160

Risikoposition: Meier AG, in Flamatt und deren Hauptaktionär Hans Meier, Flamatt

Geschäfte (in chronologischer Reihenfolge)	Datum	Brutto	Kredit- umrech- nungs- faktor	Zwischen- ergebnis	Gewich- tete- satz	Risiko- kummiert	Anwendbare Bestimmungen
1. Hypothek Wohnen <2/3 VW	92/4	200	(1)	200	50%	100	12a Abs. 1 Ziff. 3.1 Bst. a
2. Hypothek Wohnen <2/3 VW mit WEG-Bürgschaft durch Bund für 100	92/4	250	(1)	100 150	0% 50%	100 175	21e Abs. 2; 12a Abs. 1 Ziff. 1.2 u. 3.1 Bst. a
3. Hypothek Geschäftshaus <1/2 VW	96/2	300	(1)	300	75%	225	400 (I)
4. Blankokredit	96/2	150	(1)	150	100%	150	550 (I) 5.3

Geschäfte (in chronologischer Reihenfolge)	Datum	Brutto	Kredit- umrech- nungsfaktor	Zwischen- ergebnis	Gewich- tungs- satz	Gewich- tete ver- pflich- tung	Risiko- position kumuliert	Anwendbare Bestimmungen
5. Lombardkredit	96/4	100	(1)	100	50%	50	600 (I)	21e Abs. 1 i.f.
6. Warenakkreditiv	97/1	600	0,25	150	100%	150	750 (I)	21g; 12d Abs. 2 Ziff. 1.1; 12a Abs. 1 Ziff. 5,3
7. Obligationen Meier AG, Flamatt	97/2	100	(1)	100	100%	100	850 (II)	12h Abs. 4; 12a Abs. 1 Ziff. 5,3
8. Nachrangige Obligationen Meier AG, Flamatt	97/2	90	(1)	90	250%	225	1075 (III)	12h Abs. 4; 12a Abs. 1 Ziff. 6

Vorhandene Einzelrückstellung für Meier AG und Hans Meier

- 80

Kommentar und Varianten:

- (1) Erlaubtes aber meldepflichtiges Einzelklumpenrisiko; die Bank kann von einer der folgenden Varianten Gebrauch machen und so die Risikoposition verringern. Bei jeder Variante wird die vorhandene Einzelrückstellung auf dem Zwischenergebnis in Abzug gebracht. Je nachdem auf welchem Geschäft die Einzelrückstellung vorgenommen wird, verringert sich die Risikoposition wie folgt:
- (a) $200 - 80 = 120$ gewichtet zu $50\% = 60$, d.h. Verringerung um 40
 - (b) $150 - 80 = 70$ gewichtet zu $50\% = 35$, d.h. Verringerung um 40
 - (c) $300 - 80 = 220$ gewichtet zu $75\% = 165$, d.h. Verringerung um 60
 - (d) $150 - 80 = 70$ gewichtet zu $100\% = 70$, d.h. Verringerung um 80

21 Abs. 1 u. Abs. 2
21d Abs. 5

Beispiel einer Berechnung einer Risikoposition

**Anwendbare
Bestimmungen**

- | | | | | | |
|---|--|--|--|--|--|
| (e) $100 - 80 = 20$ gewichtet zu $50\% = 10$, d.h. Verringerung um 40 | | | | | |
| (f) $150 - 80 = 70$ gewichtet zu $100\% = 70$, d.h. Verringerung um 80 | | | | | |
- (II)** Verbotenes Einzelklumpenrisiko, welches die Bank nicht eingehen darf;
die Bank muss eine der folgenden Varianten anwenden. Bei Variante (g)
wird die vorhandene Einzelrückstellung auf dem Zwischenergebnis in
Abzug gebracht. Bei Variante (h) mobilisiert die Bank freie eigene
Mittel in der Höhe von 55.
- | | | | | | |
|---|--|--|--|--|--|
| (g) $100 - 80 = 20$ gewichtet zu $100\% = 20$, d.h. Verringerung um 80 | | | | | |
| (h) $850 - 55 = 795$ | | | | | |
- (III)** Verbotenes Einzelklumpenrisiko, welches die Bank nicht eingehen darf;
die Bank muss Variante (i) anwenden und die vorhandene Einzelrückstellung
auf dem Zwischenergebnis in Abzug bringen. Sind die Wertberichtigungen
und Rückstellungen schon auf gewissen Geschäftsbereichen gemacht worden
[Varianten (a) bis (h)], dürfen sie nicht mehr auf das Geschäft "ver-
schoben" werden, welches die grösste Verminderung der Risikoposition
bewirkt. Die Verringerung durch die Einzelrückstellung ist jedoch
ungeräugend, so dass die Bank zusätzlich noch freie eigene Mittel in der
Höhe von 80 mobilisieren muss. Variante (k) Mobilisierung der gesamten
freien eigenen Mittel, welche über dieses fragwürdig wäre, würde die Risiko-
position nicht genügend reduzieren, um das Klumpenrisiko auf ein
erlaubtes Mass zu bringen.
- | | | | | | |
|---|--|--|--|--|--|
| (i) $90 - 80 = 10$ gewichtet zu $250\% = 25$ d.h. Verringerung um 200 | | | | | |
| (j) $1075 - 200 - 80 = 795$ | | | | | |
| (k) $1075 - 160 = 915$ | | | | | |

Commentaire de la CFB de juin 1996	Page
Vue d'ensemble	105
1. Partie générale	107
1.1 Anciennes prescriptions suisses en matière de répartition des risques	107
1.2 Concepts internationaux	109
1.2.1 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire	109
1.2.2 Union Européenne	111
1.3 Motifs de la révision	112
1.3.1 Création de dispositions sur la répartition des risques pour les négociants en valeurs mobilières	112
1.3.2 Défauts de l'ancien système de répartition des risques	113
1.3.3 Adaptation aux nouvelles dispositions en matière de fonds propres	114
1.3.4 Adaptation aux développements internationaux	115
1.4 Historique de la modification de l'ordonnance	116
1.5 Buts de la révision	116
1.6 Traits essentiels de la révision	117
2. Partie spéciale:	
Commentaire des nouvelles dispositions	118
2.1 Limitation des gros risques	118
2.1.1 Annonce des gros risques	119
2.1.2 Limites maximales applicables aux gros risques individuels (art. 21a)	124
2.1.2.1 Principe (art. 21a al. 1)	124
2.1.2.2 Affaires avec les organes (art. 21 al. 3)	125
2.1.2.3 Dépassement non autorisé de la limite maximale (art. 21a al. 1 et al. 3)	126
2.1.2.4 Dépassement autorisé de la limite maximale (art. 21a al. 4 et 5, art. 22 al. 2 let. c)	127
	101

2.1.3	Groupe bancaire ou financier (art. 21 al. 4, art. 21a al. 2 et art. 22 al. 2 let. b)	129
2.1.4	Limite maximale applicable à la somme des gros risques (art. 21b)	132
2.2	Groupe de contreparties liées	135
2.2.1	Principes (art. 21c al. 1 et 3)	135
2.2.2	Groupe bancaire ou financier	136
2.2.3	Les entreprises en mains publiques, un cas particulier de groupes de contreparties liées (art. 21c al. 2)	137
2.2.4	Consortium	138
2.3	Position risque	139
2.3.1	Principes (art. 21d)	139
2.3.2	Pondération en fonction du risque selon la contrepartie ou la garantie (art. 21e)	142
2.3.2.1	Principes (art. 21e al. 1)	142
2.3.2.2	Garanties d'un tiers et sous-participations (art. 21e al. 2 et 3 en rel. avec art. 21g al. 3)	145
2.3.3	Opérations hors bilan	147
2.3.3.1	Principes (art. 21f)	147
2.3.3.2	Engagements conditionnels et engagements irrévocables (art. 21g)	147
2.3.3.3	Contrats à terme et options achetées (art. 21h)	148
2.3.4	Prêts de consommation et opérations de mise et de prise en pension portant sur les valeurs mobilières, des métaux précieux et des marchandises (art. 21i)	150
2.3.5	Positions de risque inhérentes à l'émetteur (art. 21k)	150
2.4	Risques de marché	151
2.5	Consolidation (art. 21m)	153
2.6	Allégements et renforcements (art. 22)	154
2.7	Définitions	157
2.8	Autres modifications de l'ordonnance sur les banques	157

2.8.1	Abrogation de l'ancien article 22	157
2.8.2	Adaptation de l'article 44	158
2.9	Entrée en vigueur et dispositions transitoires	159
3	Exemples pratiques	162
4	Rapport avec les réglementations internationales	162
4.1	Comité de Bâle sur le contrôle bancaire	162
4.2	Union Européenne	162
5	Conséquences des nouvelles dispositions de répartition des risques pour les banques	163

Commentaire de la CFB de juin 1996

Vue d'ensemble

Un groupe de travail mixte composé de représentants de tous les groupes de banques, des négociants en valeurs mobilières, de la Chambre fiduciaire, de l'Association suisse des banquiers ainsi que de la Banque nationale suisse et du Secrétariat de la Commission des banques a, sous la présidence de la Commission des banques, établi un projet de modification des dispositions sur la répartition des risques de l'ordonnance sur les banques. A l'issue de la procédure de consultation et de la consultation des offices, ce projet a été soumis au Conseil fédéral. Lors de sa séance du 29 novembre 1995, le Conseil fédéral a adopté les nouvelles dispositions et les a mises en vigueur au 1er janvier 1996. Les nouvelles dispositions ont été publiées au RO1996 I 45.

La révision répond à la nécessité de créer des dispositions sur la répartition des risques pour les négociants en valeurs mobilières, à la volonté d'adapter les dispositions sur la répartition des risques aux développements internationaux et aux nouvelles dispositions en matière de fonds propres entrées en vigueur le 1er février 1995 et aspire à remédier aux défauts de l'ancien système de répartition des risques.

La modification proposée poursuit les buts suivants: l'adoption aussi large que possible du système retenu par la recommandation du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire de janvier 1991 concernant la mesure et le contrôle des grands risques de crédit et par les directives européennes, en particulier la directive 92/121/CEE du Conseil du 21 décembre 1992 relative à la surveillance et au contrôle des grands risques des établissements de crédit; la prise en compte exhaustive et adéquate du point de vue du risque encouru de toutes les opérations bancaires, en particulier des opérations hors bilan; l'égalité de traitement des banques et des négociants en valeurs mobilières lorsqu'ils exercent la même activité; l'élimination des désavantages concurrentiels au plan international dans tous les domaines possibles; le choix entre des méthodes de calcul faciles ou complexes afin de tenir compte des différences de taille et des exigences pratiques de chaque établissement.

A l'instar des anciennes prescriptions en matière de répartition des risques, les nouvelles dispositions traitent principalement

des risques de crédit. La prise en compte nettement plus complexe des risques de marché, en particulier en ce qui concerne les titres du portefeuille destiné au négoce, sera entreprise, le cas échéant, lorsque la couverture en fonds propres de ces risques aura été réglée.

L'une des caractéristiques les plus marquantes de la nouvelle réglementation en matière de répartition des risques est le changement de système en faveur de la méthode indirecte de limitation des risques qui prévoit que les positions risque individuelles sont d'abord pondérées en fonction du risque relatif de leur contrepartie. Ces montants pondérés en fonction du risque doivent ensuite respecter les trois plafonds de répartition des risques prévus, à savoir l'un de 10% des fonds propres pour la notification des gros risques, l'autre de 25 % des fonds propres qui constitue la limite supérieure qu'un gros risque individuel ne devra pas franchir, et le troisième de 800 % des fonds propres que la somme de tous les gros risques encourus par une banque ne pourra pas dépasser.

La position risque d'une contrepartie se compose des créances pondérées en fonction du risque, des opérations hors bilan converties en leur équivalent-crédit et pondérées en fonction du risque ainsi que des positions nettes longues en valeurs mobilières. Il faut en principe appliquer à chaque contrepartie le même facteur de pondération quel que soit le genre de transaction. La durée résiduelle des créances et leur couverture sont à l'origine de certaines différences de traitement. Dans l'ensemble, ce sont les facteurs de pondération prévus en matière de fonds propres, entrés en vigueur le 1er février 1995, qui ont été retenus pour la répartition des risques.

Par rapport à la réglementation précédente, cela a pour effet de réduire les plafonds pour les créances garanties par des immeubles d'habitation sis en Suisse ainsi que pour les créances sur les collectivités suisses de droit public. Le facteur de pondération appliqué aux créances sur les administrations centrales et les banques centrales des pays de l'OCDE (y compris la Confédération suisse et la Banque Nationale Suisse) ainsi qu'aux créances garanties par le nantissement de dépôts de fonds ou de titres de créance de rang non subordonné émis par la banque entraîne par contre la suppression de tout plafond de répartition des risques dans ces domaines.

Dans le secteur des opérations hors bilan, la nouvelle réglementation se conforme également largement aux méthodes utilisées en matière de fonds propres pour la conversion en équivalent-crédit. Il en va de même pour les prêts de consommation et les opérations de mise et de prise en pension portant sur des valeurs mobilières, des métaux précieux et des marchandises ainsi que pour les positions de risque inhérentes à l'émetteur de valeurs mobilières.

Les effets des nouvelles dispositions seront très divers selon l'activité exercée par chaque banque. Ces dispositions modifiées doivent être appliquées dès le 1er janvier 1998. Les dispositions transitoires prévoient que les banques peuvent dès l'entrée en vigueur procéder à la répartition des risques selon le nouveau système. Finalement, en cas de problèmes d'adaptation pour des gros risques admis selon l'ancien droit, un délai au 31 décembre 2000 est prévu.

1

Partie générale

1.1 Anciennes prescriptions suisses en matière de répartition des risques

En application de l'art. 4bis de la loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne du 8 novembre 1934 (Loi sur les banques, LB, RS 952.0), les prêts et avances qu'une banque accorde à un client de même que les participations qu'elle prend dans une entreprise doivent être proportionnés à l'ampleur de ses fonds propres (al. 1). Le règlement d'exécution fixe la relation entre les prêts, avances et participations, d'une part, et les fonds propres, d'autre part, selon qu'il s'agit ou non de collectivités de droit public et d'après la valeur des sûretés (al. 2).

L'art. 21 de l'ordonnance sur les banques et les caisses d'épargne du 17 mai 1972 (Ordonnance sur les banques, OB, RS 952.02¹) concrétisait cette disposition fondamentale. Une banque

¹ Les anciennes dispositions de l'ordonnance sont désignées ci-après par «aOB». Les nouvelles dispositions (ainsi que les autres qui demeurent inchangées) sont citées sans mentionner l'OB.

était ainsi tenue d'informer la Commission des banques, qui pouvait exiger la réduction des engagements qui dépassaient les plafonds autorisés (art. 21 al. 6 aOB), lorsque le total des engagements d'un client envers elle excédait les taux de:

- 160 % de ses fonds propres (art. 21 al. 1 let. a aOB):
 - engagements des collectivités suisses de droit public;
 - engagements des banques cantonales;
 - engagements garantis par une hypothèque sur des immeubles d'habitation jusqu'aux deux tiers de leur valeur;
 - engagements garantis par des obligations admises en nantissement par la Banque nationale suisse.
- 100 % de ses fonds propres (art. 21 al. 1 let. b aOB):
 - engagements à court terme de banques résultant de placements de fonds jusqu'à un an.
- 50 % de ses fonds propres (art. 21 al. 1 let. b aOB):
 - autres engagements de banques.
- 40 % de ses fonds propres (art. 21 al. 1 let. c aOB):
 - autres engagements garantis.
- 20 % de ses fonds propres:
 - engagements en blanc (art. 21 al. 1 let. d aOB);
 - participations (art. 21 al. 3 aOB).

Le caractère relativement succinct de cette réglementation et l'apparition de nouveaux types d'opérations bancaires avaient amené la Commission des banques à en préciser certains aspects par des circulaires (cf. ch. 1.3.2 ci-après), à savoir la circulaire 72/2 Répartition des risques, la circulaire 74/1 Positions en devises étrangères, la circulaire 83/1 Annonce des gros risques des groupes bancaires, la circulaire 88/1 Plafonds de répartition des risques pour les avances des banques en mains étrangères à d'autres banques du groupe, la circulaire 91/2 Options et «Financial futures», 4e partie, abrogée par la circulaire 92/3 Gros risques inhérents aux opérations à terme et aux instruments dérivés.

1.2 Concepts internationaux

L'harmonisation internationale des règles de surveillance qui a pour but de renforcer le système financier international et d'empêcher des distorsions de concurrence, s'est concentrée dans un premier temps sur l'établissement de standards minimaux pour une dotation adéquate en capitaux propres. Les prescriptions en matière de fonds propres sont conçues par rapport à des pertes moyennes prévisibles dans une certaine catégorie d'affaires et reposent sur l'hypothèse que les risques sont disséminés de manière adéquate entre un grand nombre de contreparties. C'est pourquoi les prescriptions sur les fonds propres et celles sur la répartition des risques sont étroitement liées et se complètent réciproquement. Dans une deuxième phase, la mise en place de standards minimaux en vue d'une répartition adéquate des risques a également été examinée au plan international.

1.2.1 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire

Le Comité de Bâle sur le contrôle bancaire¹, qui agit dans le cadre de la Banque des Règlements Internationaux (BRI), a publié en janvier 1991 un document intitulé «Mesure et contrôle des grands risques de crédit». Ce document est destiné à constituer un guide des meilleures pratiques développées par les autorités de contrôle bancaire pour surveiller et contrôler les grands risques de crédit. Les recommandations adressées aux autorités nationales de surveillance bancaire n'ont aucun caractère obligatoire du point de vue du droit international public.

Le document susmentionné n'a rencontré, au contraire du Modèle de Bâle sur les fonds propres, qu'un écho limité auprès des

¹ Le Comité de Bâle est un groupe d'autorités de surveillance bancaire qui a été créé en 1975 par les gouverneurs des banques centrales des pays du Groupe des Dix. Cette organisation informelle se compose de hauts représentants des autorités de surveillance et des banques centrales d'Allemagne, de Belgique, du Canada, des Etats-Unis, de la France, de la Grande-Bretagne, d'Italie, du Japon, du Luxembourg, des Pays-Bas, de la Suède et de la Suisse.

autorités nationales de surveillance et auprès des banques opérant au niveau international. Cette reconnaissance insuffisante s'explique en partie par le fait que le Modèle sur les fonds propres contient des standards minimaux précis concernant la composition et le calcul des fonds propres des banques opérant au niveau international alors que le document sur les grands risques de crédit se limite à des propositions d'ordre général.

Dans un premier temps, le document sur les grands risques de crédit entreprend de définir le risque de crédit et la manière de le prendre en compte pour la répartition des risques. Il envisage ainsi d'adopter en bloc le dispositif de mesure du risque de crédit prévu dans le Modèle sur les fonds propres pour évaluer les concentrations de risques de crédit. L'utilisation du système de pondération des risques retenu en matière de fonds propres aurait en effet l'avantage d'être connue et largement acceptée et faciliterait la notification des grands risques.

Le Comité de Bâle relève néanmoins qu'une telle utilisation des pondérations des fonds propres se traduit par une sous-estimation importante des pertes potentielles puisque la répartition des risques prend en compte la perte maximale qui peut découler de la défaillance d'une seule contrepartie alors que les pondérations des fonds propres ont été conçues pour évaluer les risques sur la base du risque moyen de perte sur un ensemble d'opérations de même nature.

Dans une seconde partie, le document sur les grands risques de crédit traite de la définition de la contrepartie et du groupe de contreparties liées, questions pour lesquelles il se réfère largement à la réglementation de l'Union Européenne (cf. ch. 1.2.2 ci-après).

Le document sur les grands risques de crédit aborde ensuite le problème des niveaux appropriés de la limitation des grands risques de crédit. A cet égard, il considère comme souhaitable un seuil de notification de 10% et une limite maximale de 25% des fonds propres pour les risques individuels. Par ailleurs, le Comité de Bâle envisage la possibilité d'appliquer des limites moins sévères à un certain nombre de contreparties, privilégiant en particulier les créances sur les administrations publiques et les créances à court terme envers les contreparties bancaires. Enfin, le document relève qu'une attention spéciale doit être consacrée aux prêts accordés à des contre-

parties apparentées à la banque tels que les organes ou les participants qualifiés, pour lesquelles des limites plus strictes devraient être prévues.

En dernier lieu enfin, le document sur les grands risques de crédit attire l'attention sur les dangers des risques découlant d'un portefeuille de prêts surconcentré ou surexposé à l'égard de zones géographiques ou de secteurs économiques particuliers.

1.2.2 Union Européenne

L'Union Européenne a adopté le 21 décembre 1992 la directive 92/121/CEE relative à la surveillance et au contrôle des grands risques des établissements de crédit. Ce texte tend à harmoniser les règles essentielles de surveillance des grands risques de crédit, les Etats membres conservant la faculté d'adopter des dispositions plus strictes. En ce qui concerne la surveillance des grands risques pour les activités soumises principalement aux risques de marché, il est renvoyé à la directive 93/6/CEE du 15 mars 1993 sur l'adéquation des fonds propres des entreprises d'investissement et des établissements de crédit.

La directive 92/121/CEE prévoit en premier lieu la notification de tous les grands risques supérieurs à 10 % des fonds propres. Elle prescrit ensuite deux limites maximales, à savoir 25 % des fonds propres pour chaque risque individuel ou pour un groupe de clients liés et 800 % des fonds propres pour l'ensemble des grands risques. La limite de 25 % est ramenée à 20 % pour les risques pris sur des entreprises apparentées à l'établissement bancaire, à moins qu'elles ne soient incluses dans la surveillance sur une base consolidée à laquelle la banque est elle-même soumise.

Deux méthodes de notification des grands risques (cf. ch. 2.1.1 ci-après) sont proposées aux Etats membres: La notification de tous les grands risques au moins une fois par an, assortie de la communication, en cours d'année, de tout nouveau grand risque et de toute augmentation des grands risques existants d'au moins 20 % par rapport à la dernière communication; ou la notification de tous les grands risques au moins quatre fois par an.

La directive autorise les Etats membres à exempter totalement ou partiellement certains risques de l'application des limites susmentionnées. Cette exemption concerne en particulier les risques sur les administrations centrales et les banques centrales, les risques garantis par le nantissement de fonds déposés auprès de l'établissement prêteur ou de certains titres de premier ordre, les risques d'une durée inférieure ou égale à un an sur des établissements de crédit, les crédits lombards et les prêts garantis par un gage immobilier sur des immeubles d'habitation.

Les Etats membres sont en outre autorisés à attribuer une pondération de 20% aux risques sur les administrations régionales et locales des Etats membres et aux risques d'une durée supérieure à un an mais inférieure à trois ans sur des établissements de crédit. La directive prévoit enfin que le respect des obligations en matière de répartition des risques doit être surveillé sur une base consolidée lorsque l'établissement bancaire fait partie d'un groupe.

1.3 Motifs de la révision

Les raisons suivantes ont conduit à la révision des dispositions suisses en matière de répartition des risques: 1. la nécessité de créer des dispositions sur la répartition des risques pour les négociants en valeurs mobilières, 2. les défauts de l'ancien système de répartition des risques, 3. l'adaptation des dispositions sur la répartition des risques aux nouvelles dispositions en matière de fonds propres et 4. l'adaptation des dispositions sur la répartition des risques aux développements internationaux.

1.3.1 Crédit de dispositions sur la répartition des risques pour les négociants en valeurs mobilières

La loi fédérale sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières du 24 mars 1995 (Loi sur les bourses, LBVM, FF 1995 II 400) entrera probablement en vigueur en 1997. L'art. 13 LBVM (répartition des risques) retient que le négociant doit répartir les risques de façon appropriée. L'alinéa 2 de cette disposition transfère au Conseil fédéral la compétence de fixer les limites de ces risques et le mon-

tant des fonds propres supplémentaires nécessaire à leur couverture.

Le principe «mêmes affaires, mêmes risques, mêmes règles» et l'égalité de traitement et de concurrence entre les banques et les négociants en valeurs mobilières font que les banques et les négociants en valeurs mobilières devraient respecter en principe les mêmes dispositions sur la répartition des risques sans égard au fait qu'ils sont soumis à la loi sur les banques ou à la loi sur les bourses.

La nécessité d'une harmonisation est suscitée également par le fait que les banques sont soumises à la loi sur les bourses pour ce qui concerne leur négoce de valeurs mobilières et qu'elles ne sauraient respecter simultanément des règles divergentes. A l'inverse, la seule activité de négociant ne saurait être soumise dans une phase transitoire aux règles de répartition des risques des banques qui doivent de toute manière être modifiées. Le projet d'ordonnance sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières prévoit que les dispositions de l'ordonnance sur les banques en matière de répartition des risques (art. 21 ss) s'appliquent également aux négociants en valeurs mobilières.

1.3.2 Défauts de l'ancien système de répartition des risques

Dans leur teneur précédente, les art. 21 et 22 OB dataient du 17 mai 1972, jour de l'adoption de la première version de l'ordonnance sur les banques. Ils ont été introduits en raison de l'adoption, le 11 mars 1971, des art. 4bis et 4ter LB sur la répartition des risques et les crédits aux organes.

Très rapidement, la nouvelle réglementation de l'époque a constraint la Commission des banques à édicter des circulaires relatives à son interprétation, à savoir la circulaire 72/2 Répartition des risques, la circulaire 74/1 Positions en devises étrangères, la circulaire 83/1 Annonce des gros risques des groupes bancaires et la circulaire 88/1 Plafonds de répartition des risques pour les avances des banques en mains étrangères à d'autres banques du groupe. De plus, les dispositions sur la répartition des risques ont donné lieu, compte tenu des nombreux problèmes qui se posaient, à une abon-

dante jurisprudence de la Commission des banques. Enfin, afin de mieux prendre en compte les nouveaux instruments financiers dans leurs particularités, la Commission des banques a encore édicté les circulaires 91/2 Options et «Financial futures» et 92/3 Gros risques inhérents aux opérations à terme et aux instruments dérivés. Avec le temps, il est devenu de plus en plus difficile pour les administrés d'avoir une vue d'ensemble complète des règles applicables en matière de répartition des risques. Cette situation a créé, d'une part, une grande incertitude sur l'état du droit et, d'autre part, un risque accru de non respect du principe de l'égalité de traitement.

Par ailleurs, l'ancienne réglementation en matière de répartition des risques ne tenait qu'imparfaitement compte de l'évolution récente des opérations bancaires. Elle ne permettait ainsi pas de prendre en considération de manière adéquate du point de vue du risque un certain nombre d'activités bancaires, notamment les contrats à terme et les options.

En outre, la solvabilité de la contrepartie (cataloguée de manière abstraite) n'était que très partiellement prise en compte dans la mesure où seules les collectivités suisses de droit public et les banques bénéficiaient d'un plafond particulier (160%, 100% et 50% au lieu de 20% des fonds propres). De plus, il était fait presque totalement abstraction de la solvabilité du tiers qui est à l'origine de la garantie. Les engagements couverts par un portefeuille diversifié de titres étaient ainsi, par exemple, soumis au même plafond que les engagements garantis par l'administration centrale d'un pays autre que la Suisse alors que le risque de crédit n'est pas le même dans les deux cas.

1.3.3 **Adaptation aux nouvelles dispositions en matière de fonds propres**

Le 1er février 1995, de nouvelles dispositions en matière de fonds propres (art. 11 à 14) sont entrées en vigueur (cf. Bulletin CFB 27). Outre une nouvelle définition des fonds propres pris en compte, elles prévoient entre autres modifications un changement complet du système de calcul des exigences en matière de fonds propres. Les positions individuelles sont maintenant pondérées en fonction du ris-

que relatif de leur contrepartie et ensuite multipliées par un taux de couverture uniforme (art. 12). Le même facteur de pondération en fonction du risque est appliqué à une contrepartie déterminée, que le risque de crédit découle d'une relation de crédit conventionnelle ou d'une opération sur produits dérivés. Avant de pondérer les opérations hors bilan par le facteur de pondération applicable à chaque contrepartie, il faut d'abord établir leur équivalent-crédit (art. 12c) qui exprime le montant soumis au risque de crédit. En ce qui concerne les valeurs mobilières, on prend en compte le risque inhérent à l'émetteur, c'est-à-dire le risque que l'émetteur du titre devienne insolvable et que son titre perde sa valeur (art. 12h).

Afin de faciliter le travail des banques, notamment en ce qui concerne l'enregistrement et le suivi des positions susceptibles de constituer un gros risque, il semble judicieux de se fonder sur le système de prise en compte des positions individuelles en matière de fonds propres. Dans ces conditions, le changement de système intervenu pour la couverture en fonds propres appelle un changement de système en matière de répartition des risques. Une transaction pourra ainsi être enregistrée en une seule opération aux fins de couverture en fonds propres et de répartition des risques.

1.3.4 Adaptation aux développements internationaux

Les propositions du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire (cf. ch. 1.2.1 ci-avant) sont difficilement conciliables avec l'ancienne réglementation suisse de répartition des risques, ce qui constitue une raison supplémentaire de procéder à une révision complète de cette dernière.

L'Union Européenne a adopté le 21 décembre 1992 la directive 92/121/CEE relative à la surveillance et au contrôle des grands risques des établissements de crédit. Cette directive (cf. ch. 1.2.2 ci-avant) devait être transposée en droit national jusqu'au 1er janvier 1994.

La réglementation prévue par cette directive européenne a – malgré sa promulgation après les propositions du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire – largement servi de fondement aux recommandations du Comité de Bâle qui s'y réfère ainsi à plusieurs reprises

expressément. Il semblait donc judicieux d'en reprendre les idées force dans la nouvelle réglementation suisse de répartition des risques.

1.4 Historique de la modification de l'ordonnance

En juin 1993, un groupe de travail mixte, présidé par la Commission des banques, a été créé et a reçu pour mandat d'établir des dispositions communes sur les fonds propres et la répartition des risques pour les banques et les négociants en valeurs mobilières. Des représentants de différents groupes de banques, des négociants en valeurs mobilières, de la Chambre fiduciaire, de l'Association suisse des banquiers ainsi que de la Banque nationale suisse et du secrétariat de la Commission des banques font partie de ce groupe de travail.

La révision devrait être effectuée en trois étapes. Au cours de la première étape, qui a été achevée en été/automne 1994, les exigences en fonds propres pour les risques de crédit ont été adaptées à la méthode indirecte de calcul et les corrections nécessaires de certains taux de couverture ont été effectuées. Ces dispositions sont entrées en vigueur le 1er février 1995.

La deuxième étape a amené le groupe de travail à réviser les anciennes dispositions en matière de répartition des risques de crédit. Les nouvelles dispositions sont entrées en vigueur le 1er janvier 1996.

Au cours de la troisième étape enfin, qui a débutée en septembre 1995, il est prévu de reprendre dans le droit suisse, d'ici fin 1997 au plus tard, les recommandations du Comité de Bâle de janvier 1996 relatives à la couverture en fonds propres des risques de marché.

1.5 Buts de la révision

L'objectif principal de la révision résidait dans l'adoption aussi large que possible du système retenu par la recommandation du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire de janvier 1991 concernant la mesure et le contrôle des grands risques de crédit et par la directive européenne 92/121/CEE du 21 décembre 1992 relative à la sur-

veillance et au contrôle des grands risques des établissements de crédit. La nouvelle réglementation devait également suivre autant que possible la réglementation en matière de couverture en fonds propres des risques de crédit et ne s'en écarter que pour des raisons majeures.

Les défauts des anciennes prescriptions et les désavantages concurrentiels qu'ils provoquaient pour les banques opérant au niveau international devaient être éliminés par ce biais. Simultanément devait avoir lieu un changement de système de la méthode directe de limitation à la méthode indirecte déjà retenue en matière de couverture en fonds propres. La méthode indirecte de calcul a essentiellement l'avantage, pour la répartition des risques comme pour la couverture en fonds propres, de permettre une prise en compte plus conséquente de la solvabilité de la contrepartie lors de la détermination du risque de crédit. En principe, la même pondération en fonction du risque est applicable à une contrepartie quel que soit le genre de transaction concerné, notamment dans le domaine des opérations hors bilan.

1.6 Traits essentiels de la révision

En premier lieu, la révision introduit **trois plafonds**, à savoir l'un de 10 % des fonds propres disponibles pour la notification des gros risques (art. 21), l'autre de 25 % des fonds propres disponibles qui constitue la limite supérieure qu'un gros risque ne devra pas franchir (art. 21a), et le troisième de 800 % des fonds propres disponibles que la somme de tous les gros risques ne pourra pas dépasser (art. 21b).

Les nouvelles dispositions prévoient des exceptions aux limites supérieures, en particulier pour les groupes de sociétés. De telles exceptions sont octroyées en partie de manière automatique, en partie sur requête de la banque, notamment lorsque la banque fait partie d'un groupe bancaire ou financier qui est soumis à une surveillance consolidée adéquate (cf. art. 21a al. 2 et art. 22 al. 2 let. b, et ch. 2.1.3 ci-après).

L'un des aspects principaux de la révision est constitué par l'introduction de la **méthode indirecte de limitation des risques**, la

position risque n'étant pas dans son intégralité soumise à une limite directe mais pondérée au préalable en fonction du risque qu'elle comporte. Chaque contrepartie constitue une seule position risque comprenant les créances pondérées, les opérations hors bilan converties en leur équivalent-crédit et pondérées ainsi que les positions nettes longues en valeurs mobilières contractées sur cette contrepartie (art. 21d). Ce sont en règle générale les facteurs de pondération prévus en matière de fonds propres qui sont applicables pour la répartition des risques (art. 21e). Les méthodes de calcul autorisées pour la couverture en fonds propres sont en principe déterminantes aussi pour la répartition des risques. Il en va en particulier ainsi pour la détermination de l'équivalent-crédit des opérations hors bilan (art. 21f à 21h), pour le traitement des prêts de consommation et des opérations de mise et de prise en pension (art. 21i) ainsi que pour le calcul des positions nettes longues des titres de créance et de participation (art. 21k).

La nouvelle réglementation se limite dans l'ensemble aux gros **risques de crédit**. Le cas échéant, elle devra être complétée ultérieurement en ce qui concerne les risques de marché.

Enfin, la nouvelle réglementation prévoit expressément l'application des nouvelles dispositions tant individuellement que **sur base consolidée** lorsqu'une banque est tenue de remplir les exigences en matière de fonds propres sur base consolidée (art. 21m).

Les nouvelles dispositions précisent en outre de manière détaillée ce qu'il faut entendre par «groupe de contreparties liées» (art. 21c).

2

Partie spéciale: Commentaire des nouvelles dispositions

A l'instar des anciennes prescriptions en matière de répartition des risques, les nouvelles dispositions traitent principalement des risques de crédit. Elles prévoient la limitation des gros risques (art. 21a et 21b), définissent ce qu'il faut entendre par groupe de contreparties liées (art. 21c), fixent la manière d'établir une position risque (art. 21d à 21k) et règlent le respect des dispositions sur base consolidée (art. 21m). Enfin, les nouvelles dispositions obligent les

banques à limiter de manière appropriée leurs risques de marché (art. 21l).

2.1 Limitation des gros risques

La limitation des gros risques a lieu de trois manières différentes. Il y a dans un premier temps une limite de 10% des fonds propres disponibles qui, lorsqu'elle est atteinte ou dépassée, fait d'une position risque un gros risque. Bien qu'autorisé en principe, celui-ci doit être communiqué à l'organe de révision (art. 21). L'ordonnance prévoit ensuite une limite de 25% des fonds propres disponibles qu'un gros risque ne doit pas dépasser, à moins que l'on ne soit en présence d'une des exceptions prévues (art. 21a). Enfin, les nouvelles dispositions introduisent une limite maximale de 800% des fonds propres disponibles que la somme des gros risques contractés par une banque ne doit pas dépasser (art. 21b).

2.1.1 Annonce des gros risques

Aux termes du nouvel art. 21 al. 1, une position risque (cf. ch. 2.3 ci-après) constitue un **gros risque** lorsqu'elle atteint ou dépasse 10% des fonds propres disponibles de la banque. Les fonds propres déterminants à cet effet sont ceux des art. 11 à 11c, à savoir la somme des fonds propres de base (art. 11a) et des fonds propres complémentaires (art. 11b) diminuée des déductions au sens de l'art. 11c.

Une banque est **en principe autorisée à contracter des gros risques individuels** pouvant atteindre la limite maximale de 25% des fonds propres disponibles. A l'instar de tous les dossiers de clients, les engagements qui constituent des gros risques doivent également être établis en bonne et due forme, notamment en ce qui concerne les actes de crédit, le déroulement et la surveillance (cf. art. 9 al. 3). En présence de gros risques, on ne saurait à fortiori tolérer que la solvabilité du débiteur ne soit clarifiée et documentée que superficiellement.

La surveillance des gros risques doit avoir lieu **en permanence** afin que chaque banque connaisse en tout temps sa situation du

point de vue du risque et puisse prévenir tout dépassement non autorisé. La direction de la banque est par ailleurs tenue d'établir un **relevé trimestriel** de tous les gros risques qu'elle a contractés. Les échéances déterminantes pour l'établissement de ce relevé sont laissées à la libre appréciation de chaque banque mais, une fois choisies, elles devront en principe être maintenues. Le relevé doit contenir tous les gros risques existant aux échéances choisies. Les gros risques qui auront été abaissés sous la limite de 10% avant lesdites échéances ne devront pas figurer sur ce relevé. Cette règle ne doit cependant pas servir à réduire des gros risques existants peu avant l'échéance pour les augmenter à nouveau immédiatement après. Cela constituerait un abus de droit.

Le calcul et l'annonce des gros risques se réfèrent toujours au dernier état des fonds propres établi selon l'art. 13b al. 1 dont l'échéance ne doit pas forcément correspondre à celle de l'art. 21 al. 2. Si la banque a procédé à une augmentation de capital peu avant l'échéance de répartition des risques mais après l'établissement de son dernier état des fonds propres, elle aura tout loisir d'établir un nouvel état des fonds propres afin de tirer un bénéfice immédiat de l'augmentation pour ses gros risques. A l'inverse, on doit alors exiger également d'une banque dont les fonds propres diminuent pour une raison quelconque, qu'elle tienne compte pour la répartition des risques, établisse un nouvel état des fonds propres et, le cas échéant, annonce des gros risques supplémentaires. Si elle ne le fait pas, son comportement devrait être qualifié d'abusif.

Le relevé trimestriel doit être remis à l'**organe préposé à la haute direction, à la surveillance et au contrôle de la banque** (à savoir le conseil d'administration pour la majorité des banques). La communication au conseil d'administration remplace la règle de répartition interne des compétences de l'art. 21 al. 1 aOB qui prévoyait que la décision de contracter un gros risque devait obligatoirement être prise par le conseil d'administration. La modification renonce ainsi à l'ancienne intervention, sujette à caution, de l'autorité dans le règlement des compétences internes de la banque qui a, dans la pratique, parfois pu amener l'organe préposé à la haute direction, à la surveillance et au contrôle à prendre des décisions d'approbation purement formelles (cf. à ce sujet la critique dans Bodmer/Kleiner/Lutz, Kommentar zum schweizerischen Bankengesetz, Zurich

1994, n. 17 ad art. 3-3quater LB). La conclusion de gros risques au sens de l'art. 21 al. 1 doit être spécialement réglée et contrôlée par l'organe préposé à la haute direction, à la surveillance et au contrôle. La décision relative à chaque affaire individuelle peut par contre être déléguée à un organe subordonné (comité ou direction). Cette réglementation prend par ailleurs en compte le fait que la nouvelle limite de 10% est inférieure au plafond d'annonce antérieur et que ces gros risques sont en principe autorisés tant qu'ils n'atteignent pas la nouvelle limite maximale. L'octroi de crédits individuels est en outre une activité opérationnelle et, à ce titre, réservée à la direction.

Compte tenu des nouvelles dispositions, la compétence de contracter des gros risques n'appartient plus automatiquement au conseil d'administration. De nombreux règlements devront être adaptés à cette nouvelle situation. Cette modification devra respecter la voie ordinaire d'approbation. Cette exigence est conforme au système et pourra être respectée sans grands efforts si l'adaptation a lieu en même temps que d'autres modifications du règlement.

L'obligation fondamentale de l'organe préposé à la haute direction, à la surveillance et au contrôle de surveiller l'évolution des gros risques contractés ne peut par contre pas être déléguée. Afin de lui permettre de respecter cette obligation, la nouvelle disposition prévoit qu'un relevé devra être remis au conseil d'administration chaque trimestre (art. 21 al. 2). La question de savoir sous quelle forme cette communication devra avoir lieu est laissée à l'appréciation de chaque établissement bancaire pour autant que les indications de l'annonce à l'organe de révision y soient au minimum contenues. On peut néanmoins supposer que ce relevé trimestriel sera en règle générale porté à l'ordre du jour et présenté à la séance du conseil d'administration qui suivra son établissement.

Le relevé trimestriel constitue en outre la base de l'**annonce à l'organe de révision** qui devra avoir lieu dans un délai d'un mois après les échéances trimestrielles choisies. La Commission des banques établit un **formulaire** à cet effet (annexe B). Ce formulaire n'est en revanche pas obligatoire pour la surveillance interne à la banque et la présentation au conseil d'administration (art. 21 al. 2).

Les nouvelles dispositions de répartition des risques impliquent également un changement de système dans la mesure où l'organe

de révision recevra régulièrement, de toutes les banques qu'elle révise, des annonces de gros risques qui n'ont pas encore franchi la limite autorisée.

La justification de cette règle réside dans le partage traditionnel des tâches du **système de surveillance indirecte** des établissements bancaires en Suisse. Le travail qui implique un contact direct et régulier avec la banque est habituellement assigné à l'organe de révision externe de la banque. La CFB fonctionne par contre comme instance supérieure de surveillance. Une annonce, à la Commission des banques, des gros risques admissibles en principe constituerait une rupture avec ce système éprouvé de la division du travail.

Le choix de l'organe de révision comme destinataire des annonces se justifie également par le fait que la Commission des banques aurait été surchargée par le nombre d'annonces de routine devant être examinées sans exception (environ 1700 par an provenant trimestriellement de 430 banques, sans compter les annonces consolidées). En outre, la responsabilité de réagir éventuellement aux annonces concernant la répartition des risques doit échoir à l'organe de révision, habituellement mieux familiarisé avec les affaires de la banque qu'il révise en raison des relations qu'il entretient avec elle. Une annonce trimestrielle des gros risques à l'organe de révision liée au mandat légal d'apprecier le développement de ces risques apporte par ailleurs une meilleure implication de l'organe de révision dans la surveillance des crédits.

L'organe de révision n'aura certes pas un rôle facile lorsqu'il devra décider s'il veut exiger une information complémentaire de la banque à propos d'un gros risque ou si une position risque doit faire l'objet d'une irrégularité, étant précisé qu'il s'agit de gros risques qui sont en principe admissibles quant à leur montant. Les nouvelles dispositions demandent à l'organe de révision de surveiller le contrôle interne des gros risques et d'en apprécier le développement. Les annonces trimestrielles représenteront à cet égard une source d'information relative à la banque en général (état des risques, conclusions sur l'organisation interne et la garantie d'une activité irréprochable des organes). Elles permettront aussi d'évaluer en temps réel l'état des risques de la banque. En cas de besoin, l'organe de révi-

sion devra informer la CFB sans délai si son intervention semble nécessaire.

La Commission des banques n'est informée par la banque ou son organe de révision au sujet de ces «gros risques autorisés» que dans certains cas particuliers. Elle a cependant la faculté de réclamer en tout temps et sans justification le dernier relevé complet ou une série d'anciens relevés d'une ou de plusieurs banques désignées selon des critères déterminés (par ex. catégorie de banques, somme du bilan, etc.) ou choisies au hasard. Elle peut également demander à des banques déterminées de lui faire parvenir leurs relevés des gros risques pendant une période plus longue afin d'assurer une surveillance plus étroite. La CFB reçoit enfin avec le rapport de révision de chaque banque un exemplaire du dernier formulaire d'annonce établi lors de l'établissement du rapport (cf. Circ.-CFB «Rapport de révision: Forme et contenu», n. 29 et 42¹).

Bien que les gros risques dont la CFB prend ainsi connaissance n'appellent en principe aucune réaction de sa part, elle peut être amenée à intervenir compte tenu de ses connaissances particulières relatives à la solvabilité d'un gros débiteur d'une banque, ne serait-ce que pour éviter de se voir reprocher son inactivité par la suite. En présence de gros risques importants disproportionnés par rapport à l'organisation de la banque, la CFB peut également si cela s'avère nécessaire, faire usage de ses compétences et imposer à la banque une limite maximale inférieure à 25% des fonds propres disponibles (art. 22 al. 2 let. a, cf. ch. 2.6 ci-après).

Il convient de relever que la première annonce d'un gros risque à l'organe de révision doit être complétée par une «composition de la position risque selon la présentation interne à la banque». L'organe de révision reçoit ainsi sans effort supplémentaire de la banque des informations qui l'aideront à limiter le nombre de questions complémentaires à poser à celle-ci. Les annonces trimestrielles, volontairement succinctes, ne seraient pas assez explicites sans ces informations complémentaires.

¹ En juin 1996, cette circulaire n'avait pas encore été adoptée définitivement. Les notes marginales citées correspondent au projet disponible à cette date.

Les annonces trimestrielles à l'organe de révision sont indépendantes de la **liste des dix plus importants débiteurs** qui doit être jointe à l'information préalable (cf. Circ.-CFB «Information préalable» n. 8–11¹). L'annonce trimestrielle concerne tous les gros risques au sens de l'art. 21 al. 1 contractés par la banque. La liste des dix plus importants débiteurs par contre ne contient ni les banques (ni les brokers), ni les collectivités de droit public des pays de l'OCDE, ni les crédits lombards qui remplissent par analogie les exigences de l'art. 12a al. 1 ch. 4.3, respectent des normes conservatrices d'avance et ne sont pas des crédits aux organes. En outre, cette liste contient les dix positions de crédit qui dépassent un certain montant minimal même lorsqu'elles ne constituent pas des gros risques. Enfin, cette liste est fondée sur le montant nominal des créances et non sur des positions pondérées en fonction des contreparties.

2.1.2 **Limites maximales applicables aux gros risques individuels (art. 21a)**

2.1.2.1 **Principe (art. 21a al. 1)**

L'art. 21a al. 1 prévoit qu'une banque ne peut, en règle générale, assumer de position risque supérieure à une limite maximale de 25 % de ses fonds propres disponibles. En d'autres termes, cela signifie que toute position risque supérieure à 25 % des fonds propres de la banque est formellement interdite, à moins que la banque ne soit au bénéfice d'une des exceptions prévues par les art. 21a al. 4 et 5 et art. 22 al. 2 let. c (cf. ch. 2.1.2.4 ci-après). La nouvelle réglementation est ainsi moins perméable que les anciens plafonds d'annonce. Elle est également en meilleure harmonie avec le texte de l'art. 4bis al. 2 de la loi qui exige que l'ordonnance fixe la proportion appropriée entre les engagements et les fonds propres.

¹ En juin 1996, cette circulaire se trouvait seulement en procédure de consultation.
Les notes marginales citées correspondent au projet envoyé en consultation.

2.1.2.2 Affaires avec les organes (art. 21 al. 3)

Lorsqu'un établissement bancaire prend des risques sur **ses propres organes ou participants qualifiés**, une prudence particulière s'impose. Lorsque l'influence exercée par les personnes détenant directement ou indirectement un pouvoir de décision dans une banque est susceptible de se faire au détriment d'une gestion saine et prudente de l'établissement, l'autorité de surveillance prend les mesures appropriées en vue de mettre fin à cette situation (cf. en particulier l'art. 3 al. 2 let. c et cbis LB). Dans le domaine de la répartition des risques, il se justifie ainsi de prévoir des normes spécifiques à l'égard des risques pris par la banque sur ses organes et ses participants qualifiés.

L'art. 4 al. 2 de la directive européenne 92/121/CEE prévoit pour les opérations conclues avec des sociétés proches (entreprise mère, filiale de l'entreprise mère ou filiale de la banque) une limite maximale moins élevée de 20% des fonds propres. Les Etats membres peuvent toutefois ne pas assujettir de tels crédits aux organes à la limite de 20 % s'ils prévoient un contrôle particulier des risques en question par d'autres mesures ou procédures.

C'est dans ce sens que la réglementation suisse renonce à une limite particulière pour les affaires avec les organes, d'autant plus que la limite de 20 % des fonds propres n'est qu'imperceptiblement plus basse et ne ferait que compliquer inutilement les règles de répartition des risques. Les gros risques contractés sur les membres des organes et les participants qualifiés de la banque ou les personnes ou sociétés qui leur sont proches doivent cependant être **signalés en tant que «affaires avec les organes» dans le relevé trimestriel**. L'attention particulière de la banque et de l'organe de révision qui est obtenue ainsi suffit afin de respecter le mandat légal contenu à l'art. 4ter al. 1 LB qui prévoit que la banque ne peut accorder des crédits aux membres de ses organes, aux principaux actionnaires ainsi qu'aux personnes et sociétés qui leur sont proches qu'en vertu de principes généralement reconnus dans la branche.

La description des «affaires avec les organes» à l'art. 21 al. 3 s'appuie étroitement sur celle de l'art. 4ter LB. Elle prend cependant en compte le fait que le terme de «principal actionnaire» qui y est utilisé a été remplacé par la dénomination plus précise de «partici-

pant qualifié» introduite lors des révisions législatives des 18 mars 1994 (art. 3 al. 2 let. cbis et art. 3bis al. 3) et 16 décembre 1994 (art. 3bis al. 1 let. a et art. 3ter al. 2 et 3).

La **notion de «personne ou société proche»** n'a intentionnellement pas fait l'objet d'une description plus détaillée afin de ne pas limiter le champ d'application de l'art. 4ter LB et de prendre en compte les multiples aspects de la vie économique. Il faut y comprendre notamment les participations qualifiées (au sens de l'art. 3 al. 2 let. cbis LB) et les obligations d'assistance de fait (cf. art. 13a al. 1). De même, l'exercice d'une influence dominante d'une autre manière peut avoir pour effet qu'un crédit à une contrepartie devient une affaire d'organes. Ce qui sera déterminant, c'est la position de l'organe dans la banque elle-même ainsi que sa position dans la «société proche». Un membre d'un conseil d'administration qui partage son influence avec une douzaine d'autres membres ne devra dans ce contexte pas recevoir le même traitement que le président d'un conseil d'administration de trois personnes. De même, un organe qui est seulement membre du conseil d'administration d'une société ne devra pas être traité comme un organe qui a pris la direction d'une société ou qui est l'actionnaire majoritaire d'une société. Pour le surplus, on peut renvoyer à la pratique établie en relation avec l'art. 4ter LB.

2.1.2.3 **Dépassement non autorisé de la limite maximale (art. 21a al. 1 et al. 3)**

La limite maximale prévue par l'art. 21a doit être respectée en permanence. Cette règle est valable pour la limite ordinaire de 25% des fonds propres (art. 21a al. 1) ainsi que pour les limites maximales plus sévères fixées par la CFB dans des cas particuliers (art. 22 al. 2 let. a).

Lorsqu'une banque constate qu'une position risque dépasse les limites maximales, elle doit en informer immédiatement son organe de révision et la CFB (art. 21a al. 3). De plus, et bien que l'ordonnance ne le dise pas expressément, elle doit s'employer à **résorber dans les plus brefs délais le dépassement** en cause. Il s'agit là de la conséquence logique de l'obligation de respecter en permanence

les limites maximales fixées. Un nouveau calcul de la position risque prenant en compte les correctifs de valeurs et provisions spécifiques (art. 21d al. 5) et l'augmentation immédiate des fonds propres disponibles est réservé. La couverture du dépassement par des fonds propres librement disponibles, mentionnée à l'art. 21a al. 5 (cf. ch. 2.1.2.4 ci-après), se distingue par contre fondamentalement du dépassement non autorisé par le fait qu'elle est justement autorisée et ne doit pas être annoncée immédiatement puisque, de par sa nature, il ne s'agit pas d'un dépassement non autorisé.

Contrairement à la pratique antérieure – lorsque la banque pouvait faire état de raisons particulières telles que la couverture par des créances compensables – l'information immédiate de la CFB n'a pas pour but de permettre à celle-ci d'autoriser, le cas échéant, le dépassement. Le nouveau système des pondérations prend déjà pleinement en compte ces «raisons particulières». L'information est destinée à présent essentiellement à rendre l'autorité de surveillance attentive à d'éventuels problèmes d'organisation interne pouvant exister au sein de la banque concernée et à ordonner les mesures nécessaires afin de remédier au dépassement de la limite maximale. Une banque bénéficiant d'une organisation interne adéquate en matière de gestion des gros risques ne devrait en effet jamais se voir confrontée au dépassement des limites maximales applicables. Cela est d'autant plus vrai que la surveillance interne à la banque relative à une position donnée interviendra en pratique régulièrement par le biais de la «limite utilisable sans nouvelle décision de crédit» (art. 21d al. 3).

2.1.2.4 Dépassement autorisé de la limite maximale (art. 21a al. 4 et 5, art. 22 al. 2 let. c)

Les nouvelles dispositions prévoient que dans certains cas particuliers le dépassement de la limite maximale est autorisé:

- a) Lorsqu'un dépassement de limite est **intégralement couvert par des fonds propres librement disponibles**, on peut considérer que le risque supplémentaire est éliminé. Dans ces conditions, rien ne saurait empêcher une banque de prendre des gros risques puisqu'elle dispose des fonds propres librement disponibles à cet effet sans pour autant mettre particulièrement en péril la couverture

en fonds propres de ses autres activités. La règle de l'art. 21a al. 5 est formulée de manière analogue à celle édictée à l'art. 14a let. c qui prévoit que les participations qualifiées dans des entreprises dont l'activité se situe hors du secteur financier ou des assurances (art. 4 al. 2bis LB) qui dépassent 15 % des fonds propres disponibles de la banque sont autorisées lorsqu'elles sont couvertes par des fonds propres librement disponibles. Mais les fonds propres utilisés aux fins de couvertures de gros risques excessifs ne sont alors plus disponibles pour d'autres buts. Ils ne peuvent en particulier plus être utilisés pour la couverture en fonds propres d'affaires supplémentaires. Leur prise en compte pour un dépassement de la limite maximale de répartition des risques doit être mentionnée de manière appropriée au ch. 11.6 de l'état des fonds propres (art. 21a al. 5). La faculté d'immobiliser des fonds propres librement disponibles à des fins de répartition des risques est formulée de manière très large. Elle ne saurait cependant dégénérer de telle manière que l'ensemble des fonds propres libres soit utilisé en faveur d'une seule position risque.

b) Il peut par ailleurs arriver qu'une banque soit amenée à contracter un gros risque non autorisé dont elle connaît d'emblée la **durée, extrêmement limitée dans le temps**, et l'ampleur. Dans un tel cas, la CFB a la possibilité, si elle le juge admissible au vu des justifications présentées par la banque et de la détermination de l'organe de révision, d'autoriser la banque à dépasser pour un temps très court la limite maximale (art. 22 al. 2 let. c). Ainsi que cela ressort du texte de la disposition, l'autorisation de la CFB doit être obtenue avant de contracter le dépassement. Dans le cas contraire, on est en présence d'un dépassement non autorisé de la limite maximale qui doit être immédiatement annoncé et résorbé (art. 21a al. 3).

c) L'ordonnance règle enfin le cas où un gros risque dépasse la limite maximale uniquement en raison de la **réunion de deux personnes** morales (ou d'une personne physique avec une personne morale) jusqu'alors indépendantes, que cette réunion se produise du côté de la banque ou du côté de son client (art. 21a al. 4). Un tel gros risque, conséquence de la réunion inattendue de deux contreparties en un groupe de contreparties liées (cf. ch. 2.2 ci-après) ou de l'acquisition de nouvelles créances envers un client en raison de la restructuration de la banque (en règle générale lors d'une fusion

avec une autre entreprise du secteur financier ou une banque) doit en principe être réduit à la limite maximale dans un délai maximal de deux ans. Dans des cas particuliers, la CFB réduira ou prolongera ce délai (art. 22 al. 2 let. d).

2.1.3 Groupe bancaire ou financier

(art. 21 al. 4, art. 21a al. 2 et art. 22 al. 2 let. b)

Lorsque la banque appartient à un groupe bancaire ou financier soumis à une **surveillance consolidée considérée comme appropriée**, il se justifie de lui accorder un **traitement prudentiel particulier pour les sociétés du groupe**. Afin de garantir une unité terminologique et une équivalence matérielle des notions entre les dispositions en matière de fonds propres et celles sur la répartition des risques, les mêmes termes ont été utilisés. C'est par conséquent la définition du groupe contenue à l'art. 13a qui est déterminante. On a ainsi affaire à un groupe lorsque la banque forme une **unité économique** avec une ou plusieurs entreprises actives dans le domaine financier ou sociétés immobilières, ou qu'il y a lieu de supposer, en raison d'autres circonstances, qu'elle est de droit ou de fait tenue d'apporter son soutien à une telle entreprise. Tel sera en principe toujours le cas lorsque la banque exerce une **domination directe ou indirecte** sur une société (cf. art. 13a al. 2) mais comprend également l'**obligation d'assistance de fait** sans relation de participation ou de domination entre la banque tenue de consolider et d'autres sociétés du groupe. Cette définition comprend aussi bien les groupes dépendant d'une maison mère que ceux chapeautés par une société holding, les conglomérats ainsi que les banques et sociétés financières dominées par une même personne physique. Appliqué aux termes utilisés en matière d'établissement des comptes (cf. DEC-CFB chap. VIII), cela signifie qu'un groupe peut comprendre des sociétés qui se trouvent directement ou indirectement sous la direction centrale de la banque qui constitue la société mère ainsi que des sociétés liées qui sont rassemblées sous la direction centrale d'une société située au-dessus de la banque dans la structure du groupe.

L'ordonnance ne libère pas les groupes bancaires de l'obligation de respecter les dispositions de répartition des risques sur une

base individuelle dès lors que la banque concernée et ses créanciers constituent toujours l'objet principal de protection de la législation bancaire et que la surveillance consolidée du groupe n'a qu'un caractère complémentaire. Mais il ne serait pas admissible de limiter les opérations au sein d'un groupe bancaire par l'application des limites normales de répartition des risques. Une telle application serait en effet très sévère puisque les sociétés du groupe sont liées entre elles (art. 21c; cf. ch. 2.2.2 ci-après) et représentent donc toujours un seul gros risque du point de vue de la banque surveillée. Une limite absolue de 25 % rendrait en particulier impossible l'administration centrale de la trésorerie et de la gestion des risques du groupe.

Les nouvelles dispositions prévoient l'annonce de la position risque des sociétés du groupe cumulée avec une **mention particulière sur le formulaire d'annonce en tant que «affaires du groupe»** (art. 21 al. 4). Les sociétés du groupe sont par contre largement **libérées des deux limites maximales** (25 % et 800 %). Mais une distinction qualitative importante est effectuée: seules les sociétés qui font partie d'un groupe bancaire ou financier soumis à une surveillance consolidée appropriée et incluses dans la consolidation des fonds propres et de la répartition des risques de ce groupe peuvent bénéficier de cet affranchissement.

Dans ce domaine, la nouvelle réglementation est beaucoup plus libérale que l'ancienne qui n'admettait un plafond privilégié que pour les engagements à court terme des banques étrangères pour lesquels le dépassement était couvert par des avoirs compensables (cf. Circ.-CFB 88/1 n. 4). Elle ne correspond pas non plus aux dernières tendances internationales qui considèrent les «intra group exposures» comme un risque particulier qui devrait recevoir un traitement prudentiel particulier. La nouvelle solution n'est donc pas sans écueils. Elle requiert par conséquent une surveillance particulièrement étroite de la part de l'organe de révision. Si elle ne devait pas faire ses preuves en pratique, il y aura lieu d'y revenir.

La libération du respect des limites maximales au sein du groupe est automatique (art. 21a al. 2) lorsque la société concernée est elle-même soumise individuellement à une surveillance appropriée (let. a) ou, dans l'hypothèse où la société concernée n'est pas elle-

même soumise à une surveillance appropriée sur base individuelle, lorsqu'elle n'a en qualité de contreparties que des sociétés du groupe qui sont soumises de leur côté individuellement à une surveillance appropriée (let. b). La libération automatique selon l'art. 21a al. 2 let. b sera notamment possible pour les «special purpose vehicle» (SPV) du groupe, créés afin de recevoir des fonds pour les sociétés du groupe, lorsque ces dernières sont soumises à une surveillance appropriée sur base individuelle, même lorsque la société SPV n'est pas soumise à une surveillance appropriée dans le pays d'accueil, soit parce qu'il s'agit d'une entité qui n'est pas soumise à une surveillance, soit parce que la surveillance du pays d'accueil n'est pas considérée comme appropriée.

Il appartient en premier lieu à la banque, en collaboration étroite avec son organe de révision bancaire, de juger s'il existe une **surveillance appropriée** ou non. La CFB tranchera en cas de doute et interviendra lorsqu'elle constatera qu'une banque a considéré à tort qu'une société du groupe est soumise à une surveillance appropriée. A priori, on peut admettre que les banques sises dans les pays du G-10¹ sont soumises à une surveillance appropriée. En s'inspirant des directives du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire relatives à une surveillance consolidée effective², on peut également admettre qu'on est en présence d'une surveillance appropriée lorsqu'il existe, entre autres, une autorisation obligatoire pour l'exercice d'une activité bancaire, un contrôle continu des conditions d'autorisation, des standards prudentiels relatifs aux fonds propres, à la répartition des risques, à la liquidité, à l'organisation et à la gestion ainsi qu'à la qualité des placements, une obligation de la banque d'adresser un rapport à l'autorité de surveillance et des dispositions en vue d'un dialogue périodique entre l'autorité de surveillance et la direction de la banque. Les sociétés d'un groupe qui ont leur siège en Suisse et sont soumises intégralement à la surveillance de la CFB remplissent sans autre formalité la condition de l'art. 21a al. 2 let. a.

¹ Allemagne, Belgique, Canada, Etats-Unis, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Luxembourg, Pays-Bas, Suède et Suisse.

² BS/96/9, The Supervision of Cross-Border Banking, April 1996, Annex B, Effective consolidated supervision, ch. 7; publication prévue dans le Bulletin CFB 31.

Lorsque la condition de la surveillance appropriée individuelle n'est pas remplie – par exemple en présence d'une société faîtière sous forme de holding non surveillé – la CFB peut, à la demande de la banque, accorder une exception dans des cas particuliers (art. 22 al. 2 let. b in fine). Cette faculté ne peut être accordée qu'à la condition que la société concernée, bien qu'elle ne soit pas surveillée directement par une autorité étatique, soit à tout le moins soumise en vertu de mesures internes au groupe à des règles d'une sévérité semblable à celles applicables aux banques sur une base individuelle ou qu'elle se soumette volontairement à certaines mesures étatiques de surveillance.

D'un autre côté la Commission des banques a la possibilité, dans des cas particuliers, de déclarer non applicable l'affranchissement automatique selon l'art. 21a al. 2 pour certaines ou pour la totalité des sociétés d'un groupe bancaire ou financier. Cela se justifie en particulier lorsqu'il existe des doutes quant à la qualité de la surveillance consolidée ou quant à la solvabilité de certaines sociétés du groupe. Dans un tel cas, une forte restriction, voire l'interdiction de positions risque de la banque surveillée en Suisse envers le groupe s'impose.

Cette exception est formulée de manière à permettre également aux banques de droit suisse filiales d'un groupe bancaire ou financier étranger d'obtenir d'être libérées de la limite maximale pour les créances envers leurs sociétés mères ou sœurs dans les mêmes conditions automatiquement ou sur demande. La nouvelle règle remplace aussi l'ancienne autorisation de dépasser les plafonds jusqu'à 300 % des fonds propres accordée par la Circulaire CFB 88/1 aux banques étrangères pour les créances contractées envers les autres banques du groupe.

2.1.4 **Limite maximale applicable à la somme des gros risques (art. 21b)**

Le **montant cumulé des gros risques** au sens de l'art. 21 al. 1 ne doit pas dépasser 800 % des fonds propres disponibles de la banque. Cette règle signifie en d'autres termes qu'une banque peut assu-

mer au maximum entre 32 et 80 gros risques en même temps, le nombre admissible de gros risques diminuant au fur et à mesure que les gros risques s'approchent de la limite maximale de 25%.

A l'instar de ce que prévoit également la réglementation européenne, les nouvelles dispositions prévoient que certaines positions ne doivent pas être intégrées dans la somme susmentionnée. Sans ces exceptions, la limite maximale de 800% défavoriserait de manière injustifiée les banques suisses en concurrence avec d'autres banques européennes et encore plus avec des établissements extérieurs à l'Europe qui ne sont pas soumis à une limite maximale semblable. Nonobstant l'absence de prise en compte pour la limite maximale globale, les positions concernées continuent cependant de constituer des gros risques soumis à la limite de 25% qui doivent être annoncés conformément à l'art. 21 al. 2.

a) Il s'agit en premier lieu de certaines créances envers des contreparties déterminées (art. 21b al. 2 let. a) qui bénéficient toutes d'une pondération en fonction du risque de 25% dans les dispositions sur les fonds propres (art. 12a al. 1), à savoir les créances sur la Banque des Règlements Internationaux (ch. 2.1) et les banques multilatérales de développement (ch. 2.2), les créances d'une durée résiduelle allant jusqu'à un an sur des banques qui ont leur siège principal dans un pays de l'OCDE (ch. 2.4), les créances sur les établissements créés en commun par les banques et reconnus par la CFB (ch. 2.6) et celles sur les bourses d'options ou de «financial futures» (ch. 2.7).

b) La nouvelle réglementation privilégie ensuite les créances sur les sociétés du groupe bancaire ou financier auquel appartient la banque (art. 21b al. 2 let. b), pour autant que ces sociétés soient comprises dans la consolidation des fonds propres et de la répartition des risques du groupe et que celui-ci soit soumis à une surveillance consolidée considérée comme appropriée. Le cercle des sociétés du groupe qui sont privilégiées est identique à celui des art. 21a al. 2 et 22 al. 2 let. b. La surveillance consolidée permet en effet de procéder à une surveillance efficace des gros risques contractés par le groupe en tant que tel envers des tiers de la même manière qu'elle exige la présence de fonds propres sur base consolidée (cf. ch. 2.1.3 ci-avant).

- c) Dans la mesure où une partie d'une position risque est intégralement couverte par des fonds propres librement disponibles (cf. art. 21a al. 5, et ch. 2.1.2.4 ci-avant), la banque n'a contracté aucun risque supplémentaire. Il est donc logique de ne pas prendre les quote-parts ainsi couvertes en considération pour la détermination de la somme des gros risques (art. 21b al. 2 let. c).
- d) Enfin, les souffles des positions risque qui, à la suite de l'application des dispositions d'exception susmentionnées (art. 21b al. 2 let. a–c), ne constituent plus un gros risque parce qu'elles sont égales ou inférieures à 10% des fonds propres, ne doivent pas être prises en compte pour le calcul de la somme des gros risques (art. 21b al. 2 let. d).
- e) L'exception de l'art. 21b al. 2 let. e a pour but d'exclure qu'une même créance soit comptée en partie ou totalement à double. En application de la réglementation sur les consortiums (cf. ch. 2.2.4 ci-après), un consortium constitue une position risque propre (art. 21c al. 1 let. c). Les consorts forment un «groupe de contreparties liées». Lorsque les positions risque qui doivent être prises en compte pour la limite maximale globale comprennent la position risque d'un consort et que la position risque de ce dernier comprend également une partie où l'intégralité de la créance envers le consortium (l'art. 21e al. 4 est déterminant), une créance est comptée à double. La nouvelle réglementation veut éviter cette double comptabilisation et renonce donc à prendre en compte la position risque du consortium.

Les art. 21a al. 3, 4 et 5 et 22 al. 2 let. a et c sont applicables par analogie à la réglementation sur la somme des gros risques (art. 21b al. 3). Ainsi, la CFB pourra, dans des cas particuliers, imposer à une banque une limite maximale plus sévère que celle de 800% des fonds propres disponibles (art. 22 al. 2 let. a). Par ailleurs, lorsqu'elle sera saisie d'une requête préalable, la CFB pourra autoriser un dépassement limité dans le temps de la limite maximale de 800% (art. 22 al. 2 let. c). Il est à noter que cette autorisation sera souvent accordée parallèlement à la possibilité, autorisée dans le cas concret, de dépasser la limite maximale de 25%. La limite maximale de 800% doit, à l'instar de la limite de 25%, être respectée en permanence et tout dépassement devra être annoncé immédiatement à l'organe de révision et à la CFB et résorbé (art. 21a al. 3).

Enfin, la banque pourra déroger à la limite de 800% à condition de couvrir intégralement le dépassement par des fonds propres librement disponibles (art. 21a al. 5).

2.2 Groupe de contreparties liées

2.2.1 Principes (art. 21c al. 1 et 3)

Du point de vue du risque, il se justifie de **considérer comme une seule entité** un groupe de personnes physiques ou morales liées entre elles. Ce principe était déjà contenu à l'art. 21 al. 5 aOB qui prévoyait que les sociétés juridiquement indépendantes et les personnes physiques qui, en raison de leurs liens, concentrent en leurs mains plus de 50% du capital sont considérées comme formant une seule entité. Cette définition trop formelle devait, d'une part, être étendue, et, d'autre part, être assouplie pour être adaptée aux multiples situations de contrôle effectif qui peuvent se présenter.

Deux situations de départ sont envisagées, à savoir la **domination juridique ou de fait** d'une part et la dépendance financière réciproque d'autre part. En ce qui concerne la domination juridique ou de fait (art. 21c al. 1 let. a), la réglementation se réfère au cas principal de domination prévu par les dispositions en matière de consolidation des fonds propres. Sera donc considérée comme une seule contrepartie tout groupe au sein duquel une personne ou une société détient directement ou indirectement plus de la moitié des voix d'une ou de plusieurs entreprises ou les domine d'une autre manière (cf. art. 13a al. 2). A la différence des dispositions sur la consolidation qui se limitent aux entreprises du secteur financier et aux sociétés immobilières, les présentes dispositions concernent des entreprises de toute nature également en dehors du secteur financier.

La **dépendance financière réciproque** (art. 21c al. 1 let. b) de son côté est réalisée lorsqu'il existe entre deux ou plusieurs personnes ou sociétés des liens reconnaissables de sorte qu'il est probable que, si l'une d'entre elles rencontrait des problèmes financiers, les autres connaîtraient des difficultés de paiement. Cette disposi-

tion s'inspire de la définition de l'art. 1 let. m (second tiret) de la directive européenne 92/121/CEE et est également recommandée par le Comité de Bâle. Comme exemple de liens que l'établissement bancaire devrait prendre en considération à ce titre, on peut citer notamment des actionnaires ou associés d'une société entre eux et avec ladite société, des filiales d'une même société mère entre elles, ainsi que des personnes liées entre elles par des garanties.

La question de la dépendance financière pourrait également se poser lorsqu'une contrepartie dépend d'un seul fournisseur – lui-même contrepartie de la banque – ou qu'elle livre l'ensemble de sa production à un seul client – également contrepartie de la banque. Mais elle devra, en règle générale, être résolue par la négative à moins que cette interdépendance financière soit si étroite qu'elle ne pourrait pas être remplacée à court terme (cf. «Mesure et contrôle des grands risques de crédit», document de principe du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire, janvier 1991, ch. 14 i.f.).

Le 3e alinéa de l'art. 21c expose la manière de procéder lorsque, par le jeu de la définition du groupe de contreparties liées, sont réunies au sein d'un tel groupe différentes contreparties qui n'ont pas la même pondération en fonction du risque (cf. ch. 2.3.2 ci-après): la position risque de chaque contrepartie concernée est pondérée avec le facteur de pondération qui serait applicable à cette contrepartie si elle était seule prise en compte. La somme de positions partielles fournit la position du groupe. Si une banque détient par exemple envers une autre banque une créance à court terme de 10 millions de francs et envers l'actionnaire majoritaire de cette banque également une créance de 10 millions de francs, cela donne deux positions pondérées partielles de 2,5 et 10 millions de francs (art. 21e al. 1, 12a al. 1 ch. 2.4 et 5.3) et par conséquent une position risque de 12,5 millions de francs pour ce groupe de contreparties liées.

2.2.2 Groupe bancaire ou financier

Le groupe bancaire ou financier auquel la banque appartient (mais également un «groupe tiers» étranger à la banque) forme sans conteste un «groupe de contreparties liées». En ce qui concerne les

sociétés du groupe dont la banque fait partie, elles forment ainsi ensemble une seule position risque qui doit être signalée de manière appropriée au sens de l'art. 21 al. 4, étant entendu qu'une partie des sociétés du groupe bénéficiera souvent de l'exception à la limite maximale prévue par l'ordonnance (cf. ch. 2.1.3 ci-dessus).

2.2.3 **Les entreprises en mains publiques, un cas particulier de groupes de contreparties liées (art. 21c al. 2)**

La collectivité de droit public forme un groupe de contreparties liées avec les entreprises qu'elle domine. Mais l'art. 21c al. 2 permet de «casser» cette unité en ce qui concerne la répartition des risques. Il n'est ainsi en principe pas nécessaire d'en tenir compte lorsque la collectivité de droit public ne répond pas des engagements de l'entreprise concernée. Pour des motifs liés à la sécurité du droit, on peut admettre qu'une telle **responsabilité de la collectivité de droit public** n'est donnée que lorsqu'elle a été expressément prévue, généralement dans un acte juridique. En principe, le créancier de l'entreprise dispose dans ce cas d'une prétention directe contre l'Etat même s'il ne peut la faire valoir que si l'entreprise est insolvable. Les abus de droit manifestes sont réservés. Tel est le cas lorsque la responsabilité existe dans les faits mais que l'on a simplement renoncé à l'assurer par des procédés juridiques dans le but d'augmenter les capacités de crédit de l'entreprise ou de l'Etat.

L'exception précitée ne pourrait cependant empêcher que les **banques d'Etat**, en Suisse en particulier les banques cantonales qui bénéficient de la garantie de l'Etat, ne doivent être considérées comme une seule entité avec la collectivité de droit public qui en répond. Une banque tierce se verrait ainsi contrainte, lorsque la somme de ses créances envers l'ensemble formé par un canton et sa banque cantonale s'approche de la limite maximale selon l'art. 21a, de choisir d'octroyer ses prêts soit au canton soit à la banque cantonale de ce canton. Afin de ne pas restreindre de manière injustifiée les possibilités de refinancement, notamment des banques cantonales bénéficiant de la garantie de l'Etat, les nouvelles dispositions prévoient par conséquent une exception générale aux termes de laquelle les engagements des banques qui ont leur siège principal dans un pays de l'OCDE ne doivent pas être ajoutés à ceux des

collectivités de droit public qui les dominent et qui en garantissent les engagements.

2.2.4 Consortium

La nouvelle réglementation considère que le consortium constitue **une seule entité économique** (art. 21c al. 1 let. c) indépendamment de l'aménagement concret des rapports internes entre les consorts. Un tel consortium représente un gros risque dès que son engagement atteint la limite de 10 % des fonds propres disponibles de la banque. Les banques ne sont par contre pas impérativement contraintes d'additionner plusieurs expositions de crédit provenant d'affaires avec des consortiums même si un ou plusieurs consorts sont représentés dans des consortiums formellement distincts et que l'on pourrait par conséquent considérer de tels consortiums comme une seule entité.

La banque prend doublement en compte la créance sur un consortium et c'est en cela que le consortium constitue une exception parmi les dispositions sur la répartition des risques: la créance est comptée une première fois dans la position risque individuelle de chaque consort et une seconde fois en tant que créance globale sur un consortium. Ces deux prises en compte obéissent aux mêmes règles. La position risque d'un consortium correspond à la somme des quotes-parts de chaque consort multipliée par le facteur individuel de pondération en fonction du risque de celui-ci (art. 21e al. 4).

En cas de **solidarité passive** entre les consorts par contre, la banque doit porter la totalité de la créance au compte de celui des consorts dont la solvabilité a été le mieux classée lors de la décision de crédit ou de sa prolongation (cf. ch. 2.3.2.2 ci-après, art. 21e al. 4). Il en découle que les quotes-parts des autres consorts ne sont pas prises en compte dans la détermination de leur position risque individuelle. Si tel n'était pas le cas, la créance serait prise en compte à trois reprises. Si la banque n'a pas fondé sa décision de crédit sur la solvabilité d'un seul consort mais sur celle de plusieurs ou de tous les membres d'un consortium répondant solidairement, la dette solidaire globale doit être portée dans la position risque du consortium et intégralement dans la position risque de chaque consort concerné.

Cette **double prise en compte** intentionnelle des créances sur un consortium ne doit pourtant pas représenter un désavantage pour la banque en ce qui concerne la limite maximale globale de 800%. Le gros risque du consortium est par conséquent «effacé» pour autant et dans la mesure où la même créance a déjà été incluse en tout ou en partie en tant que gros risque dans la position risque d'un ou de plusieurs consorts (art. 21b al. 2 let. e, cf. ch. 2.1.4 ci-avant). Lorsque la banque a fondé sa décision de crédit sur la solvabilité de plusieurs consorts répondant solidiairement (cf. ci-avant), il y a cependant, si les positions risque des consorts concernés constituent elle-mêmes des gros risques, une multiple prise en compte d'une seule et même créance pour la limite maximale globale puisque cette créance a été intégrée dans les positions risque de tous les consorts.

2.3 Position risque

2.3.1 Principes (art. 21d)

La **position risque d'une contrepartie** comprend les créances contractées sur cette contrepartie, les opérations hors bilan conclues avec elle ainsi que les positions nettes longues des valeurs mobilières émises par cette contrepartie. Cette réglementation est calquée sur le schéma retenu à l'art. 12 al. 2 let. a à c en matière de fonds propres. Avant d'être intégrées dans la position risque, les créances doivent être pondérées en fonction du risque qu'elles comportent (cf. ch. 2.3.2 ci-après). Les opérations hors bilan, de leur côté, doivent dans un premier temps être converties en leur équivalent-crédit (cf. ch. 2.3.3 ci-après) puis également pondérées en fonction du risque. Les positions nettes longues enfin doivent également subir une pondération mais, le risque inhérent à l'émetteur étant d'une nature particulière, cette pondération sera également particulière (cf. ch. 2.3.5 ci-après).

En application de la réglementation en matière de fonds propres, certaines valeurs mobilières émises par la banque ou par des entreprises du secteur bancaire ou financier dans lesquelles la banque détient une participation, sont déduites des fonds propres de base (cf. art. 11a al. 3 let. a) ou du total des fonds propres (cf. art. 11c let. c) ou pondérées avec un facteur de 1250% (art. 12h

al. 4 ch. 4). On peut par conséquent leur appliquer le raisonnement développé en relation avec l'art. 21a al. 5 (cf. ch. 2.1.2.4 ci-dessus). Leur risque doit ainsi être considéré comme totalement éliminé puisqu'elles sont intégralement couvertes par des fonds propres. Dans ces conditions, il ne se justifie plus de les inclure dans la position risque (art. 21d al. 2).

L'ancienne réglementation prévoyait déjà que la **limite de l'engagement consenti** par la banque ou, si celui-ci est plus élevé, le montant effectivement utilisé étaient déterminants en matière de répartition des risques (cf. Circ.-CFB 72/2 n. 3). Cette règle se justifie du point de vue économique ainsi que du point de vue de l'organisation interne de la banque, dès lors que c'est la limite consentie qui détermine le risque encouru par la banque. C'est bien entendu la limite fixée de manière interne et non une limite communiquée au client et parfois moins élevée qui doit être prise en considération. Dans un souci de précision, les nouvelles dispositions précisent que se sont les «limites utilisables sans nouvelle décision de crédit» qui sont visées (art. 21d al. 3).

La situation du point de vue du risque est en principe mieux appréhendée lorsque la position risque est déterminée à partir des **engagements bruts**, hors de toute compensation. Dans certains cas pourtant, la **compensation** peut être admise parce qu'elle réduit réellement le risque. Afin de maintenir une certaine unité au sein du système global constitué par la réglementation en matière de répartition des risques, de fonds propres et d'établissement des comptes, l'art. 21d al. 4 renvoie à ces deux dernières.

La compensation entre créances et engagements sera ainsi admise en présence d'opérations semblables avec la même contrepartie, la même monnaie, la même échéance ou une échéance antérieure de la créance (de la banque), qui ne pourront jamais, ni à la date du bilan ni jusqu'à l'échéance des transactions compensées, entraîner un risque de contrepartie (cf. DEC-CFB chap. I ch. 9). De même, les banques qui appliquent la méthode de l'évaluation au prix du marché pourront compenser les valeurs de remplacement positives et négatives ainsi que les majorations résultant de contrats à terme et d'options avec la même contrepartie lorsque les conditions de l'art. 12f seront remplies.

Lorsqu'une banque procède à des **correctifs de valeurs et provisions spécifiques** pour certaines créances, opérations hors bilan et positions nettes longues en valeurs mobilières, elle couvre dans la même mesure le risque encouru. Il se justifie par conséquent de la placer dans une position semblable à celle qui serait la sienne si elle avait couvert un montant équivalent avec des fonds propres. La banque doit donc être autorisée à déduire lesdits correctifs de valeurs et provisions de la position risque. Cette faculté est limitée aux correctifs de valeurs et provisions spécifiques déterminés avec précision et pour une position donnée, de manière à ce que la conformité du but et la légitimité de leur utilisation soient contrôlables et vérifiables ultérieurement (cf. DEC-CFB chap. II ch. 3). Du point de vue comptable, la déduction doit intervenir après l'éventuelle détermination de l'équivalent crédit mais avant toute pondération en fonction du risque (art. 21d al. 5; cf. annexe E, commentaires II et IV).

Les **opérations de négoces** (opérations au comptant et à terme ainsi qu'options) ne présentent pas le même risque pendant la durée normale de l'opération, où ce risque correspond à la valeur de marché ou à l'équivalent-risque de crédit (opérations à terme et options), que lorsque la contrepartie n'a pas exécuté sa prestation à la date convenue alors que la banque a effectué sa propre prestation. Dans la seconde hypothèse, le risque correspond à la valeur nominale intégrale de la créance. L'application de la règle de l'art. 21d al. 6 est indépendante du système de comptabilisation choisi par la banque. Cela a pour conséquence qu'en matière de répartition des risques, les opérations de négoces sont traitées immédiatement selon les principes retenus dans les Directives de la CFB sur les dispositions régissant l'établissement des comptes, même si la banque fait usage des délais transitoires du chap. I ch. 1./2. DEC-CFB et porte ces opérations au bilan à leur date de conclusion déjà. Cela signifie concrètement que, jusqu'à la date valeur, les opérations conclues sont prises en compte en tant qu'opérations hors bilan et par conséquent converties en leur équivalent-crédit et pondérées selon la contrepartie (art. 21f; cf. DEC-CFB chap. I ch. 1./2.). A la date valeur, elles sont par contre intégrées à concurrence de la valeur de la partie créancière dans la position risque si la contrepartie n'a pas exécuté sa prestation.

Les nouvelles dispositions adoucissent pourtant cette règle puisqu'elles excluent le **risque de règlement**, bien qu'il s'agisse d'une variante du risque de crédit. Les créances provenant du trafic des paiements et d'affaires de négoce (art. 21d al. 7) qui sont liquidées dans l'espace de deux jours ouvrables peuvent être omises dans le calcul de la position risque. Une banque ne devrait pouvoir négliger de cette manière que des créances qui n'ont en fait jamais présenté de risques pour elle mais dont l'état de risque réel n'est connu qu'à l'issue des investigations usuelles. A partir du troisième jour ouvrable qui suit la date valeur convenue, toutes les créances qui ne sont pas réglées doivent être incluses à leur valeur nominale dans la position risque et pondérées selon la contrepartie.

En ce qui concerne les opérations à terme et les options, l'évolution chronologique se présente par conséquent de la manière suivante. Entre la date de conclusion et la date valeur, elles sont traitées comme des opérations hors bilan (cf. art. 21d al. 1 let. b et art. 21f). A la date valeur et pendant les deux jours ouvrables suivants, elles sont totalement omises de la position risque (art. 21d al. 7). Après ce délai de grâce, ces opérations sont incluses dans la position risque à la valeur intégrale de la partie créancière et pondérées (art. 21d al. 6 et art. 21d al. 1 let. a). Il en va de même dans ce contexte des opérations au comptant. Elles sont traitées comme des opérations à terme (cf. DEC-CFB Chap. I ch. 1./2.).

2.3.2 **Pondération en fonction du risque selon la contrepartie ou la garantie (art. 21e)**

2.3.2.1 **Principes (art. 21e al. 1)**

Selon les dispositions en matière de fonds propres, les positions individuelles sont pondérées en fonction du risque relatif de leur contrepartie et ensuite multipliées par un taux de couverture uniforme (art. 12). Le même facteur de pondération en fonction du risque est appliqué à une contrepartie déterminée, que l'on établisse avec elle une relation de crédit conventionnelle ou que l'on conclue une opération à terme. Des différences de traitement résultent néanmoins de l'échéance des créances et de leur couverture (art. 12a al. 1 ch. 2.4,

3.1, 3.2, 3.3, 4.1, 4.2, 4.3, 5.2 et 5.4). Les facteurs de pondération édictés en matière de couverture en fonds propres s'appliquent en règle générale également pour la répartition des risques.

Une telle **utilisation des pondérations des fonds propres** se traduit en matière de répartition des risques par une sous-estimation des pertes potentielles. La répartition des risques doit prendre en compte la perte maximale qui peut découler de la défaillance d'une seule contrepartie alors que les pondérations des fonds propres ont été conçues pour évaluer les risques sur la base de la moyenne des pertes attendues sur un ensemble d'opérations de même nature. Elle a néanmoins été retenue pour des raisons liées à sa facilité d'application. Ce procédé permet en effet de simplifier le travail des banques, notamment en ce qui concerne l'enregistrement et le contrôle des positions susceptibles de constituer un gros risque.

Les facteurs de pondération correspondent par leurs effets aux plafonds suivants dans l'ancien système de répartition des risques (art. 21 al. 1 aOB):

Facteur pondération X	Plafond d'annonce $Y=100:X\times 10$	Limite maximale $Z=100:X\times 25$
0 %	illimité	illimité
25 %	40 %	100 %
40 %	25 %	62 %
50 %	20 %	50 %
60 %	16 %	41 %
75 %	13 %	33 %
100 %	10 %	25 %
125 %	8 %	20 %
166 $\frac{2}{3}$ %	6 %	15 %
250 %	4 %	10 %
500 %	2 %	5 %

Par rapport aux dispositions antérieures en matière de répartition des risques, cette pondération aboutit à un certain nombre de changements aux effets variables. Seuls les plus marquants seront évoqués ici:

- a) Les créances sur les **administrations centrales des pays de l'OCDE**, jusqu'à présent soumises à un plafond de 20% lorsqu'elles étaient accordées en blanc et de 40% si elles faisaient l'objet de garanties, pourront dorénavant être contractées de manière illimitée puisqu'elles sont pondérées à 0%.
- b) Les créances sur les **autres collectivités suisses de droit public** (cantons et communes) se voient affectées du facteur de pondération de 25% correspondant à une limite maximale de 100% des fonds propres alors qu'elles bénéficiaient jusqu'à présent d'un plafond de 160%.
- c) Les créances garanties par un **gage immobilier sur des immeubles d'habitation sis en Suisse** jusqu'aux deux tiers de la valeur vénale, qui bénéficiaient jusqu'à présent d'un plafond de 160%, seront dorénavant pondérées à raison de 50%, ce qui correspond à une limite maximale de 50% des fonds propres. Cette réduction devrait avoir pour conséquence de limiter le champ d'activité de certaines petites banques actives dans le domaine hypothécaire.
- d) En ce qui concerne la pondération des **crédits lombards**, l'art. 21e al. 1 prévoit une dérogation aux pondérations applicables en matière de fonds propres (75 % selon l'art. 12a al. 1 chif. 4.3). La pondération en fonction du risque étant de 50%, la limite maximale est ainsi fixée à 50% alors que l'ancien plafond était de 40%. Ce traitement privilégié n'est cependant applicable qu'aux crédits lombards qui remplissent les conditions de l'art. 12a al. 1 ch. 4.3. Tel est le cas lorsque la couverture est composée de valeurs patrimoniales mobilières négociées auprès d'une bourse reconnue ou sur un marché représentatif, de dépôts de fonds ou de placements fiduciaires, qu'elle fait l'objet d'une évaluation hebdomadaire au cours du marché et qu'elle est suffisamment diversifiée (cf. Bulletin CFB 27 p. 170). Si ces conditions ne sont pas remplies, il y a lieu d'appliquer l'art. 21e al. 2 et 3, lorsqu'il s'agit de titres de créance d'un tiers (cf. ch. 2.3.2.2 ci-après), ou de pondérer le crédit en tant qu'engagement en blanc avec un facteur de 100% (art. 21d al. 1 et art. 12a al. 1 ch. 5.3). Tel est notamment le cas lorsqu'une position est garantie par des titres de participation d'un tiers.

e) Enfin, la pondération des participations qui ne doivent pas être consolidées, à l'exception des participations à des entreprises du secteur bancaire ou financier, est réduite de 500 % à 166 ½ % (cf. ch. 2.3.5 ci-après).

Aux termes de l'art. 22 al. 2 let. e, la CFB peut, dans des cas particuliers, abaisser ou augmenter le facteur de pondération pour une contrepartie déterminée (cf. ch. 2.6 ci-après).

2.3.2.2 Garanties d'un tiers et sous-participations (art. 21e al. 2 et 3 en rel. avec art. 21g al. 3)

La réalité économique veut qu'en règle générale, un risque garanti par un tiers diminue dans une certaine mesure le risque maximal encouru sur la contrepartie principale tout en augmentant dans la même mesure la position risque du garant. Cette réalité économique peut être respectée de la manière la plus adéquate par un **fractionnement des créances assorties de garanties** ou de couvertures entre la position risque de la contrepartie et celle du garant ou du débiteur de la couverture.

Ce fractionnement devra être effectué en fonction des critères qui auront été déterminants pour la banque lors de l'octroi de crédit. La partie garantie (couverte) de la créance devra par conséquent être intégrée dans la position risque dont le titulaire aura, lors de la décision de crédit, été gratifié du meilleur pronostic de solvabilité (art. 21e al. 2). Il va de soi que les éléments qui auront guidé la banque dans sa décision de crédit devront être dûment documentés en application de l'art. 9 al. 3. La décision de crédit déterminante peut être aussi bien le premier octroi de crédit que sa prolongation, si la solvabilité de la personne concernée a fait l'objet d'une nouvelle évaluation.

Afin de faciliter l'application des nouvelles règles, une dérogation est prévue pour tous les crédits lombards. En application de cette règle particulière, les garanties ne devront pas être imputées à la position risque du tiers garant (art. 21e al. 2). On veut éviter ainsi qu'une banque soit empêchée d'accorder un crédit à une contrepartie pour la seule raison que des crédits lombards octroyés à des tiers sont garantis par des valeurs mobilières de ladite contrepartie.

Au contraire de la règle des art. 21e al. 1 et 12a al. 1 ch. 4.3, cette réglementation est applicable à tous les crédits lombards même s'ils n'ont pas de portefeuille diversifié au sens des dispositions en matière de fonds propres. Mais il doit néanmoins s'agir de crédits lombards au sens bancaire usuel. Il faut par ailleurs ajouter que la couverture de plusieurs débiteurs lombards ne doit pas dégénérer en un énorme gros risque ou être constituée des mêmes titres (cf. Bulletin CFB 29 p. 11).

Comme en matière de fonds propres (cf. art. 12a al. 2) les créances garanties par des tiers, par des **titres de créance** qu'ils ont émis ou par des placements fiduciaires qu'ils détiennent, reçoivent un traitement particulier. L'attribution au garant ne peut et ne doit néanmoins intervenir que lorsque la position est garantie par un tiers, par ses titres de créance ou par des placements fiduciaires auprès de lui. Lorsqu'une position est couverte par des **titres de participation** émis par un seul tiers et que les conditions d'un crédit lombard ne sont dès lors pas données, le crédit doit être qualifié d'engagement en blanc et pondéré avec un facteur de 100% (art. 21e al. 1 et art. 12a al. 1 ch. 5.3).

Les engagements couverts par la mise en gage de la valeur de rachat de polices d'assurance qui donnent une prétention directe à la banque contre la compagnie d'assurance, sont également régis par les art. 21e al. 2 et 3 à condition que la mise en gage ait été convenue de manière juridiquement irréprochable. En raison de la couverture unilatérale, de tels engagements ne sont pas des crédits lombards au sens de l'art. 21e al. 2.

Lorsque la solvabilité de la contrepartie et celle du tiers garant auront été jugées de qualité équivalente, la banque pourra, à choix, intégrer la partie garantie dans la position risque de la contrepartie, en faisant abstraction de la couverture, ou la traiter comme une créance directe sur tiers garant (art. 21e al. 3). Le facteur de pondération applicable est à chaque fois celui de la partie qui doit être considérée comme déterminante.

La réglementation en matière de fonds propres (art. 12d al. 3) permet à la banque qui a donné des **sous-participations** pour des engagements conditionnels de pondérer ces engagements, dans les limites de la sous-participation, comme des créances directes con-

tre les sous-participants respectifs. Une règle de principe similaire est prévue par l'art. 21g al. 3 en relation avec l'art. 21e al. 2 et 3 pour la répartition des risques. De plus, son application au cas particulier de la sous-participation a été précisée en ce sens que, comme en matière de garanties de tiers, le fractionnement entre la position risque de la contrepartie et celle du sous-participant devra être effectué en application de la même règle (art. 21e al. 2 et 3). Les critères qui auront guidé la banque lors de son engagement sont déterminants. La partie de la créance qui fait l'objet de la sous-participation devra par conséquent être intégrée dans la position risque dont le titulaire (contrepartie ou sous-participation) aura, lors de la décision, été gratifié du meilleur pronostic de solvabilité.

2.3.3 Opérations hors bilan

2.3.3.1 Principes (art. 21f)

Comme en matière de fonds propres, les opérations hors bilan doivent être converties en leur **équivalent-crédit** et pondérées ensuite en fonction de leur contrepartie (cf. art. 12c). Outre son parallélisme avec la réglementation régissant les fonds propres, cette manière de procéder correspond également, dans son ensemble, au mode de calcul applicable depuis le 1er mars 1993 pour la détermination des gros risques inhérents aux opérations à terme et aux instruments dérivés (cf. Circ.-CFB 92/3 n° 2).

2.3.3.2 Engagements conditionnels et engagements irrévocables (art. 21g)

En ce qui concerne les engagements conditionnels et les engagements irrévocables, le mode de calcul pour la répartition des risques est identique à celui retenu en matière de fonds propres. L'art. 21g al. 1 reprend ainsi textuellement les termes de l'art. 12d al. 1. Pour les facteurs de conversion en équivalent-crédit, il renvoie par ailleurs à l'art. 12d al. 2.

Contrairement à ce qui est prévu par la réglementation sur les fonds propres, il ne pouvait être question en matière de répartition

des risques de se limiter à ne prendre en compte, pour le calcul d'un gros risque contracté sur une contrepartie, que certaines limites de crédit irrévocables d'une durée supérieure à un an (cf. art. 12d al. 2 ch. 2.3). Les **engagements irrévocables de crédit d'une durée inférieure à un an** peuvent en effet également comporter un risque important de pertes maximales. Il faut par conséquent les limiter. C'est la raison pour laquelle l'art. 21g al. 2 prévoit que tous les engagements irrévocables de crédit, couverts et non couverts, sont traités, indépendamment de leur durée résiduelle, comme des limites consenties au sens de l'art. 21d al. 3. La question de l'équivalent-crédit ne se pose donc pas en ce qui concerne les engagements irrévocables de crédit. Ils doivent être intégrés dans la position risque à leur valeur nominale et pondérés en fonction de la contrepartie.

2.3.3.3 Contrats à terme et options achetées (art. 21h)

Le calcul de l'équivalent-crédit des contrats à terme et des instruments dérivés était jusqu'à présent réglé par la Circ.-CFB 92/3. La réglementation prévue par l'art. 21h, si elle se fonde principalement sur les règles applicables en matière de couverture en fonds propres (art. 12e et 12f), reprend néanmoins certaines précisions contenues dans ladite circulaire.

En principe, l'équivalent-crédit des contrats à terme et des options achetées doit être calculé de la même manière pour la répartition des risques que pour la couverture en fonds propres. L'équivalent-crédit des contrats à terme peut ainsi être déterminé, **au choix**, selon la **méthode d'évaluation au prix du marché** ou selon la **méthode d'évaluation du risque initial**, alors que celui des options achetées doit impérativement être déterminé selon la première de ces méthodes (cf. art. 12e al. 1). La méthode de l'évaluation au prix du marché est la plus adéquate pour mesurer le risque de crédit, puisqu'elle prend en considération d'une façon continue les modifications des risques. Elle doit en règle générale être préférée à la méthode des taux d'imputation fixes, qui ne retient que la situation des risques au moment de la conclusion de l'opération. Une banque ne peut cependant utiliser cette méthode que si son organisation et son personnel le lui permettent. Les banques peuvent appliquer les deux méthodes d'une manière globale ou uniquement à certains pro-

duits ou contreparties. Un changement de méthode est en principe admis, mais ne doit pas servir à éluder le devoir d'annonce. Les majorations et les facteurs de conversion sont les mêmes qu'en matière de couverture en fonds propres (cf. art. 21d al. 1 let. b) et ils sont appliqués aux mêmes données de base (cf. art. 12e al. 6). Par ailleurs, la compensation monétaire de groupe est autorisée aux mêmes conditions qu'en matière de fonds propres (art. 21d al. 4 en rel. avec art. 12f).

En ce qui concerne les contrats négociés auprès d'une bourse reconnue, lorsque la banque obtient une **couverture de marge** constituée par le nantissement, ou une autre forme de sûreté de qualité au moins équivalente, de dépôts de fonds ou de valeurs mobilières, de métaux précieux et de marchandises négociés auprès d'une bourse reconnue ou sur un marché représentatif selon l'art. 14 let. d, elle diminue son risque d'autant. Compte tenu de ce fait, et à condition que la couverture de marge fasse l'objet d'une évaluation quotidienne au cours du marché, la banque est autorisée à déduire la couverture de marge de la position risque (art. 21h al. 2).

Lorsqu'**une opération n'est pas dénouée à son terme**, elle reste en suspens pendant un temps indéterminé. Elle continue donc de présenter un risque et doit par conséquent être maintenue dans la position risque de la contrepartie. Lorsque la banque applique la méthode d'évaluation au prix du marché, qui repose sur un calcul régulier des valeurs de remplacement et des majorations, il lui suffit de considérer le contrat en cause comme une opération d'une durée résiduelle égale ou inférieure à un an et de le traiter comme tel. En ce qui concerne les banques qui appliquent la méthode d'évaluation du risque initial, elles doivent prendre en compte le facteur de conversion qui correspond à la durée initiale du contrat, augmentée d'une année supplémentaire (art. 21h al. 3).

La réglementation concernant les opérations à terme et les options est également valable pour les opérations au comptant entre la date de conclusion et la date valeur (cf. ch. 2.3.1 ci-avant) de même qu'aux opérations qui doivent être qualifiées du point de vue économique d'opérations à terme en raison de leur but et de leur aménagement. Si une banque souscrit par exemple pour le compte d'un de ses clients l'émission d'un tiers, mais que ce client ne la paie

que le jour de la libération de l'émission, l'engagement de ce client envers la banque doit être qualifié d'opération à terme. La prétention doit par conséquent être convertie en son équivalent-crédit (art. 21h al. 1) et pondéré en fonction de la contrepartie (art. 21d al. 1 let. b). La banque doit évidemment en sus intégrer les titres qui font l'objet de l'émission dans la position de risque de l'émetteur en application des art. 21d al. 1 let. c et 21k (cf. ch. 2.3.5 ci-après).

2.3.4 **Prêts de consommation et opérations de mise et de prise en pension portant sur des valeurs mobilières, des métaux précieux et des marchandises (art. 21i)**

Dans le domaine des prêts de consommation et des opérations de mise et de prise en pension, la nouvelle réglementation renvoie simplement aux règles applicables en matière de fonds propres. Ainsi, lorsque les conditions de l'art. 12g sont remplies, seule la différence entre la garantie et la position titres, métaux précieux ou marchandises, doit être intégrée dans la position risque de la contrepartie.

2.3.5 **Positions de risque inhérentes à l'émetteur (art. 21k)**

Bien qu'elle permette aussi d'appréhender un aspect du risque de marché, à savoir celui du risque spécifique (par opposition au risque général lié aux mouvements du marché qui sont sans lien avec des titres ou des émetteurs déterminés), la position de risque inhérente à l'émetteur tend en premier lieu à prendre en compte le **risque de crédit lié à l'émetteur**, la contrepartie étant ici l'émetteur du titre. La notion de position nette longue et la manière de la calculer sont identiques à ce qui est prévu en matière de fonds propres, raison pour laquelle l'art. 21k contient un simple renvoi à l'art. 12h al. 2 et 3. De même, la pondération s'effectue en application des taux prévus par l'art. 12h al. 4.

Une exception concerne les **participations qui ne doivent pas être consolidées** (cf. art. 12h al. 4 ch. 3.1). En application de l'art. 4 al. 2bis LB, une banque ne peut en effet pas détenir une participation qualifiée qui dépasse 15% de ses fonds propres dans une entreprise dont l'activité se situe hors du secteur financier ou des assurances. Or, cette limite s'applique à la valeur comptable non pon-

dérée en fonction du risque de la participation. Le maintien de la pondération fondée sur les dispositions en matière de fonds propres (500 %) ne permettrait dans le nouveau système de répartition des risques qu'une position nette longue représentant 5 % des fonds propres disponibles de la banque lorsqu'il s'agit d'une participation qualifiée (cf. ch. 2.3.2.1 ci-avant, notamment le tableau). Afin de ne pas entrer en conflit avec la loi sur les banques qui est prépondérante, l'ordonnance prévoit une nouvelle pondération de 166 %% valable seulement pour la répartition des risques et obtenue en prenant comme hypothèse une participation maximale de 15 % des fonds propres.

En ce qui concerne les **engagements fermes de reprise lors d'émissions**, la détermination de la position nette longue a également été soumise à une réglementation particulière. L'art. 21k al. 2 offre la possibilité aux banques s'y recourir sans en prévoir l'application impérative. Selon cette disposition, les engagements fermes de reprise lors d'émissions peuvent être multipliés par des facteurs de conversion échelonnés de 0,05 à 0,75 dès le jour où l'engagement ferme de reprise a été souscrit et jusqu'au et y compris le cinquième jour ouvrable après la libération de l'émission. Dès le sixième jour ouvrable après la libération, la valeur nominale de l'engagement ferme de reprise, déduction faite des souscriptions fermes et des sous-participations accordées, est prise en compte. La position risque avant et juste après la libération est donc considérée comme moins élevée. Cette réglementation devrait surtout avantagez les banques qui déploient l'essentiel de leur activité dans le domaine des émissions. Si une banque renonce à appliquer l'art. 21k al. 2, elle doit dès la souscription de l'engagement ferme de reprise et pendant toute la procédure d'émission calculer la position nette longue en prenant en compte la valeur nominale de l'engagement ferme de reprise, déduction faite des souscriptions fermes et des sous-participations.

2.4 Risques de marché

En matière d'immeubles, la Circ.-CFB 72/2 prévoyait jusqu'à présent que la propriété d'immeubles soit indirecte, par le truchement de sociétés immobilières, soit directe était assimilée aux participa-

tions de sorte que des annonces devaient intervenir dès qu'un poste d'immeuble, que ce soit un immeuble à l'usage de la banque ou un autre immeuble, dépassait 20 % des fonds propres (n. 4). La pratique de la CFB tolérait pour les immeubles à l'usage de la banque un plafond pouvant atteindre jusqu'à 60 % des fonds propres.

En ce qui concerne les devises, la réglementation était exposée dans la Circ.-CFB 74/1. Elle préconisait l'addition des soldes actifs et passifs de toutes les positions en devises convertis en francs suisses au cours du jour et la communication à la CFB de l'état de situation en devises lorsque cette position globale représentait plus de 40 % des fonds propres (n. 4).

La nouvelle réglementation en matière de répartition des risques se limite dans l'ensemble aux gros risques de crédit, sans prescrire de limites précises pour les risques de marché dans l'ordonnance. Les anciennes règles ont été formellement abrogées, mais cela ne saurait signifier que les banques seront dorénavant autorisées à contracter des risques démesurés dans ce domaine.

En guise d'argument en faveur de la renonciation à une réglementation détaillée en matière de risques de marché, on peut citer le fait qu'aucune autre place financière significative ne possède une réglementation prudentielle pour la répartition des risques s'agissant des risques de marché et que la Suisse croyait sans doute à tort à l'utilité d'une telle réglementation.

L'estimation selon laquelle la couverture actuelle en fonds propres des risques de marché (art. 12i) produit déjà indirectement une limitation effective au sens d'une répartition des risques, constitue un deuxième argument pour cette solution. Une limite maximale pour les risques de marché obligeant toutes les banques de la même manière apparaît dès lors superflue. Il faut néanmoins relever qu'il est hautement vraisemblable qu'à l'avenir des taux de couverture plus bas seront applicables aux risques de marché ce qui pourrait éventuellement conduire à compléter les dispositions sur la répartition des risques en matière de risques de marché.

En outre, chaque banque devrait disposer de **limites internes pour les différents risques de marché**. Les dispositions internes concernées sont pour l'essentiel mieux adaptées aux risques que les

règles élémentaires de l'ancienne réglementation, créées il y a bien vingt ans et inchangées dans leurs principes.

Dans le sens d'une réglementation flexible de portée générale, l'art. 21l astreint néanmoins les banques à prévoir une limitation interne appropriée des principaux risques de marché de son activité. Cette disposition concerne aussi bien les risques de marché des positions ouvertes en devises, métaux précieux et marchandises que la possession immobilière ou le risque de taux. Elle ne se limite pas au portefeuille destiné au négoce. La limitation et le contrôle devront correspondre comme précédemment (cf. Circ.-CFB 93/3 n. 15) au genre d'activité. Là où des méthodes simples suffiront à une petite banque sans grande activité commerciale, une banque commerciale opérant au niveau international devra saisir et limiter ses risques de marché selon des méthodes modernes. Les organes de révision devront examiner ces limitations et se déterminer dans le rapport de révision quant à leur caractère approprié, leur contrôle et leur administration.

La réglementation devra le cas échéant être complétée ultérieurement notamment en ce qui concerne les risques de marché au sein du portefeuille destiné au négoce, lorsque ces risques auront été pris en compte de manière détaillée sur le plan des exigences en matière de fonds propres.

2.5 Consolidation (art. 21m)

En accord avec le Comité de Bâle, la nouvelle réglementation estime qu'il est indispensable de **prendre en compte sur base consolidée tous les risques d'un groupe**, en particulier ceux encourus par les sociétés du groupe qui doivent être pris en compte pour la consolidation des fonds propres. L'obligation d'annoncer les gros risques du groupe bancaire n'était jusqu'alors réglée que par la Circulaire CFB 83/1. Celle-ci se limitait cependant aux groupes dirigés par une maison mère à caractère bancaire et ne traitait pas des groupes bancaires et financiers ayant une structure de holding.

Les nouvelles dispositions prévoient que les banques qui doivent respecter les dispositions en matière de fonds propres sur base consolidée, en application de l'art. 13a, doivent également res-

pecter les dispositions de répartition des risques sur base consolidée. Le renvoi à l'obligation de consolider formulée de manière très large à l'art. 13a, impliquant aussi les situations où il existe un devoir d'assistance de fait ou une unité économique, étend l'obligation d'appliquer la répartition des risques sur base consolidée aux groupes présentant une structure de holding ainsi qu'à plusieurs banques qui sont aux mains d'une personne physique. Cette **obligation étendue de consolidation** permet à la CFB de discerner de manière plus claire les positions risques d'un groupe contractées envers l'extérieur lorsque le groupe est examiné en tant qu'unité économique. La nouvelle règle de consolidation en matière de répartition des risques empêchera également que des dispositions de répartition des risques soient contournées par l'utilisation de certaines sociétés d'un groupe. L'annonce des gros risques sur base consolidée doit intervenir semestriellement dans un délai de 2 mois.

En matière de fonds propres, l'art. 13a al. 7 prévoit que la CFB peut dispenser des banques en tout ou en partie de respecter les exigences en matière de fonds propres sur base individuelle lorsqu'un **organisme central** remplit les conditions de l'art. 4 al. 3. Cette possibilité de dispense est également applicable en matière de répartition des risques. Dès lors, si une banque est affiliée à un organisme central qui garantit ses engagements, respecte les prescriptions en matière de fonds propres et de répartition des risques sur une base consolidée et dont la direction peut donner des instructions obligatoires aux banques affiliées, la CFB a la possibilité de dispenser l'entité individuelle de respecter les dispositions sur la répartition des risques sur une base individuelle. Il faut songer ici en premier lieu au système Raiffeisen.

2.6 Allégements et renforcements (art. 22)

Les nouvelles dispositions prévoient une réglementation précise des gros risques autorisés et interdits qui laisse peu de place pour des **solutions individuelles**. L'art. 22 al. 1 autorise par conséquent la CFB à décider des allégements dans des cas particuliers. Dans le même temps, cette disposition donne à l'autorité de surveillance le pouvoir d'ordonner dans des cas particuliers un renforcement de la réglementation légale. La disposition de l'art. 22 al. 1 est calquée

sur celle de l'art. 4 al. 3 LB qui prévoit une réglementation analogue en matière de fonds propres. Elle ne devrait être utilisée que dans des circonstances semblables et avec la même retenue, et non appliquée comme l'ancienne règle de l'art. 21 aOB. La formulation générale de l'art. 22 al. 1 a été préférée à une formulation plus précise afin de permettre une adaptation flexible à des innovations rapides dans le domaine des produits bancaires. Les nouveaux produits et les nouvelles activités bancaires d'une ou de plusieurs banques, dont les risques ne sont pas pris en compte de manière adéquate par les dispositions de répartition des risques des art. 21 ss, pourront ainsi être traités par la CFB, même avant une adaptation des dispositions légales. Ceci permettra d'éviter des désavantages concurrentiels aux banques et d'aborder, et le cas échéant de limiter, les nouveaux produits et les nouvelles activités de manière adéquate du point de vue du risque.

En ce qui concerne certains cas particuliers déjà connus, l'art. 22 al. 2 prévoit formellement la possibilité d'ordonner un allègement ou un renforcement.

a) On ne peut exclure que certaines banques, tout en respectant la limite maximale prévue par l'ordonnance, prennent des risques démesurés compte tenu de leur structure spécifique et de leur organisation. Il était donc nécessaire de donner à la CFB la possibilité d'imposer à une banque déterminée le respect de **limites plus strictes** (art. 22 al. 2 let. a; cf. ch. 2.1.1). La même procédure pourrait être utile en présence de positions risque qui ne sont pas ou insuffisamment documentées ou dont les dossiers de crédit ne sont pas suffisamment éloquents.

b) La CFB peut **abaisser ou augmenter pour une contrepartie déterminée le facteur de pondération en fonction du risque** (art. 22 al. 2 let. e). Cette disposition doit permettre de répondre à un certain nombre de situations particulières, pour la plupart déjà connues et au bénéfice de réglementations spécifiques sous la pratique en vigueur précédemment.

Fait partie de cette catégorie par exemple le plafond de 300 % des fonds propres disponibles toléré par la CFB pour les placements de fonds à court terme effectués par les banques régionales, les banques cantonales, les banquiers privés et les autres banques

auprès des **trois grandes banques** et des **banques cantonales**.

Cette réglementation était justifiée par la structure du marché bancaire suisse qui ne permettait plus d'effectuer des placements interbancaires à court terme auprès d'un nombre illimité d'établissements.

Faisant application de l'art. 22 al. 2 let. e, la CFB a prorogé l'ancienne réglementation par le biais d'une circulaire (Circ.-CFB 96/1; annexe C). Selon les nouvelles dispositions de répartition des risques, les créances à court terme sur les grandes banques et les banques cantonales doivent être pondérées avec un facteur de 25 % (art. 21e al. 1 et art. 12a al. 1 ch. 2.4). La limite maximale de 25 % des fonds propres sera ainsi atteinte très rapidement. En dérogation à la réglementation légale, la circulaire fixe maintenant à 8 % le facteur de pondération en fonction du risque pour les créances à court terme sur les grandes banques et les banques cantonales. Cette pondération n'est applicable qu'aux grandes banques et banques cantonales elles-mêmes et non à d'autres sociétés du même groupe. Les créances sur plusieurs membres d'un groupe constituent par ailleurs une seule position risque (art. 21c al. 1 let. a). Le facteur de pondération ordinaire est applicable aux créances d'une société du groupe sur la grande banque ou la banque cantonale du même groupe. Mais, si les conditions de l'art. 21a al. 2 sont remplies, les créances envers la grande banque ou banque cantonale concernée sont exclues de la limite maximale (cf. ch. 2.1.3 ci-avant).

c) En ce qui concerne les **sociétés d'un groupe**, la CFB a également la possibilité de restreindre ou d'étendre la réglementation de l'art. 21a al. 2 (art. 22 al. 2 let. b; cf. ch. 2.1.3 ci-avant), lorsque cela est justifié dans un cas particulier. La même chose est valable pour le délai de deux ans pour supprimer un dépassement dû à la réunion de contreparties ou de la banque avec d'autres entreprises (art. 22 al. 2 let. d; cf. ch. 2.1.2.4 ci-avant).

d) Sur demande préalable, la CFB pourra aussi autoriser des **dépassements limités dans le temps** de la limite maximale (art. 22 al. 2 let. c; cf. ch. 2.1.2.4 ci-avant).

e) En ce qui concerne la **propriété immobilière**, l'art. 22 al. 2 let. f prévoit expressément que la CFB peut prescrire à une banque des limites maximales pour les immeubles qu'elle détient. Cette dis-

position doit donner un signal et accorder à l'autorité de surveillance la possibilité expresse d'interdire, dans certaines circonstances, à une banque d'acquérir un immeuble qui dépasse ses moyens. Au titre de ligne directrice pour l'application de cette disposition, on peut considérer que les dispositions précédemment applicables prévoyaient une limitation appropriée et que leur ordre de grandeur conserve par conséquent sa validité. En règle générale, la CFB laissera aux banques et à leurs organes de révision le souci de juger si un immeuble constitue encore un engagement approprié ou non. Elle ne fera usage de ses facultés que dans des cas particulièrement graves.

2.7 Définitions

La définition de l'ensemble des termes utilisés aux art. 21 à 22 en matière de répartition des risques est celle prévue par l'art. 14 en matière de fonds propres. L'art. 14 est formulé de manière trop étroite dans la mesure où il n'entend donner de définitions que pour les art. 12 à 13b des dispositions sur les fonds propres, ce qui ne constitue pas un obstacle pour les appliquer également aux dispositions de répartition des risques qui sont dans un rapport de connexion étroit.

2.8 Autres modifications de l'ordonnance sur les banques

Les nouvelles dispositions en matière de répartition des risques impliquent deux autres modifications de l'ordonnance sur les banques. D'une part, l'art. 22 aOB, crédits aux organes, a été abrogé sans être remplacé. D'autre part, la nouvelle teneur des dispositions sur la répartition des risques impliquait une adaptation des exigences que doit remplir le rapport de révision. L'art. 44 let. h a par conséquent été reformulé.

2.8.1 Abrogation de l'ancien article 22

L'art. 22 aOB exigeait de l'organe de révision qu'il soumette pour décision à la Commission des banques les cas où il n'était pas absolument certain de se trouver en présence d'un crédit ouvert à des membres des organes de la banque et où il doutait que le crédit

avait été accordé «conformément aux principes généralement reconnus dans la branche». Cet article établissait pour une question particulière, les crédits aux organes, un procédé qui devrait aller de soi, même s'il n'est pas imposé par l'ordonnance sur les banques. Au cours de son activité de surveillance, l'organe de révision doit se forger sa propre opinion. Lorsque la banque n'entend pas partager l'évaluation effectuée par l'organe de révision, il appartiendra en dernier recours à la Commission des banques de prendre une décision. Abroger cet article ne change rien sur le fond à cet état de fait. L'art. 44 let. i (crédits qui ne répondent pas aux prescriptions de l'art. 4ter LB) suffit à obliger l'organe de révision à examiner les crédits sous l'aspect «crédits aux organes» et à prendre position.

2.8.2 **Adaptation de l'article 44**

Il va de soi que l'organe de révision devra s'exprimer dans son rapport de révision (art. 44 let. h) sur la manière dont les gros risques ont été traités à l'intérieur de la banque. La modification des dispositions sur la répartition des risques n'a rien changé à cette obligation. La nouvelle règle, aux termes de laquelle le rapport de révision doit s'exprimer clairement sur le «respect des dispositions relatives à la répartition des risques», exige un jugement global sur la prise en compte, la surveillance et le contrôle des gros risques à l'intérieur de la banque.

A la suite de la révision de l'ordonnance, la Circ.-CFB 93/3 «Rapport de révision: Forme et contenu» a également été adaptée aux nouvelles dispositions. L'organe de révision doit en particulier commenter l'adéquation et le fonctionnement du contrôle interne des gros risques et apprécier le développement de ces derniers (art. 21 al. 2). Il doit également commenter l'adéquation de la limitation interne des risques de marché principaux de l'activité de la banque (art. 21I). Le dernier formulaire «annonce des gros risques» disponible au moment de la reddition du rapport (cf. annexe D) doit être joint au rapport de révision. Ainsi, la CFB obtiendra également une vue d'ensemble sur les gros risques de chaque banque, même si cet aperçu sera légèrement différé dans le temps.

2.9 Entrée en vigueur et dispositions transitoires

Les dispositions transitoires doivent essentiellement accorder un délai transitoire aux banques pour:

- adapter la prise en compte des positions risque sur base individuelle et sur base consolidée au nouveau système et
- adapter leurs positions risque aux nouvelles exigences.

La date la plus importante dans ce contexte est le **1er janvier 1998** lorsque, après une période transitoire de deux ans au maximum, toutes les banques devront respecter les nouvelles dispositions (al. 1). Cela ne signifie cependant pas qu'une banque peut appliquer l'ancienne et la nouvelle réglementation de façon parallèle et choisir d'appliquer les éléments les plus favorables de chacune d'elles. Il appartiendra à chaque banque de décider à quel moment, entre l'entrée en vigueur et le 1er janvier 1998, elle entend changer de système. En principe, toutes les nouvelles dispositions devront cependant être **respectées dans leur ensemble** dès que le changement de système a eu lieu. Il en va de même des anciennes prescriptions de répartition des risques. Aussi longtemps qu'une banque n'a pas procédé au changement, elle doit par conséquent prendre en considération et respecter toutes les dispositions applicables de l'ancien système, à savoir l'ordonnance, les circulaires et la pratique de la CFB dans leur ensemble.

Les dispositions transitoires prévoient à l'alinéa 2 une exception à la règle de l'adoption intégrale du nouveau système avant le 1er janvier 1998. Aux termes de cette disposition transitoire, les banques ne sont pas tenues de procéder à l'annonce trimestrielle des gros risques (art. 21 al. 2 et art. 21m sur base consolidée) avant le début de l'année 1998. Cet allégement pour les banques qui adoptent le nouveau système avant le 1er janvier 1998 peut être admis si l'on considère que les limites maximales sont tout de même applicables et que la limite de 10% pour les annonces est plus sévère que les anciens plafonds maximaux. Les points fondamentaux de la révision sont constitués par l'application des facteurs de pondération en fonction du risque et les nouvelles limites maximales et non par l'annonce des gros risques entre 10 et 25%, qui restent d'un volume admissible. En temps normal, l'organe de révision ou la Commission des banques n'auront aucune raison d'intervenir contre un gros

risque autorisé selon la nouvelle réglementation. Ces gros risques ne faisaient l'objet d'aucune annonce dans le système précédent. Ainsi, les banques qui ne procèdent au changement qu'au début 1998 ne doivent pas non plus les annoncer. L'ignorance relative aux gros risques inférieurs à la limite maximale encourus par les banques qui ont déjà procédé au changement est de la sorte tout à fait défendable. Par ailleurs, la CFB dispose de la liste des dix plus importants débiteurs d'une banque ainsi que des formulaires d'annonce joints au rapport de révision (cf. ch. 2.8.2 ci-avant). La réglementation spéciale ne dispense pas les banques qui ont adopté le nouveau système de l'annonce immédiate d'éventuels dépassements des limites maximales de 25 % et de 800 % (art. 21a al. 3 et art. 21b al. 3).

L'alinéa 3 des dispositions transitoires définit le **mode de calcul des fonds propres disponibles** qui doit servir de fondement aux annonces en matière de répartition des risques dès l'entrée en vigueur de la modification. Aussi longtemps qu'une banque continuera d'appliquer les anciennes prescriptions de répartition des risques, mais au plus tard jusqu'au 1er janvier 1998, elle pourra, pour la répartition des risques, déterminer les fonds propres disponibles selon les anciennes prescriptions sur les fonds propres. Depuis le 31 décembre 1995 (cf. dispositions finales de la modification du 12 décembre 1994, al. 4), toutes les banques doivent certes établir leur état des fonds propres selon les nouvelles dispositions. Mais les anciennes règles de répartition des risques étaient appliquées de manière prépondérante avec les anciennes prescriptions de fonds propres et la valeur de référence selon l'art. 21 al. 1 aOB s'est considérablement modifiée avec les nouvelles prescriptions de fonds propres. Bien qu'il n'y ait eu aucune modification des risques, on aboutirait ainsi à des engagements devant être annoncés. On a par conséquent saisi l'occasion de la révision des dispositions de répartition des risques pour offrir la faculté susmentionnée aux banques. Cela permettra éventuellement d'éviter un déploiement de force inutile au niveau administratif. De plus, cette règle transitoire permet aux banques qui le souhaitent d'éviter de combiner un système rudimentaire de répartition des risques avec un système de fonds propres hautement développé. Les banques qui appliquent encore les anciennes dispositions de répartition des risques peuvent cependant

également fonder leur calcul des fonds propres sur l'état des fonds propres établi en application de la modification de l'ordonnance du 1er février 1995 (art. 13b). Dès qu'une banque adopte le nouveau système de répartition des risques, elle doit de toute manière calculer ses fonds propres disponibles selon les nouvelles prescriptions de fonds propres.

Les **positions constituées avant le 1er janvier 1998** devront être portées aux limites maximales prévues aux art. 21a et 21b jusqu'au 31 décembre 2000 au plus tard, la CFB pouvant prolonger ce délai dans des cas particuliers. Il y a lieu de préciser dans ce contexte que le texte de cette disposition est adapté aux banques qui n'adopteront le nouveau système de répartition des risques que le 1er janvier 1998. Si une banque procède à ce changement à une date antérieure, ce sont les positions contractées avant cette date qui doivent être réduites aux limites maximales jusqu'au 31 décembre 2000. Mais entre cette date antérieure et le 1er janvier 1998, les nouvelles dispositions doivent être respectées dans leur ensemble. Dans un tel cas, dès le moment choisi pour appliquer les nouvelles dispositions déjà, la banque ne peut plus contracter de positions risque qui dépasseraient les limites maximales.

Les délais transitoires de 5 ans dès l'entrée en vigueur et de 3 ans dès l'application obligatoire devraient en principe permettre à toutes les banques, le 1er janvier 2001, de respecter les limites de 25% et de 800% des fonds propres pour l'ensemble de leurs positions risque. La relative longueur de ces délais transitoires doit également permettre aux banques régionales de petite taille notamment celles qui sont fortement engagées sur le marché hypothécaire de réduire leurs engagements assortis d'une garantie hypothécaire suisse sur des immeubles d'habitation, qui peuvent aller aujourd'hui jusqu'à 160% de leurs fonds propres, au niveau de la nouvelle limite maximale, soit 25% des fonds propres. Cette limite de 25% correspond à un engagement de 50% des fonds propres pour les créances pondérées à 50% (cf. c. 2.3.2.1 ci-avant). La réduction des positions les plus importantes pourra se faire à choix par une réduction directe de l'engagement de la contrepartie, l'apport de garanties supplémentaires par la contrepartie, une augmentation générale des fonds propres ou la prise de sous-participations, ou au moyen d'une combinaison de ces variantes.

Exemples pratiques

L'**annexe D** contient un exemple de formulaire d'annonce rempli. Elle vise à illustrer notamment la prise en considération des correctifs de valeurs et provisions spécifiques ainsi que des fonds propres librement disponibles, la présentation de la problématique liée aux groupes, le traitement des consortiums et le processus en matière de somme des gros risques. L'une des positions risques est présentée en détail à l'annexe E.

Cette **annexe E** doit par ailleurs permettre de mieux visualiser la procédure à suivre en matière de risques de crédit, notamment en ce qui concerne la pondération des créances en fonction de la contrepartie ou de la garantie (art. 21e), la prise en compte des correctifs de valeurs et provisions spécifiques (art. 21d al. 5), ainsi que l'utilisation des fonds propres librement disponibles (art. 21a al. 5).

Rapport avec les réglementations internationales

4.1 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire

Ainsi que cela a été exposé ci-dessus (ch. 1.2.1), les recommandations du Comité de Bâle en matière de répartition des risques sont de nature très générale. La nouvelle réglementation suisse réalise la plupart des postulats concrets.

4.2 Union Européenne

Si on se réfère au dispositions de l'UE (cf. ch. 1.2.2 ci-avant), la réglementation proposée en matière de répartition des risques est dans l'ensemble eurocompatible. Certains risques sont cependant traités avec plus de sévérité ou de manière moins flexible que dans la réglementation européenne. Cela est valable notamment pour les créances interbancaires à court terme pour lesquelles la directive 92/121/CEE prévoit l'exemption totale de la limitation (directive 92/121/CEE art. 4 al. 7 let. i; cf. ch. 1.2.2 ci-avant) alors que la nouvelle réglementation suisse soumet ces créances à une pondération de 25 % ou de 50 % (art. 12a al. 1 ch. 2.4 et 3.3). D'un autre côté, la

nouvelle réglementation de l'ordonnance sur les banques régit de manière plus différenciée les crédits garantis par un gage immobilier (art. 12a al. 1 ch. 3.1, 4.1 et 5.4) que ne le fait la directive européenne qui ne permet qu'un certain traitement privilégié pour les crédits d'habitation (directive 92/121/CEE art. 4 al. 7 let. p).

Conséquences des nouvelles dispositions de répartition des risques pour les banques

L'application à la répartition des risques du système, des pondérations et des facteurs de conversion prévus par la réglementation en matière de fonds propres constitue un grand avantage pour la saisie des transactions à l'intérieur de la banque.

En règle générale, les nouvelles dispositions de répartition des risques ne sont pas plus sévères que les prescriptions antérieures (cf. 2.3.2.1 ci-avant). Elles représentent même en partie des allégements significatifs (pour les administrations centrales et les banques centrales des pays de l'OCDE, les sociétés du groupe, etc.). Les hypothèques sur les immeubles d'habitation représentent une exception puisque la nouvelle réglementation provoque une réduction importante du plafond de 160% à 50% des fonds propres (cf. ch. 2.3.2.1 ci-avant). Les expériences négatives faites au moment de la crise immobilière justifient cependant totalement cette sévérité. Cela est d'autant plus valable encore en ce qui concerne les crédits immobiliers sur des constructions autres que d'habitation où l'ancien plafond de 40% est réduit à 25% des fonds propres. Les dispositions transitoires (ch. 2.9 ci-avant) permettront de prendre en compte de manière appropriée les difficultés prévisibles qu'un certain nombre de banques, surtout de petite taille, rencontreront.

Annexe A

Texte des articles 21 à 22 OB révisés

Ordonnance sur les banques et les caisses d'épargne (Ordonnance sur les banques) Modification du 29 novembre 1995

Le Conseil fédéral suisse
arrête:

I

L'ordonnance sur les banques du 17 mai 1972 est modifiée comme il suit:

6 Répartition des risques

Art. 21 Annonce des gros risques

- 1 Lorsqu'une position risque calculée d'après l'article 21d atteint ou dépasse envers une contrepartie 10 pour cent des fonds propres disponibles de la banque d'après les articles 11 à 11c, elle constitue un gros risque.
- 2 La banque est tenue de remettre trimestriellement à son organe préposé à la haute direction, à la surveillance et au contrôle et, dans le délai d'un mois, à l'organe de révision institué par la loi, sur la base d'un formulaire établi par la Commission des banques, un relevé de tous les gros risques existant aux échéances choisies. L'organe de révision surveille le contrôle interne des gros risques et en apprécie le développement.
- 3 Lorsqu'une position risque concerne un membre des organes de la banque ou un participant qualifié au sens de l'article 3, 2^e alinéa, lettre *cbis*, de la loi, une personne ou une société qui leur sont proches, le gros risque doit être signalé dans le relevé sous la rubrique générale «affaires avec les organes».
- 4 Lorsqu'une position risque concerne des sociétés du groupe qui sont incluses dans la consolidation des fonds propres et dans celle de la répartition des risques de la banque ou d'un groupe bancaire

ou financier dont elle fait partie, ou encore une société dominée par la banque mais n'ayant pas besoin d'être consolidée, le gros risque doit être signalé dans le relevé sous la rubrique générale «affaires du groupe». Les parties de la position risque affaires du groupe qui, conformément aux articles 21a, 2^e alinéa, et 22, 2^e alinéa, lettre b, sont exclues de la limite maximale, doivent aussi être annoncées.

5 Les gros risques visés à l'article 21a, 5^e alinéa, doivent être annoncés avant déduction des fonds propres librement disponibles que la banque prend en compte.

Art. 21a Limite maximale applicable aux gros risques

1 Une position risque ne doit pas dépasser 25 pour cent des fonds propres disponibles de la banque définis aux articles 11 à 11c.

2 Lorsque la banque fait partie d'un groupe bancaire ou financier qui est soumis à une surveillance consolidée considérée comme appropriée, les positions risque des sociétés du groupe qui sont incluses dans la consolidation des fonds propres et de la répartition des risques et:

- a. Qui sont soumises de leur côté individuellement à une surveillance appropriée; ou
- b. Qui n'ont en qualité de contreparties que des sociétés du groupe qui sont soumises de leur côté individuellement à une surveillance appropriée,

sont exclues de la limite maximale au sens du 1^{er} alinéa.

3 Si la banque constate qu'une position risque dépasse la limite maximale, elle doit en informer immédiatement son organe de révision et la Commission des banques.

4 Si le dépassement est uniquement la conséquence de la réunion de contreparties jusqu'alors indépendantes l'une de l'autre ou de la réunion de la banque avec d'autres entreprises du secteur financier, il doit être supprimé dans le délai de deux ans.

5 La limite maximale peut être dépassée sans notification immédiate au sens du 3^e alinéa à condition de couvrir intégralement le dépassement par des fonds propres librement disponibles. Un tel

recours à des fonds propres librement disponibles doit être mentionné dans l'état des fonds propres visé à l'article 13b.

Art. 21b *Limite maximale applicable à la somme des gros risques*

- 1 La somme des gros risques définis à l'article 21, 1^{er} alinéa, ne doit pas dépasser 800 pour cent des fonds propres disponibles de la banque définis aux articles 11 à 11c.
- 2 Ne doivent pas être intégrées dans le calcul du 1^{er} alinéa les positions suivantes:
 - a. Les créances énumérées à l'article 12a, 1^{er} alinéa, chiffres 2.1, 2.2, 2.4, 2.6 et 2.7;
 - b. Les créances sur les sociétés du groupe bancaire ou financier si elles sont exclues de la limite maximale conformément aux articles 21a, 2^e alinéa, et 22, 2^e alinéa, lettre b;
 - c. Les quotes-parts de positions risque intégralement couvertes par des fonds propres librement disponibles;
 - d. Les positions risque qui, après les déductions prévues aux lettres a à c, ne constituent plus un gros risque au sens de l'article 21, 1^{er} alinéa;
 - e. Les créances sur un consortium, conformément à l'article 21c, 1^{er} alinéa, lettre c, pour autant et dans la mesure où elles sont simultanément incluses comme des gros risques dans la position risque d'un ou de plusieurs consorts en application de l'article 21e, 4^e alinéa.
- 3 Les articles 21a, 3^e, 4^e et 5^e alinéas, et 22, 2^e alinéa, lettres a et c, sont applicables par analogie.

Art. 21c *Groupe de contreparties liées*

- 1 Tout ensemble composé d'au moins deux personnes physiques ou morales doit être considéré comme un groupe de contreparties liées et traité comme une seule entité:

- a. Lorsque l'une d'entre elles, directement ou indirectement, détiennent dans l'autre une participation de plus de la moitié des voix ou exerce de toute autre manière une influence dominante sur elle; ou
 - b. Qu'il existe entre elles des liens tels qu'il est probable que, si l'une d'entre elles rencontrait des problèmes financiers, les autres connaîtraient des difficultés de paiement; ou
 - c. Qu'elles forment un consortium; plusieurs consortiums ne sont pas considérés comme des contreparties liées entre elles en cas d'identité d'un ou de tous les consorts. De même, les autres créances sur les consorts pris individuellement ne doivent pas être additionnées.
- 2 Des entreprises juridiquement indépendantes en mains publiques ne sont pas considérées comme formant entre elles ou avec la collectivité de droit public qui les domine des contreparties liées lorsque la collectivité de droit public ne répond pas des engagements de l'entreprise ou lorsqu'il s'agit d'une banque ayant son siège principal dans un pays de l'OCDE.
- 3 La position risque d'un groupe de contreparties liées est constituée par le total des positions risque pondérées des contreparties individuelles.

Art. 21d Position risque

- 1 La position risque d'une contrepartie comprend les positions suivantes contractées sur cette contrepartie:
- a. Les créances pondérées en application de l'article 21e;
 - b. Les opérations hors bilan converties en leur équivalent-crédit et pondérées en application de l'article 21e;
 - c. Les positions nettes longues en valeurs mobilières, établies conformément à l'article 21k.
- 2 Les titres de participation et les titres de créance de rang subordonné qui sont déduits des fonds propres de base ou du total des fonds propres, ou qui sont pondérés à 1250 pour cent (art. 11a, 3^e al., let. a, 11c et 12h, 4^e al., ch. 4) ne sont pas inclus dans la position risque.

3 Tout engagement d'une contrepartie envers la banque doit être pris en compte à concurrence de la limite consentie par l'organe compétent et utilisable sans nouvelle décision d'octroi de crédit ou, s'il est plus élevé, du montant effectivement utilisé.

4 La compensation entre créances et engagements n'est admise qu'aux mêmes conditions et dans la même mesure que celles qui sont prévues par les dispositions d'établissement des comptes et les dispositions sur les fonds propres.

5 Les correctifs de valeur et les provisions spécifiques qui ont été constitués pour des créances, des opérations hors bilan et des positions nettes longues peuvent être déduits, avant la pondération, lors du calcul de la position risque.

6 Les opérations de négoce (opérations au comptant et à terme, options) pour lesquelles la propre prestation a été fournie mais dont la contrepartie n'a pas exécuté sa prestation à la date valeur convenue doivent être pondérées en fonction du risque à la valeur de la contre-prestation.

7 Les créances provenant du trafic des paiements et d'opérations de négoce ne doivent être incluses dans la position risque qu'à partir du troisième jour ouvrable qui suit la date valeur convenue.

Art. 21e Pondération en fonction du risque selon la contrepartie ou la garantie

1 On appliquera à toutes les positions d'une contrepartie le facteur de pondération en fonction du risque prévu par l'article 12a, 1^{er} alinéa, et correspondant à cette contrepartie ou à la garantie reçue. En dérogation à ce principe, on appliquera aux crédits lombards visés à l'article 12a, 1^{er} alinéa, chiffre 4.3, un facteur de pondération en fonction du risque de 50 pour cent.

2 Lorsqu'une position est couverte ou garantie par des titres de créance de tiers ou par des placements fiduciaires auprès de tiers, la banque doit intégrer la part garantie dans la position risque de la partie dont la solvabilité a été prise en compte lors de la décision d'octroi de crédit. En dérogation à ce principe, tous les crédits lombards peuvent être imputés à la contrepartie.

3 Lorsque la solvabilité de la contrepartie et celle du tiers ont été jugées de même valeur, la banque peut au choix:

- a. Traiter la partie garantie comme une créance directe sur le tiers; ou
- b. Intégrer la partie garantie dans la position risque de la contrepartie en faisant abstraction de la couverture.

4 Les créances sur un consortium seront imputés aux consorts pris isolément en fonction de leur quote-part. En cas de solidarité passive, la banque doit porter la totalité de la créance au compte de celui des consorts dont la solvabilité a été le mieux classée lors de la décision d'octroi de crédit.

Art. 21f Opérations hors bilan

Conformément aux articles 21g et 21h, les opérations hors bilan doivent être converties en leur équivalent-crédit et pondérées avec les facteurs qui sont applicables selon la contrepartie ou la garantie et qui sont énumérés à l'article 21e.

Art. 21g Engagements conditionnels et engagements irrévocables

1 L'équivalent-crédit des engagements conditionnels et des engagements irrévocables est obtenu par la multiplication de la valeur nominale ou de la valeur actualisée de chaque transaction avec son facteur de conversion en équivalent-crédit visé à l'article 12d, 2^e alinéa.

2 Les engagements irrévocables de crédit, couverts et non couverts, seront traités, indépendamment de leur durée, comme des limites consenties par l'organe compétent et utilisables sans nouvelle décision d'octroi de crédit au sens de l'article 21d, 3^e alinéa.

3 Les engagements conditionnels et les engagements irrévocables à propos desquels la banque a cédé des sous-participations seront traités conformément à l'article 21e, 2^e et 3^e alinéas.

Art. 21h Contrats à terme et options achetées

1 Les articles 12e et 12f sont applicables aux contrats à terme et aux options achetées.

2 Pour les contrats négociés auprès d'une bourse reconnue, la banque est autorisée à déduire la couverture de marge lorsqu'elle est constituée par le nantissement, ou une autre forme de sûreté de qualité au moins équivalente, de dépôts de fonds ou de valeurs mobilières, de métaux précieux et de marchandises négociés auprès d'une bourse reconnue ou sur un marché représentatif et qu'elle fait l'objet d'une évaluation quotidienne au cours de marché.

3 Lorsqu'une opération n'est pas dénouée à son terme, les banques qui appliquent la méthode de l'évaluation au prix du marché doivent la traiter comme une opération d'une durée résiduelle inférieure à un an jusqu'à son dénouement. Les banques qui appliquent la méthode de l'évaluation du risque initial doivent prendre en compte le facteur de conversion en équivalent-crédit qui correspond à la durée du contrat depuis qu'il a été conclu, augmentée d'une année supplémentaire.

Art. 21i Prêts de consommation et opérations de mise et de prise en pension portant sur des valeurs mobilières, des métaux précieux et des marchandises

Seule la différence entre la garantie et la position titres, métaux précieux ou marchandises des prêts de consommation et des opérations de mise et de prise en pension portant sur des valeurs mobilières, des métaux précieux et des marchandises doit être prise en compte lorsque les conditions de l'article 12g sont remplies.

Art. 21k Positions de risque inhérentes à l'émetteur

1 La position nette longue des titres de créance et de participation de chaque émetteur individuel comportant la même pondération en fonction du risque se calcule conformément à l'article 12h, 2^e et 3^e alinéas, et doit être pondérée en application de l'article 12h, 4^e alinéa. Pour les participations qui ne doivent pas être consolidées,

conformément à l'article 12*h*, 4^e alinéa, chiffre 3.1, on appliquera en dérogation à la règle un facteur de pondération en fonction du risque de 166% pour cent.

2 Lors du calcul de la position nette longue visée à l'article 12*h*, 2^e et 3^e alinéas, les engagements fermes de reprise lors d'émissions, déduction faite des souscriptions fermes et des sous-participations accordées, peuvent être multipliés par les facteurs de conversion suivants:

- a. 0,05 dès et y compris le jour où l'engagement ferme de reprise a été irrévocablement souscrit;
- b. 0,1 le jour de la libération de l'émission;
- c. 0,25 les deuxième et troisième jours ouvrables après la libération de l'émission;
- d. 0,5 le quatrième jour ouvrable après la libération de l'émission;
- e. 0,75 le cinquième jour ouvrable après la libération de l'émission;
- f. 1 dès et y compris le sixième jour ouvrable après la libération de l'émission.

Art. 21l Risques de marché

Chaque banque est tenue de prévoir une limitation interne appropriée des principaux risques de marché de son activité.

Art. 21m Consolidation

La banque doit respecter les dispositions de répartition des risques tant individuellement que sur une base consolidée dans la mesure où elle est tenue, en application de l'article 13*a*, de remplir les exigences en matière de fonds propres sur une base consolidée. L'annonce visée à l'article 21, 2^e alinéa, doit intervenir sur une base consolidée semestriellement dans un délai de deux mois.

Art. 22 Allégements et renforcements

- 1 Dans des cas particuliers, la Commission des banques peut décider que les prescriptions prévues aux articles 21 à 21*m* seront assouplies ou au contraire renforcées.
- 2 La Commission des banques peut notamment:
 - a. Imposer une limite maximale de moins de 25 pour cent pour une position risque;
 - b. Déclarer non applicable l'exception à la limite maximale visée à l'article 21*a*, 2^e alinéa, pour certaines ou pour la totalité des sociétés du groupe, ou l'étendre à certaines sociétés du groupe qui ne remplissent pas les conditions posées à l'article 21*a*, 2^e alinéa;
 - c. Autoriser sur demande préalable des dépassements limités dans le temps de la limite maximale;
 - d. Fixer un délai différent de celui prévu à l'article 21*a*, 4^e alinéa;
 - e. Abaisser ou augmenter pour une contrepartie déterminée d'une banque le facteur de pondération en fonction du risque applicable selon l'article 21*e*, 1^{er} alinéa;
 - f. Prescrire des limites maximales pour les immeubles détenus par une banque.

Art. 44 let. h

Dans son rapport, l'organe de révision s'exprimera clairement sur chacun des points suivants, en donnant au besoin des indications chiffrées:

- h. Le respect des dispositions relatives à la répartition des risques.

II***Dispositions transitoires***

- 1 Les modifications des dispositions sur la répartition des risques doivent être appliquées à partir du 1^{er} janvier 1998.

2 Toute banque pourra appliquer ces modifications avant le 1^{er} janvier 1998. Elle devra alors communiquer à la Commission des banques la date à partir de laquelle le changement interviendra. Dans ce cas, la banque sera libérée de l'obligation d'annoncer les gros risques visée aux articles 21, 2^e alinéa, et 21*m* pour la période allant jusqu'au 31 décembre 1997. Elle devra toutefois respecter les limites maximales fixés aux articles 21*a* et 21*b*.

3 Aussi longtemps qu'une banque continuera d'appliquer les anciennes prescriptions de répartition des risques, elle pourra, pour la répartition des risques, déterminer les fonds propres disponibles en application des prescriptions en vigueur avant le 1^{er} février 1995.

4 Le 31 décembre 2000 au plus tard, toutes les positions constituées avant le 1^{er} janvier 1998 devront avoir été réduites aux limites maximales prévues aux articles 21*a* et 21*b*. La Commission des banques pourra prolonger ce délai dans les cas particuliers.

III

La présente modification entre en vigueur le 1^{er} janvier 1996.

29 novembre 1995 Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président de la Confédération, Villiger
Le chancelier de la Confédération, Couchepin

Annexe B

Formulaire d'annonce des gros risques

Formulaire d'annonce des gros risques

Annexe des gros risques (art. 21 à 22 OB)

- [] Boulement individuel: trimestriellement à l'organe préposé à la haute direction, à la surveillance et au contrôle et dans un délai d'un mois,
à l'organe de révision (art. 21 al. 2).
- [] Sur base consolidée: semestriellement à l'organe préposé à la haute direction, à la surveillance et au contrôle et, dans un délai de deux mois,
à l'organe de révision (art. 21m)

Banque:

No de tél.:

Personne établissant
le présent formulaire:

Echéance:

Commentaires:

Col 01

Les gros risques doivent être désignés clairement par leur nom / raison sociale et domicile / siège de la contrepartie ou du groupe de contreparties liées. Lorsque l'avant droit économique diverge du nom / raison sociale, son nom / raison sociale et son domicile / siège doivent être mentionnés immédiatement à la suite. Les gros risques doivent être cités selon l'ordre alphabétique des avant droits économiques.

Col. 02

Date de la première annonce (par ex. 1998/2 = 2e annonce trimestrielle de l'année 1998).

Col. 03

Affaires avec les organes:

Affaires du groupe:

Col. 04

Correctifs de valeur et provisions spécifiques:

Col. 05

Lorsque le montant dépasse la limite de 10 % des fonds propres disponibles selon l'état des fonds propres du dernier boulement trimestriel, l'art. 21 al. 1 et 2 ainsi que l'art. 21m exigent que l'annonce soit effectuée.

Col. 06 moins Col. 07 moins Col. 08.

Col. 10 Position risque (nette) de la Col. 09 en % des fonds propres pris en compte. La position risque (nette) de la Col. 10 ne doit pas dépasser la limite maximale déterminante de la Col. 05 faute de quoi la CFB et l'organe de révision doivent être immédiatement informées.

Les banques sont autorisées à présenter ce formulaire avec leurs propres moyens auxiliaires, à condition que le contenu soit équivalent au formulaire prescrit.

Lors de la première annonce d'une position risque, il faut y joindre en sus la composition de la position risque selon la présentation interne à la banque.

Lieu et date:

Timbre et signature:

confidentiel

page 1

[] en milliers de francs suisses

[] en millions de francs suisses

[] en millions de francs suisses

Formulaire d'annonce des gros risques

Annexe des gros risques (art. 21 à 22 OB)

confidentiel

page

Banque:.....
Echéance:.....

Gros risques	Désignation (art. 21 al. 3, 4)	Date	Correctifs de valeur et provisions spécifiques (art. 21 al. 1 22 a. 2 let. a)	Limite maximale déterminante (art. 21 al. 1 22 a. 2 let. a)	Position risque pondérée brute soumise à l'obligation d'annonce (art. 21 al. 1, 4, 5)	A déduire:		Position risque pondérée (nette) (art. 21 al. 5)	Dont: détérminant pour la somme des gros risques (art. 21 b)
						Position du groupe exclue de l'application (art. 21 a al. 2 22 al. 2 et. b)	Couvert par des fonds propres librement disponibles (art. 21 a si. 5)		
01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
Report				%					11

A reporter

Annexe B

Annexe des gros risques (art. 21 à 22 OB)

Banque:

confidentiel

page

Echéance:

Gros risques	Date	Désignation (art. 21 al. 3, 4)	Correctifs de valeur et provisions spécifiques (art. 21 al. 1, 2 et. al)	Limite maximale déterminante (art. 21a al. 1, 2 et. al)	Position risque pondérée (bénéfice soumis à l'obligation d'annonce		Position risque pondérée exclue de l'application de l'obligation d'annonce (art. 21a al. 1, 4, 5) 22 al. 2 et. b)	Position du groupe couvert par des fonds propres librement disponibles (art. 21a al. 5)	Position risque pondérée nette (art. 21a)	Position risque pondérée nette (nette) (art. 21a)	Dont: détérminant pour la somme des gros risques (art. 21b)
					A déduire:	Couvert par des fonds propres librement disponibles					
01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11
Report				%						
Total intermédiaire											
A déduire:											
- Ainsiement pour les montants comptés à double dans les groupes (chiffre(s) négatif(s) lorsque plusieurs chiffres sont à disposition, seuls les plus petits peuvent être déduits / les chiffres déduits doivent être désignés par * dans la col. 03)											
- Dépassement de la limite maximale applicable à la somme des gros risques qui est couvert par des fonds propres librement disponibles (art. 21b al. 3, art. 21a al. 5) (chiffre positif dans la col. 08, chiffre négatif dans la col. 11).											
Total des fonds propres utilisés pour les gros risques											
Fonds propres librement disponibles (pos. 11.3 moins pos. 11.5 de l'état des fonds propres du dernier bouclier trimestriel)											
Fonds propres librement disponibles résiduels											
Somme des gros risques (nette)											

Annexe C

Circ.-CFB 96/1
«Créances interbancaires à court terme»

**Circulaire de la Commission fédérale des banques:
Pondération des créances d'une durée résiduelle allant
jusqu'à un an sur les grandes banques et les banques
cantonales
(Créances interbancaires à court terme)
du 27 mars 1996**

1. But de la circulaire

Pour certains établissements, la limite maximale de 25 % des fonds propres (art. 21a al. 1 OB) sera très rapidement atteinte en ce qui concerne les créances sur les trois grandes banques et les banques cantonales puisqu'elles doivent être pondérées avec un facteur de 25 % (art. 21e al. 1 et art. 12a al. 1 ch. 2.4 OB).

Sous l'empire de l'ancienne réglementation en matière de répartition des risques, les placements de fonds jusqu'à un an effectués par les banques cantonales, les banques régionales, les autres banques et les banquiers privés auprès des trois grandes banques et des banques cantonales bénéficiaient d'une dérogation puisqu'ils pouvaient atteindre jusqu'à 300 % des fonds propres en lieu et place de la limite de 100 % prévue par l'ordonnance sur les banques. Le but de la présente circulaire est de maintenir cette dérogation en l'adaptant à la nouvelle réglementation.

2. Pondération des créances interbancaires à court terme

En dérogation aux art. 21e al. 1 et 12a al. 1 ch. 2.4 OB et en application de l'art. 22 al. 2 let. e OB, le facteur de pondération en fonction du risque pour les créances d'une durée résiduelle allant jusqu'à un an sur les trois grandes banques Union de Banques Suisse, Société de Banque Suisse et Crédit Suisse, ainsi que sur les banques cantonales, est fixé à 8 %. Hormis les trois grandes banques, tous les établissements bancaires sont autorisés à faire usage de cette exception.

La pondération de 8 % n'est applicable qu'aux grandes banques et aux banques cantonales elles-mêmes. Elle n'est pas applicable

1

2

3

4

185

aux autres entreprises (banques et non-banques) qui appartiennent au même groupe. Les créances sur deux ou plusieurs membres d'un groupe comprenant une grande banque ou une banque cantonale et formant ainsi un groupe de contreparties liées constituent en outre une seule position risque (art. 21c al. 1 let. a OB).

Les créances pondérées à 8 % doivent être incluses dans la position risque selon l'art. 21d al. 1 OB de la grande banque ou de la banque cantonale concernée et annoncées conformément à l'art. 21 al. 2 OB. La position risque totale ne doit pas dépasser 25 % des fonds propres.

Les créances de sociétés d'un groupe envers la grande banque ou la banque cantonale du même groupe doivent être pondérées en application du facteur ordinaire de 25 % (art. 21e al. 1 et art. 12a al. 1 ch. 2.4 OB). Cependant, si les conditions de l'art. 21a al. 2 OB sont remplies pour des contreparties membres du groupe, les créances sur les banques concernées sont exclues de la limite maximale.

Date d'entrée en vigueur: 1^{er} juin 1996

Base légale:

- LB: art. 4bis
- OB: art. 22 al. 2 let. e

Annexe D

Exemple d'un formulaire
d'annonce des gros risques rempli

Exemple de formulaire rempli

Annexe des gros risques (art. 21 à 22 OB)		page 1	
<p>confidentiel</p> <p>[x] Bouclement individuel: trimestriellement à l'organe proposé à la haute direction, à la surveillance et au contrôle et, dans un délai d'un mois, à l'organe de révision (art. 21 al. 2)</p> <p>[] Sur base consolidée: semestriellement à l'organe proposé à la haute direction, à la surveillance et au contrôle et, dans un délai de deux mois, à l'organe de révision (art. 21)</p>			
<p>[x] en milliers de francs suisses [] en millions de francs suisses</p>			
Banque:	Banque C, Berne	Date:	
No de tél.:	123 45 67	Commentaires:	
Personne établissant le présent formulaire:	X.Y.	Col. 02	Les gros risques doivent être désignés clairement par leur nom / raison sociale et domicile / siège de la contrepartie ou du groupe de contreparties liées. Lorsque l'agent doit économiser diverses noms / raison sociale son nom / raison sociale et son domicile, siège doivent être mentionnés immédiatement à la suite. Les gros risques doivent être cités selon l'ordre alphabétique des ayants droit économiques.
Echéance:	31 mai 1997	Col. 03	Date de la première annonce (par ex. 1998/2 = 2e annonce trimestrielle de l'année 1998).
Affaires avec les organes:		Col. 04	Les affaires avec les organes au sens de l'art. 21 al. 3 doivent être signalées par la lettre "O". Cette règle est également applicable lorsque la position risque n'est qu'en partie avec les organes.
Affaires du groupe:		Col. 05	Les affaires au sens de l'art. 21 al. 4 doivent être signalées par la lettre "G".
Correctifs de valeur et provisions spécifiques:		Col. 06	Il y a lieu d'indiquer par "O" (oui) ou "N" (non) si des correctifs de valeur ou des provisions spécifiques ont été constitués pour la position risque concernée.
Col. 07	Les montants dépassant la limite de 10 % des fonds propres disponibles selon l'état des fonds propres du dernier bouclement trimestriel, l'art. 21 al. 1 et 2 ainsi que l'art. 21m exigent que l'annonce soit effectuée.	Col. 08	Col. 06 moins Col. 07 moins Col. 08.
Col. 09	Position risque (nette) de la Col. 09 en % des fonds propres pris en compte. La position risque (nette) de la Col. 10 ne doit pas dépasser la limite maximale déterminante	Col. 10	de la Col. 05 faute de quoi la CFB et l'organe de révision doivent être immédiatement informés.
Col. 11	Les banques sont autorisées à présenter ce formulaire avec leurs propres moyens auxiliaires, à condition que le contenu soit équivalent au formulaire prescrit.		Ci-dessous, lors de la première annonce d'une position risque, il faut y joindre en sus la composition de la position risque selon la présentation interne à la banque.
			Timbre et signature: Banque C, Berne
			lieu et date:

Annexe D

Annonce des gros risques (art. 21 à 22 OB)

confidentiel

Banque: Banque C, Berne

Echéance: 31 mai 1997

page 2

Gros risques	Date	Correctifs de valeur et provisions spécifiques	Limite maximale déterminante (art. 21 al. 1 22 al. 2 let. a)	Position risque pondérée brute) soumise à l'obligation d'annonce (art. 21 al. 1, 4, 5)	Position du groupe exclue de l'application (art. 21 al. 2 let. b)	A déduire: Position du groupe couvert par des fonds propres librement disponibles (art. 21 al. 5)	Dont: déterminant pour la somme des gros risques (art. 21 b)	
							Position risque pondérée (nette) (art. 21 al. 5)	Position risque pondérée (nette) (art. 21 al. 5)
01	02	03	04	05	06	07	08	09
1. ABC S.A., Zurich, ayant droit économique Fritz Adler, Zurich	97/2	-	N	10	342	-	24	318
2. Consortium B, Thoune (Peter Müller, Jakob Huber et Paul Dupont, tous à Thoune)	96/3	*	O	25	750	-	-	750
3. Groupe C, Dallas USA	96/2	G	N	25	2'055	1'246	15	795
4. Meier S.A. et Hans Meier, Flamatt	96/2	-	O	25	875	-	80	795
5. Peter Müller, Thoune	96/2	-	N	25	520	-	-	520
6. Nestlé S.A., Vevey	96/2	-	N	25	732	-	-	732
7. Union de Banques Suisses, Zurich	96/4	-	N	25	620	-	-	620
8. John Villiger, Genève	97/1	O	N	25	600	-	-	600
							119	4'941
								A reporter

Exemple de formulaire rempli

Annexe des gros risques (art. 21 à 22 OB)

Banque C. Berde

confidential

Page 3

Échéance.

Formulaire d'annonce des gros risques

Commentaire

- La position 1 concerne une contrepartie où l'ayant-droit économique est différent de la contrepartie et où la CFB a fait usage de l'art. 22 al. 2 let. a et imposé une limite maximale plus basse. Etant donné que la position dépasse la limite fixée à 10%, la banque utilise des fonds propres.
- La position 2 est composée de trois consorts qui ne répondent pas solidiairement mais chacun pour un tiers. Elle contient un montant de 250 qui est également compté dans la position 5. Un montant équivalent peut par conséquent faire l'objet d'un allégement pour la somme des gros risques (art. 21b al. 2 let. e). La position risque pondérée qui doit être annoncée tient déjà compte du correctif de valeur spécifique (art. 21d al. 5 i.f.).
- La position 3 se rapporte au groupe dont la banque fait partie. Le formulaire d'annonce ne mentionne que la position du groupe puisqu'il s'agit d'un groupe de contreparties liées (art. 21c al. 1 let. a) qui doit être traité comme une seule entité (art. 21c al. 3). Lors de la première annonce de la position totale et lors de chaque modification dans sa composition, la banque doit joindre les indications complémentaires nécessaires. Dans le cas d'espèce, la position est composée de trois sociétés. La maison mère profite des exceptions des art. 21a al. 2 let. a et 21b al. 2 let. b de sorte qu'un montant de 1246 est exclu de l'application. Les deux sociétés soeurs ne sont pas soumises à une surveillance appropriée sur base individuelle (art. 21 a al. 2 a contrario). De plus, la position dépasse la limite maximale. La banque utilise par conséquent des fonds propres pour un montant de 15.
- La position 4 est expliquée en détail dans l'annexe E. C'est la variante (i), à savoir une provision de 80 sur les obligations de rang subordonné et l'utilisation de fonds propres librement disponibles à concurrence de 80, qui a été choisie en l'espèce.
- La position 6 contient un exemple standard sans problème particulier.
- Le montant pondéré de la position 7 contient à concurrence de 188 des créances à court terme au sens de l'art. 12a al. 1 ch. 2.4 qui ne sont pas prises en compte pour la somme des gros risques (art. 21b al. 2 let. a).
- La position 8 est une affaire avec les organes au sens de l'art. 21 al.3

Annexe E

Exemple de calcul d'une position risque

Exemple de calcul d'une position risque

Banque:	Banque C, Berne						
Fonds propres:							
- Pris en compte selon l'état des fonds propres:	3180	Plafond d'annonce de 10% = 318					
- Nécessaires selon l'état des fonds propres:	<u>3020</u>	Limite maximale de 25% = 795					
- Fonds propres librement disponibles	160						
 Position risque: Meier AG, Flamatt, et son actionnaire principal Hans Meier, Flamatt							
Opérations (par ordre chronologique)	Date	Montant brut	Facteur de con- version en équi- valent- crédit	Résultat facteur inter- médiaire	Engage- ment pondéré en fonc- tion du risque	Position risque cumulée	Dispositions applicables 21e al. 1 +
1. Hypothèque immeuble habitation <2/3 VV 92/4	200	(1)	200	50%	100	100	12a al. 1 ch. 3.1 1et. a
2. Hypothèque immeuble habitation <2/3 VV avec garantie de la Confédération pour 100	250	(1)	100 150	0% 50%	75	100 175	21e al. 2; 12a al. 1 ch. 1.2 et 3.1 let.a
3. Hypothèque immeuble commercial <1/2 VV 96/2	300	(1)	300	75%	225	400 (I)	12a al. 1 ch. 4.1 1et.b

Opérations (par ordre chronologique)	Date	Montant brut	Facteur de con- version équi- valent- crédit	Résultat inter- médiaire en équi- valence crédit	Facteur de pon- dération pondéré en fonc- tion du risque	Engage- ment dérapage cumulée	Position risque cumulée	Dispositions applicables							
4. Crédit en blanc	96/2	150	(1)	150	100%	150	550 (I)	12a al. 1 ch. 5.3							
5. Crédit lombard	96/4	100	(1)	100	50%	50	600 (I)	2le al. 1 i.f.							
6. Accréditif sur marchandises	97/1	600	0,25	150	100%	150	750 (I)	21g; 12d al. 2 ch. 1.1; 12a al. 1 ch. 5.3							
7. Obligations Meier AG, Flamatt	97/2	100	(1)	100	100%	100	850 (II)	12h al. 4; 1 ch. 5.3							
8. Obligations de rang subordonné Meier AG, Flamatt	97/2	90	(1)	90	250%	225	1075 (III)	12h al. 4; 1 ch. 6							
Provision spécifique pour Meier AG et Hans Meier				- 80											
<u>Commentaire et variantes:</u>															
(I) Gros risque individuel autorisé mais devant faire l'objet d'une annonce;															
la banque peut utiliser l'une des variantes suivantes et réduire ainsi la position risque. Dans chacune des variantes la provision spécifique est portée en déduction du résultat intermédiaire. La position risque diminue comme suit en fonction de l'opération sur laquelle la provision est effectuée:															
(a) $200 - 80 = 120$ pondéré à 50% = 60, soit une réduction de 40															

- (b) $150 - 80 = 70$ pondéré à $50\% = 35$, soit une réduction de 40
 (c) $300 - 80 = 220$ pondéré à $75\% = 165$, soit une réduction de 60
 (d) $150 - 80 = 70$ pondéré à $100\% = 70$, soit une réduction de 80
 (e) $100 - 80 = 20$ pondéré à $50\% = 10$, soit une réduction de 40
 (f) $150 - 80 = 79$ pondéré à $100\% = 79$, soit une réduction de 80
- 21a al. 1
- (II) Gros risque individuel interdit que la banque ne peut contracter; la banque doit utiliser l'une des variantes suivantes. Dans la variante (g) la provision spécifique est portée en déduction du résultat intermédiaire. Dans la variante (h) la banque utilise des fonds propres librement disponibles à hauteur de 55.
- (g) $100 - 80 = 20$ pondéré à $100\% = 20$, soit une réduction de 80
 (h) $850 - 55 = 795$
- 21a al. 1
21d al. 5 et 21a
al. 5
- (III) Gros risque individuel interdit que la banque ne peut contracter; la banque doit utiliser la variante (i) et porter la provision spécifique en déduction du résultat intermédiaire. Si les correctifs de valeurs et provisions ont déjà été effectués sur certaines opérations, ils peuvent être "déplacés" sur l'opération qui permet la meilleure réduction de la position risque. La diminution due à la provision spécifique est insuffisante de sorte que la banque doit en sus utiliser des fonds propres librement disponibles d'au moins 80. Même si la banque utilise l'intégralité de ses fonds propres librement disponibles [variante (k)], ce qui serait par ailleurs problématique, cela ne réduirait pas suffisamment la position risque pour l'amener à un volume autorisé.
- (i) $90 - 80 = 10$ pondéré à $250\% = 25$, soit une réduction de 200
 (j) $1075 - 200 - 80 = 795$
 (k) $1075 - 160 = 915$
- 21a al. 1
21d al. 5
21a al. 5